BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

April 1961 DM 2,—
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- *Karl Graf von Westphalen*
  Gefahren und Chancen deutscher Politik
- *Prof. Dr. Helmut Ridder*
  Unteilbares Deutschland . . .?
- *Prof. D. Heinrich Vogel*
  Wiedervereinigung ad acta?
- *Dr. Hermann Rauschning*
  Im Schatten des Nationalsozialismus
- *Kurt Hirsch*
  Von der unbewältigten Vergangenheit zur nicht bewältigten Gegenwart
- *Schalom Ben-Chorin*
  Ko-Existenz
- *Klaus Ehrler, M. A.*
  Der Wettlauf zum Frieden
- *Fenner Brockway, M. P.*
  Das Commonwealth und die Rassenfrage
- *Arno Behrisch, M. d. B.*
  Lehren aus den Tatsachen der Geschichte und der Geographie
- *Dr. med. Klaus Wattenberg*
  Muß der Arzt ein politisches Bewußtsein haben?
- *Horst Lademacher*
  Die Neu-Guinea-Frage
- *Buchbesprechungen*
- *Dokumente*

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 4

INHALT

Karl Graf von Westphalen
Gefahren und Chancen deutscher Politik . . . . . S. 303

Prof. Dr. Helmut Ridder
Unteilbares Deutschland . . .? . . . . . S. 311

Prof. D. Heinrich Vogel
Wiedervereinigung ad acta? . . . . . S. 316

Dr. Hermann Rauschning
Im Schatten des Nationalsozialismus . . . . . S. 320

Kurt Hirsch
Von der unbewältigten Vergangenheit zur nicht bewältigten Gegenwart S. 330

Schalom Ben-Chorin
Ko-Existenz . . . . . S. 338

Klaus Ehrler, M. A.
Der Wettlauf zum Frieden . . . . . S. 339

Fenner Brockway, M. P.
Das Commonwealth und die Rassenfrage . . . . . S. 345

Arno Behrisch, M. d. B.
Lehren aus den Tatsachen der Geschichte und der Geographie . . . . . S. 349

Dr. med. Klaus Wattenberg
Muß der Arzt ein politisches Bewußtsein haben? . . . . . S. 354

Horst Lademacher
Die Neu-Guinea-Frage . . . . . S. 362

Buchbesprechungen . . . . . S. 371

Dokumente . . . . . S. 379

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang **April 1961** **Heft 4**

Karl Graf von Westphalen

Gefahren und Chancen deutscher Politik

Es weht ein neuer Wind

Die Weltpolitik ist in Bewegung gekommen. In Asien und Afrika, in Latein- und Mittel-Amerika ist es der Kampf gegen wirtschaftliche Ausnutzung, politische Bevormundung und rassische Vorurteile, der immer mehr Menschen erfaßt und die politische Situation fortlaufend verändert.

Ist es in diesen Regionen der Ruf nach politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt, so ist es in der ganzen Welt die Forderung nach Frieden und Abrüstung, die immer lauter an die Ohren jener Kräfte dringt, die unfähig oder nicht willens sind, die Probleme der Gegenwart und Zukunft auf friedliche Weise zu lösen. Erinnern wir uns: in Japan, in der Türkei und in Südkorea waren es vor allem Studenten, die ihre Länder aus engen militär-politischen Verflechtungen und aus schlimmster Diktatur herausgeführt haben. Doch auch in verschiedenen Ländern Westeuropas regt sich der Widerstand gegen Regierungen, die sich an längst überholte Vorstellungen klammern. In Spanien und Portugal begehren demokratische Kräfte gegen die Diktatoren Franco und Salazar auf. In Griechenland hat sich eine neue Partei konstituiert, die gegen die NATO-Politik der Regierung auftritt. In Norwegen haben Atomwaffengegner und Sozialisten eine Partei gegründet und fordern militärische Neutralität. In Dänemark konnte eine Splitterpartei, die sich gegen Atomrüstung und für eine Verständigungspolitik ausspricht, überraschend zu einem Wahlerfolg kommen. In Holland gibt es seit geraumer Zeit eine neue Partei, die den Gedanken der Neutralität und der Abrüstung im Parlament vertritt. Keineswegs bedeuten in all diesen Ländern der Kampf gegen Wettrüsten und für Neutralität Sympathie oder gar Übergang in das östliche Lager. Ganz im Gegenteil erkennt man in diesen Staaten, daß Wettrüsten niemals Sicherheit, sondern Unsicherheit und Gefährdung bedeutet, und daß die Alternative einer primär nationalen Politik mit neutraler Haltung unter voller Wahrung der Souveränität dem Frieden und der Abrüstung in der Welt dient.

Das Wort Neutralität hat einen neuen Sinn erhalten. Neutral sein heißt nicht mehr, sich ängstlich aus allem heraushalten, den Ohne-mich-Standpunkt beziehen oder gar auf Kosten Dritter Politik betreiben. Neutral sein heißt: die militärischen Gegensätze entschärfen, heißt positiv und aktiv in die Weltpolitik eingreifen, heißt den Krieg verhindern, heißt das Miteinanderleben, die Koexistenz und Kooperation der Völker mit unterschiedlichen Auffassungen bejahen. Die blockfreien Staaten sind in den letzten zehn Jahren ein mächtiger Faktor geworden. Nehru, Nasser, Sukarno und Kassem, die sich in der Ära Dulles erfolgreich gegen die Einbeziehung ins westliche Blocksystem zur Wehr setzten und wegen ihrer Haltung als „moskauhörig" beschimpft, als „Narren" und „Neutralisten" abgewertet wurden, werden heute von Washington geschätzt und geachtet. Es hat sich auch gezeigt, daß die neutralen Staaten gut nachbarlich mit dem Osten wie mit dem Westen leben können. Kein Wunder also, daß der Gedanke der militärischen Neutralität in der ganzen Welt an Popularität und Zugkraft gewinnt.

Zweifellos ist dieser überall in Gang gekommene Prozeß Ergebnis und Folge der weltpolitischen Entwicklungen und Umschichtungen im letzten Jahrzehnt. Als Dwight D. Eisenhower und John Foster Dulles 1952 in den Wahlkampf gingen, versprachen sie die „Befreiung Osteuropas". Zusammen mit dem Pentagon entwickelten sie ein Rüstungsprogramm, das zur waffentechnischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten führen sollte. Ziel dieser Politik: die Sowjets im Rüstungswettlauf zu überrunden, um sie zum Rückzug aus den 1945 gewonnenen Machtpositionen zwingen zu können. Bundeskanzler Adenauer war es, der im Schlepp dieser Politik die baldige Wiedervereinigung verkündete. Die Wiedervereinigung wurde von ihm als Akt der „Befreiung" deklariert. Hallstein verkündete die „Neuordnung Europas bis zum Ural". Entgegen den Warnungen aller Einsichtigen gab die Bundesregierung der Aufrüstung den Vorrang vor den Bemühungen um die Wiedervereinigung. Alle realen Verhandlungschancen, dem staatlichen Auseinanderfall Einhalt zu gebieten, wurden bewußt zugunsten des Eintritts in das westliche Militärbündnis ausgeschlagen. — Heute müssen wir erkennen, daß die Sowjetunion militärpolitisch nicht überrundet werden konnte, ja stärker dasteht als zu Beginn des Kalten Krieges. Die Verfechter des Rüstungskurses stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Vor den Augen der ganzen Weltöffentlichkeit hat sich gezeigt, daß die Rüstungspolitik nicht nur keines der Probleme lösen konnte, sondern im Gegenteil die Problematik vermehrt und kompliziert hat.

Aber nicht nur das war die Lage, die Kennedy bei seinem Amtsantritt vorfand. Die Rüstungspolitik hat auch die wirtschaftliche Kraft des Westens geschwächt, ja die Kraft der Führungsmacht erschöpft. Kennedy erklärte mit brutaler Offenheit, daß der Rüstungswettlauf den Reichtum der Vereinigten Staaten aufgezehrt habe und es in keinem Lande der westlichen Welt so viel Arbeitslose gebe wie in den USA. Ihre Zahl hat inzwischen die 5,6-Millionen-Grenze überschritten. Wer die Reden des amerikanischen Präsidenten durchsieht, liest darin, daß die Konkursanmeldungen in den USA seit Jahrzehnten nicht so hoch waren wie heute. Das Einkommen der Farmer ist von 1951 bis 1961 um 25 % gesunken. Das wirtschaftliche Wachstum der Industrie hat seit sieben Jahren nachgelassen. Fazit: Die USA sind nicht länger imstande, die Lasten zu tragen, die ihnen die Ära Eisenhower/Dulles aufgebürdet hat. Der britische Philosoph Toynbee hat in einem Fernsehgespräch mit Adlai Stevenson die Lage Amerikas wohl am treffendsten charakerisiert, als er sagte: „Amerika hat die Führung seiner eigenen industriellen Revolution verloren, und der Kalte Krieg nimmt keine günstige Wendung für den Westen. So wie im 18. und 19. Jahr-

hundert für Europa und Latein-Amerika, müßte Amerika heute für Asien und Afrika die große Hoffnung sein. Stattdessen hat Amerika die Führung der eigenen wirtschaftlichen Revolution und jener der Dritten Welt verloren."

In der Tat möchte Kennedy die wirtschaftliche Führungsstellung der Vereinigten Staaten zurückgewinnen, zumindest jedoch eine weitere Schwächung der amerikanischen Position verhindern. Die Amerikaner sehen sich aber einer weiteren Schwierigkeit gegenüber: die militärpolitische Lage hat sich zu ihren Ungunsten geändert. In der Erkenntnis, daß eine Fortsetzung des Wettrüstens auf kurz oder lang zu einem alles vernichtenden Kriege führen muß, aber auch weil die Revolution der Waffentechnik und der Stand der sowjetischen Raketenentwicklung die totale Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten offenbar macht, hat Präsident Kennedy unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er keine Ausweitung des Atomklubs will. Die USA möchte nicht durch eine dritte Macht in einen Atomkrieg gezogen werden. Im wesentlichen folgert Kennedy für die amerikanische Politik: Schluß mit dem Kurs des roll back; kein riskantes Spiel mit Atomwaffen; keine Erweiterung des Atomklubs; Einstellung der Kernwaffenversuche; Anerkennung der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen; Verhandlungen mit Moskau über einen amerikanisch-sowjetischen Interessenausgleich; Sanierungsprogramm für die amerikanische Wirtschaft und Währung, um die industrielle Führungsrolle der USA zurückzugewinnen.

Die strategischen Differenzen zwischen Bonn und Washington

Washington will also etwas anderes als Bonn. Darum spricht der Bundeskanzler von den Wolken, die noch dunkler und noch schwärzer geworden sind. Deshalb klagt die „Stuttgarter Zeitung" vom 11. März 1961: „Das wird ein schlimmer Sommer für uns Deutsche." Die Überprüfung der amerikanischen Verteidigungskonzeption, die Neuorientierung der amerikanischen Militärstrategie ist es, die Bonn so beunruhigt. Bonn will Atomwaffen, die Dulles einst versprochen hat. Es will die Verfügungsgewalt über die Massenvernichtungsmittel. Deshalb entwickelt Franz Josef Strauß die Theorie der Zweibahn-Sicherheit, jene Theorie, mit der er Kennedy und seinen Beratern klar zu machen versucht, daß die Sicherheit Amerikas von einer mit atomaren Waffen ausgerüsteten bundesdeutschen Wehrmacht oder einer atomar ausgerüsteten westeuropäischen NATO abhänge, in der die Bundesrepublik bekanntlich die stärksten Kontingente stellt. Hier liegt der Kern aller Bonner Nervosität, das sich eine Politik ohne Atomwaffen offenbar nicht mehr vorstellen kann. Konnte die Bundesregierung ihre atompolitischen Ambitionen bisher mit dem Scheinargument bestreiten, die Atomrüstung gar nicht zu wollen, aber den Wünschen der NATO und der USA nachkommen zu müssen, so läßt Strauß heute seinen Pressechef, Oberst Schmückle, drohend erklären, die Vorenthaltung von Atomwaffen diene den Interessen Moskaus. Gestern waren wir es, die diesen Vorwurf hören mußten, heute ist es Washington. Wen wundert es da noch, wenn Strauß durch Heusinger aussprechen läßt, es existiere „sogar ein Zwang", die Bundesrepublik soweit ostwärts wie nur irgendmöglich zu verteidigen, und deshalb könne man auf die atomare Abschreckung nicht verzichten.

Wie sehr die Bundesregierung um die Verwirklichung ihrer atomaren Pläne bangt, zeigen die neuesten Manöver des Ministers Franz Josef Strauß. Strauß behauptet, die Bundesregierung habe immer nur Abschußrampen und Trägerraketen gefordert, jedoch niemals eine Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe angestrebt. Diese Argumentation erinnert an jenen kleinen Jungen, der zwar von seinem Vater ein Spielauto wünschte, den Schlüssel dazu aber in den

Händen des Vaters lassen wollte. Franz Josef Strauß möge nachlesen, was sein Chef Konrad Adenauer am 5. April 1957 unmißverständlich im Bundestag erklärte: „Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, daß wir darauf nicht verzichten können." Und im Bulletin der Bundesregierung vom 20. August 1960 heißt es: „Die Bundeswehr ist für die Sicherheit der Bundesrepublik verantwortlich. Sie kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO, noch auf eine atomare Bewaffnung verzichten." In der Haushaltsdebatte am 15. März 1961 erklärte Strauß zur Atombewaffnung: „Ich verkenne nicht die Gefährlichkeit dieser Waffen. Ich verkenne nicht die Konsequenzen für unser Land, wenn sie angewandt werden sollten. Sie wissen Bescheid darüber, ich weiß Bescheid darüber, und es gibt manche, die darüber Bescheid wissen. Aber nun darf man niemals die Konsequenz daraus ziehen: Weil die Anwendung dieser Abwehrwaffen große Zerstörungen verursacht, dürfen wir mit ihnen nur drohen, aber niemals mit ihnen schießen, und wir müßten deshalb einen Angriff, der mit konventionellen Waffen vorgetragen wird, mit konventionellen Waffen beantworten." Mehr noch: Am gleichen Tage, als Strauß dies im Bundestag erklärte, schrieb Adelbert W e i n s t e i n für die Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 16. März 1961: „Welche Art Atomwaffen braucht die Bundeswehr? Die Vereinigten Staaten haben ein Monopol an Langstreckenraketen. Das sind strategische Waffen, gedacht für das Duell zwischen Kontinenten, an dem wir nicht teilnehmen würden. Mehrere andere westliche Länder bemühen sich um Entwicklung von Mittelstreckenraketen. Die geographische Lage der Bundesrepublik und die Dichte ihrer militärischen Belegung schließen deren Einsatz bei uns aus. Schwach ist der vereinigte Westen auf dem Gebiet der Kurzstreckenraketen. Wir haben keine überzeugenden Raketenwaffen, die auf Entfernungen von 150 bis 300 Kilometern wirken; und die wenigen Raketenwaffen für ganz nahe Entfernungen, die die Divisionsartillerie ersetzen sollen, werden schon unmodern. Die Lücken müssen ausgefüllt werden. Die entsprechenden Raketen, auf bewegliche Rampen gesetzt, gehörten vorwiegend in die Hand unserer Divisionen. Mit ihnen bedrohte man die frontnahen Aufmarschräume, Flugplatzanlagen, Flußübergänge und Engen in einer begrenzten tiefen Zone des Feindes. Doch diese Kurzstreckenraketen sind Waffen, die ohne Atomsprengkopf als Abschreckungswaffe bedeutungslos blieben . . ." Es lohnt sich, den „militärpolitischen Sachverständigen" der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" noch weiter zu zitieren: „Die zweite Waffengruppe, die im Sinne der Abschreckung in den Bundeswehreinheiten vorhanden sein müßte, wären Flugabwehrraketen. Auch diese Abwehrwaffen müßten einen Atomkern tragen . . ." Aber lassen wir Herrn Weinstein, dem enger und guter Kontakt zu Strauß nachgesagt wird, weiter sprechen: „Eine Unterstützung für diese Art der deutschen Bewaffnung wäre eine militärische und politische Integration der atlantischen Verbände, die über das bisherige Maß hinausgeht. Nun besteht keine Gefahr, daß die deutschen Truppen aus der NATO ausbrechen und ihren eigenen ‚atomaren Befreiungskrieg' führen könnten . . . Eine tatsächlich integrierte atlantische Streitmacht müßte schließlich auch geistig das bisher zwangsläufig vorhandene amerikanische Übergewicht bei den Führungsgrundsätzen der Allianz vermindern . . . Die Deutschen würden im eigenen Interesse und gemäß ihrer Art, militärisch zu planen, mit weit weniger Atombomben operieren, womit die abgestufte Abschreckung politisch glaubwürdiger würde." Deutlicher gehts nimmer! Klarer dürften die Bonner Absichten kaum auszusprechen sein. Es ist exakt das Gegenteil der Politik Kennedys, der eine Ausdehnung der Atommächte ablehnt und es nicht zu einem atomaren Konflikt kommen lassen will.

Die politischen Differenzen zwischen Bonn und Washington

Es spricht sich herum: die Bundesrepublik ist nicht mehr das Lieblingskind Washingtons. Die Ära Dulles ist vorbei. Vorüber sind die schönen Zeiten, da die Bundesregierung im Schlepp von Dulles „Sicherheit durch NATO" und „Wohlstand für alle" verkündete. Zwar spricht man hierzulande lediglich von dem „neuen Stil" Kennedys, von „Mißverständnissen" und „falschen Informationen", um die Öffentlichkeit und vielleicht auch sich selber von den Realitäten fernzuhalten. Auch Willy Brandt, „der nichts anderes will", beteiligt sich an der Rettungsaktion „Atomwaffen für die Bundeswehr". Wie die Zeitungen berichten, gab er in Gesprächen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister „Befürchtungen Ausdruck", die Bonner NATO-Offiziere im Hinblick auf die amerikanische Neuorientierung geäußert hatten. Die „Befürchtungen" der Bonner NATO-Offiziere waren natürlich dieselben wie die des Herrn Strauß.

Handelt es sich nur um einen Stilwechsel in der amerikanischen Politik oder um mehr? Der Washingtoner Korrespondent der „Welt" kommt der Sache wohl etwas näher, wenn er am 22. März 1961 schreibt: „Was in der Vergangenheit als unumstritten galt, wird neu durchdacht. Ist es verwunderlich, daß man passive Partner, die nur in ausgefahrenen Gleisen weiterfahren wollen, in dieser Situation schlecht gebrauchen kann?" Wo liegt nun Bonns „Passivität"? Bonn hält nichts von Verhandlungen mit Moskau. Kennedy aber will verhandeln. Kennedy schlägt Chrustschow vor, mit Abrüstungsgesprächen spätestens im August zu beginnen. In Übereinstimmung mit Dulles erklärte Adenauer noch beim Wahlkampf 1957, jedes allgemeine Rüstungsabkommen müsse mit der Wiedervereinigung gekoppelt werden. Ohne Wiedervereinigung keine Abrüstung, so lautete die Bonner Sprachregelung. Das wiedervereinigte Deutschland aber müsse die Freiheit haben, sich der NATO anzuschließen. Mit dieser für die Sowjetunion völlig unannehmbaren Forderung blockierten Adenauer und Dulles sowohl Abrüstungs- als Wiedervereinigungsverhandlungen zugunsten der Rüstungspolitik. Kennedy will offenbar nichts mehr von einem Junktim zwischen Abrüstung und „Freien Wahlen" wissen.

Mehr noch: Carlo Schmid, Erler und der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger, die Anfang März von den deutsch-amerikanischen Gesprächen in Washington zurückkehrten, haben bittere Worte über die Verstimmung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber der Bundesrepublik geäußert. Carlo Schmid mußte sich in den USA fragen lassen, ob nicht Bonn sich zu einer realistischeren Einstellung gegenüber Polen entschließen könne. Auch auf der deutsch-englischen Parlamentarier-Konferenz in der ersten Märzhälfte in Königswinter wurden die deutschen Politiker immer wieder bedrängt, die „Zweistaatentheorie" und die deutsch-polnische Grenze anzuerkennen. Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman erklärte bei seinem Besuch in Bonn, daß man über Berlin wieder „vom Nullpunkt" aus verhandeln müsse.

Präsident Kennedy war es, der das Bonner Angebot einer einmaligen Zahlung von vier Milliarden D-Mark mit einer „Handbewegung vom Tisch fegte", obwohl der Bundeswirtschaftsminister erklärt hatte, mit diesem Angebot wäre die Bundesrepublik „bis an die Grenze des Möglichen" gegangen. Auch für die Aufwertung der D-Mark, deren Folgen für die Wirtschaft, für die Lohn- und Preisbildung noch gar nicht abzusehen sind, erfolgte auf Grund eines Winkes aus Washington. Schon heißt es hier und da, die Amerikaner würden in Kürze den Dollar abwerten. Das Verhalten der Bundesregierung erweckt den Anschein, als sei sie selbstverständlich zu jeder Zahlung bereit, solange sie hoffen kann, die neue Politik Kennedys auf den alten Kurs zurückführen zu können, zumin-

dest solange noch die geringste Chance besteht, auf diese Weise Atomwaffen zu bekommen.

Zur Stunde, da dieser Artikel geschrieben wird, ist der britische Schatzkanzler in Bonn. Auch er wird Finanzforderungen stellen. Frankreich dürfte bald ähnliche Wünsche äußern. Wahrlich, die einseitige Bindung der Bundesrepublik an die NATO macht sich bezahlt — allerdings für die anderen. Die amerikanischen Forderungen gehen dahin, daß wir unsere Zahlungen für Entwicklungshilfe als ordentlichen Posten in den Haushalt aufnehmen. Washington ist nicht daran interessiert, deutsche Zahlungen in Form einer Industrieanleihe entgegenzunehmen. Durch die Aufnahme des Postens Entwicklungshilfe in den Bundeshaushalt werden neue Steuererhöhungen unumgänglich. Ein Anziehen der Steuerschraube verteuert aber die Produktion und vermindet die deutschen Exportchancen. Erhöhte Produktionskosten ziehen automatisch höhere Preise und damit höhere Löhne nach sich. Wenn wir heute noch keine Steuererhöhungen haben, so danken wir das wohl dem Umstand, daß die Bundestagswahlen vor der Tür stehen. Aber genau so wie der Bundeskanzler vor den Wahlen 1957 beteuerte, die Atomrüstung nicht zu wollen, so wird er auch jetzt nicht von Steuern reden. Ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl beschloß die CDU-Mehrheit die Atombewaffnung. Spätestens ein Vierteljahr nach den Bundestagswahlen werden wir Steuererhöhungen haben. — Die Stunde der Experimente hat begonnen. Wer spürt nicht die wachsende Isolierung und Bedrängnis, in die die Bonner Politik gekommen ist? Das Dilemma der Politik der Bundesregierung darf jedoch nicht zum Dilemma der Bevölkerung der Bundesrepublik werden. Es sollte daher schleunigst Schluß gemacht werden mit dem Kurs des einkalkulierten Kriegsrisikos. Es gilt, nach neuen Ufern Ausschau zu halten.

Chancen und Möglichkeiten deutscher Politik

Die Tendenz der amerikanischen Politik, den Kalten Krieg einzudämmen und zu einer Rüstungsbegrenzung zu kommen, bedeutet für die Bundesrepublik, daß sie nicht mehr die große militärpolitische Rolle spielen kann, für die sie durch Dulles ausersehen war. Diese Stellung, die ihr in der militärstrategischen Planung eine entscheidende Rolle zuwies, hat sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bestimmt. Eine Fortsetzung der bisherigen Politik wäre ein Widerspruch in sich selbst. Darüber hinaus würde er der ganzen Welt sichtbar machen, daß wir zwar zu allem bereit sind, was der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr nutzt, aber nichts tun wollen, was der Entspannung und Abrüstung und der einzig noch verbliebenen Chance der Wiedervereinigung dient, der Annäherung zwischen den beiden deutschen Regierungen.

Abbau des Kalten Krieges heißt zunächst Entschärfung der Krisenzonen, heißt Verzicht auf Atombewaffnung. Dies sind auch die amerikanischen Vorstellungen, die in einem Memorandum niedergelegt sind, das Außenminister Rusk seinem Kollegen im Verteidigungsministerium, McNamara, zugestellt hat. Das Memorandum besagt, daß die europäischen NATO-Streitkräfte auf konventionelle Rüstung umgestellt werden sollen, womit die ehrgeizigen Pläne Bonns, die NATO zur vierten Atommacht zu machen, zum Scheitern verurteilt wären. Die Berufung Kissingers zum Sonderberater des amerikanischen Präsidenten ist eine weitere Bestätigung für die Umrüstungsabsichten Washingtons. Nach Kissinger, dem Theoretiker des sogenannten „begrenzten Krieges mit konventionellen Waffen", sollen die Weltmächte durch entsprechende strategische Planung davor bewahrt bleiben, in einem lokalen Konflikt zu Massenvernichtungsmitteln greifen zu müssen, durch die sie sich letzthin selber vernichten würden. Kissinger will also

den atomaren Weltkrieg nicht durch eine entsprechende Friedenspolitik der entschiedenen Abrüstung verhindern, sondern hält „kleine Kriege" nach wie vor für möglich.

Trotz der weltpolitischen Veränderung und des Umdenkens „auf der ganzen Linie", sollten wir uns keinen Täuschungen und Fehleinschätzungen hingeben. Die Bundesregierung wird den Kampf um den Besitz der Atomwaffen nicht aufgeben. Sie denkt allem Anschein nicht daran, sich der weltpolitischen Entwicklung anzupassen. Ihre Einstellung blockiert Verhandlungen über eine Entspannung und Abrüstung. Für ihre Pläne ist die Bundesregierung bereit, hohe und höchste Preise zu zahlen. Wie starr und unbelehrbar die Bundesregierung ist, hat Minister Strauß erst vor einigen Wochen zum Ausdruck gebracht. „Es handelt sich darum", so sagte Strauß, „die NATO zu einer Gemeinschaft für den Sieg im Kalten Krieg zu machen. Dieser Kalte Krieg wird solange dauern, wie es einen von der Sowjetunion und Rotchina mit expansiver Dynamik und revolutionärer Kraft vorgetragenen Weltkommunismus gibt". Die Konsequenz einer solchen Politik heißt Rüsten, Rüsten und nochmals Rüsten. Das heißt, die Bundesregierung ist weiter bereit, das Risiko eines Krieges zu tragen, das mit der Fortsetzung ihrer Atomrüstungspläne verbunden ist, und — wie die Geschichte lehrt — nur in einem Krieg enden kann. Das heißt, die Bundesregierung ignoriert weiter die weltpolitischen Veränderungen, die den Westen zu einer Revision der strategischen und politischen Planung nötigen. Verhaftet in veralteten Vorstellungen und Denkschablonen, verpaßt Bonn wieder einmal die Chancen, die entstandene neue Lage für eine selbständige deutsche Politik zu nutzen.

Die Haushaltsdebatte hätte der SPD die Möglichkeit geboten, die Bundesregierung und die CDU/CSU in eine Diskussion über die veränderte weltpolitische Lage zu führen. Sie hätte fordern können, daß sich die Parteien des Bundestages mit der Umstellung der amerikanischen Verteidigungskonzeption beschäftigen und darüber beraten, mit welchen konkreten Schritten die Bundesrepublik die weltpolitisch und für Deutschland notwendige Entspannung und Abrüstung fördern kann. Sie hätte klar machen müssen, daß eine deutsche Politik nicht länger Hindernis auf dem Weg zu einer Politik der Vernunft sein darf. Stattdessen hat die SPD ein weiteres Mal deutlich gemacht, daß sie keine Alternative zur Politik des Bundeskanzlers zu entwickeln gedenkt. Getreu ihrem Kurswechsel in der Außen- und Wehr-Politik, so schreibt die „Welt", habe sie erneut klar gemacht „daß sie dasselbe wolle wie die Regierung, es aber besser machen würde". Überdies hat das Ergebnis der Kommunalwahlen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen deutlich gemacht, daß der Brandt-Kurs nur der CDU nützt. Wer darauf verzichtet, der Öffentlichkeit ein Alternativ-Programm vorzulegen, wer lediglich „dasselbe will", muß sich nicht wundern, abgewählt zu werden.

Die kürzlichen Kommunalwahlen in zwei Bundesländern zeigen aber noch etwas anderes: Das Bemühen um ein ernsthaftes Alternativ-Programm. An allen Orten, wo kommunale Wählergemeinschaften wirkungsvoll mit einem solchen Programm aufgetreten sind, das den Wünschen der Bevölkerung nach Entspannung und Atomverzicht Rechnung trägt, konnten sie im Kampf gegen alle Parteien eine beachtliche Stimmenzahl auf sich ziehen, ja in Remscheid und Solingen, in Bottrop und Rheydt sogar Sitze erringen. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, als die Wähler-Gemeinschaften erst wenige Wochen vor der Wahl ins Leben gerufen wurden und kaum Gelegenheit fanden, sich der Bevölkerung vorzustellen.

Die Aufgabe der entschiedenen Opposition in der Bundesrepublik muß es also sein, die politische Windstille zu beenden, die die großen Parteien zu erzeugen sich bemühen. Es gilt, die Verschwörung des Schweigens über die Umrüstungsabsichten der amerikanischen Politik einerseits und den wahren Charakter der

Bonner Politik andererseits zu durchbrechen. Allen Bevölkerungsschichten muß klar werden, in welch auswegloser Lage sich die Politik der Bundesregierung befindet. Andererseits gilt es, die Möglichkeiten und Chancen deutscher Politik aufzuzeigen. Wir werden dem deutschen Volk zu sagen haben: Wer auf einen Siegfrieden im Kalten Krieg hofft, der will die Spannungen nicht beenden. Wer Atomwaffen haben will, spielt auch mit dem Gedanken, sie anzuwenden. Amerika und die Sowjetunion erwarten heute gleichermaßen deutsche Entspannungsvorschläge. Es braucht nicht einmal ganz von vorn angefangen zu werden. Eine Zone atomwaffenfreier und kontrollierter Rüstungen ließe sich heute mit amerikanischer Zustimmung verwirklichen. Die Tatsache, daß K e n n a n 1957 ähnliche Überlegungen vortrug wie R a p a c k i , ist geradezu eine Einladung zu einer derartigen Politik. Im Rahmen einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa wäre auch eine erste Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin möglich. Im Rahmen solcher Entspannung und Annäherung würde sich das Berlin-Problem von selbst entschärfen und für Berlin eine Lösung gefunden werden können. Es wäre Pflicht der Bundesregierung, Vorschläge für einen Friedensvertrag, im Interesse Deutschlands und speziell der Bundesrepublik, an die Großmächte heranzutragen, nicht aber sich von den Großmächten zu solchen Vorschlägen vergeblich auffordern zu lassen — wie es erst kürzlich in der sowjetischen Denkschrift zur Deutschlandfrage wieder geschehen ist. In der Tat stehen wir in der Gefahr, daß in naher Zukunft Entscheidungen über Deutschland ohne unsere Mitwirkung gefällt werden könnten, weil sich Bundesregierung und Parteien beharrlich weigern, durch eigene Vorschläge in die Diskussion einzugreifen.

Unsere geographische Lage und die Spaltung unseres Vaterlandes erfordern einen eigenen Beitrag der Bundesrepublik zur Entspannung. Zehn Jahre Rüstungspolitik haben die USA in den wirtschaftlichen Ruin geführt. Wir sollten nicht glauben, vor diesem Schicksal gefeit zu sein. Es wird über kurz oder lang unmöglich sein, Milliarden für Rüstungen und Entwicklungshilfe auszugeben, ohne den Lebensstandard senken zu müssen. Zehn Jahre Rüstungspolitik haben uns von der Wiedervereinigung weiter denn je entfernt. Die DDR ist auch nicht schwächer geworden. Und was soll geschehen, wenn es wirklich gelänge, Atomwaffen an die Elbe zu bringen? Moskau würde mit der atomaren Bewaffnung der DDR antworten. Dann allerdings kommt die Krise, von der prominente Vertreter der Regierungspartei so oft sprechen. Dann stehen wir vor dem „Ernstfall", mit dem die Bevölkerung der Bundesrepublik rechnen soll. Wir müssen wissen: Ein Krieg im geteilten Deutschland, und sei es „nur" ein konventioneller, würde nicht mit einem Sieg des Westens oder mit einem Sieg der Bundesrepublik, sondern mit dem Untergang des deutschen Volkes enden. Wenn wir das aber nicht wollen, bleibt nur der Weg des Friedens. Sicherlich: der Frieden dient auch den Kommunisten, denn er nützt allen Menschen. Das ist das „Risiko", das wir auf uns nehmen müssen. Das Risiko des Atomkrieges ist nicht tragbar.

Prof. Dr. Helmut Ridder

Unteilbares Deutschland . . . ?[1])

Das Fragezeichen ist nunmehr fünfzehn Jahre alt, das Wort vielen ein wohlfeiles Stück Wechselgeld mit blind gewordenem Münzbild, in Fenster- und Sonntagsreden auf jenen falschen Glanz poliert, in dem der politische Widersacher sich in all seiner Verworfenheit entlarvt finden soll; die Diskussion Leerlauf entweder nach Palmström — was man für unteilbar erklärt hat, kann bloß wegen dieser Erklärung nicht geteilt sein oder werden — oder nach dem nicht eben neuen Vorgang des Vogels Strauß — die „Spalterflagge" wird „im Ausland übersehen" (nur zeigt das Ausland wenig Neigung, sich von diesem westdeutschen Augenleiden anstecken zu lassen) —. Wer sich damit nicht zufrieden gibt, läuft Gefahr, sich zwischen sämtliche in der Deutschlandfrage von Politikern und Juristen zur gefälligen Benutzung aufgestellten Stühle zu setzen. So ist Herr Dr. Dehler unartig genug gewesen, in einer Rede in Berlin von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als zwei deutschen Teil-„Staaten" zu sprechen und damit — der Effekt belegt es — in geradezu selbstmörderischer Weise an Tabuierungen zu rütteln, die sich, in allseits akzeptierte Sprachregelungen umgesetzt, zu massiven, immer enger zusammenrückenden Blöcken auswachsen, die dem Lebensstrom eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens, der freien Rede und Meinungsbildung das Bett verlegen. Und nun: Welch ein phantastischer Nominalismus in einem Volk, das den Anspruch auf politische Mündigkeit erhebt: Derselbe Redner erläutert wenig später genau dieselbe Sache in der Terminologie der Teil-„Ordnungen" — und nun will man ihn immerhin anhören. Man sollte doch dankbarer sein, wenn einem gesunden Mißtrauen aufgeholfen wird. Erinnern wir uns daran, welche verhängnisvolle Rolle die unauffällige Sprachsteuerung in der jüngsten deutschen Geschichte gespielt hat — vom Privileg des „Vaterländischen" über die Perversion des „Vergeltungsangriffs" bis hin zu jener unterschwelligen und machtvollen Verschwörung, die das Wort „Kriegsverbrecher" nur in Anführungszeichen duldete.

Auch für eine klärende juristische Erfassung des schicksalhaften Problemkomplexes „Deutschland" wird man durch die Formalien und die selbstgenügsame Begriffslogik von wohl mehr als einem Dutzend „Theorien" — sie können hier im einzelnen nicht einmal aufgezählt werden[2]) — bis zu den politischen Bewußtseins- und Willensinhalten durchstoßen müssen, auf denen sie letztlich ausruhen. Dabei muß man gewiß der außerordentlich bescheidenen, dienenden Rolle eingedenk sein, die das Recht und die Rechtswissenschaft überhaupt im Dienste der Wiedervereinigung spielen können[3]). Aber man sollte nicht um einer in

---

[1]) Der Verfasser trägt hier in etwas erweiterter Form Gedanken zur wechselseitigen Bedingtheit von politischer Problematik und juristischer Konstruktion vor, die er am 19. Februar 1961 in einer Sendereihe des „Westdeutschen Rundfunks" mit dem Gesamtthema „Unteilbares Deutschland" nach voraufgegangenen Beiträgen von Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas Dehler, Frhr. zu Guttenberg, MdB, und Professor Dr. Ulrich Scheuner sklizziert hat.

[2]) Vgl. etwa die Aufzählung bei von Mangoldt-Klein: Das Bonner Grundgesetz, 2. Aufl. Bd. I (1957) S. 29 ff.

[3]) Für die Rechtswissenschaft als Kultur- und Wertwissenschaft gehen die „großen" Probleme häufig genug nicht auf die eindeutige Lösung des Entweder-Oder zu. Sie ist weder Mathematik noch Naturwissenschaft, und die „juristische Logik" (in begrenztem Umfang, nämlich als die Forderung nach Vernunft, notwendig) dient nur allzu oft als Mittel der Verhüllung ideologischer Hintergründigkeiten.

Wirklichkeit nicht vorhandenen oder allenfalls durch suggestiven Einsatz demoskopischer Mittel provozierten, also nicht von politischer Verantwortung getragenen, trügerischen Einigkeit über das gemeinsame Ziel willen vorhandene Gegensätze durch Ausklammerung so wichtiger Fragen wie der nach dem provisorischen oder definitiven Charakter von Grundgesetz und Bundesrepublik verschleiern. Vorhandene Gegensätze nicht überkleistern ist etwas anderes als bisher nicht vorhandene künstlich hervorrufen. Alle oppositionslosen „Großen Koalitionen" sind der Gefahr solchen Verwischens in hohem Maße ausgesetzt, in dessen Folge die politischen Konzeptionen sich uniformieren. Wir erleben zur Zeit, welche Verödung des politischen Lebens bereits die Umstellung einer großen Oppositionspartei von Opposition auf Wettbewerb mit sich bringt (Wettbewerb ist hier der nicht besonders aussichtsreiche Versuch, mehr oder weniger dieselbe Ware abzusetzen, die das Konkurrenzunternehmen seit Jahr und Tag mit offensichtlichem Erfolg an eine zufriedene Stammkundschaft vertreibt).

Man muß sich ferner bei der Behandlung der deutschen Frage darüber im klaren sein, daß geschichtliche Abläufe, politische Tatsachen und Handlungen rechtliche Situationen zu ändern im Stande sind, daß sie unentrinnbar juristische Konsequenzen zeitigen. „Deutschlands" Rechtslage von 1961 ist nicht die von 1945! Daher mag das Thema in der Abfolge von drei Phasen behandelt werden.

Für die erste Zeit nach dem Tage Null, der durch f r e m d e (!) Kraft bewirkten Erledigung des nationalsozialistischen Regimes, kann ein gewisser Bestand gesamtdeutscher Staatlichkeit nicht bestritten werden. Zwar gab es seit Mai 1945 zunächst keine Ausübung originär deutscher staatlicher Hoheitsgewalt mehr. Aber die rechtsrelevanten Äußerungen a l l e r (!) Besatzungsmächte über das als fortexistierend angenommene „Deutschland" als staatliche Einheit, ihre Rechtsetzung für „Deutschland", die Einrichtung des Kontrollrats, die Verträge der Besatzungsmächte hinsichtlich „Deutschlands" wie das Potsdamer Abkommen[4]), das komplizierte Sonderregime für die „Vier-Sektoren-Stadt" Berlin als w i e d e r k o m m e n d e (!) Hauptstadt „Deutschlands" — es ist nur so verständlich; denn die Alliierten wollten gewiß nicht deutsche Denkmalspflege betreiben —, auch nahezu alle wichtigen Emanationen der allmählich wieder aufgebauten deutschen Hoheitsgewalt — wenn man von Einzelerscheinungen wie etwa dem bayerischen Alleingang in der Landesverfassung von 1946 absieht — alles das rechtfertigt den Schluß, daß allseitig und einverständlich ein gemeindeutsches staatliches Dach nicht nur vorausgesetzt, sondern auch als in nächster Zukunft reorganisierbar und zu reorganisieren gedacht wurde. Hätte man damals einem Touristen vom Mars unser Land und unsere Leute gezeigt und ihm etwas über die Staaten unseres Planeten erzählt, so würde er in der deutschen Gesamtstaatstheorie trotz der vielfältigen internen Spannungen und auch noch unter den Auswirkungen des anhebenden Ost-West-Konflikts nichts Unvernünftiges erblickt haben.

Käme der Tourist heute zu einem zweiten Besuch, so möchte er leicht zu der Überzeugung gelangen, es stünden nunmehr einander zwei deutsche Staaten gegenüber — ohne gemeinsames staatliches Dach, ohne Rangunterschied hinsichtlich der völkerrechtlichen Qualität und vor allem ohne einen begründbaren Anspruch des einen, Geschäfte des andern wahrnehmen zu dürfen. Denn von den Realien, Instituten und Symbolen gesamtdeutscher Staatlichkeit ist bitter wenig übrig ge-

[4]) Auf die Streitfrage, ob das Potsdamer Abkommen ein völkerrechtlicher Vertrag im Vollsinn oder nur ein „Regierungsabkommen" ist (Materialien hierzu b. F. F a u s t : Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, 1959), ist hier nicht einzugehen.

blieben: Die gemeinsame Flagge, lange Zeit ein Residuum der Hoffnung, ist untergegangen, die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe verdünnt, die gemeinsame Staatsangehörigkeit bereits schwer angeschlagen — um nur auf einige der wenigen Rudimente hinzuweisen. Bundesrepublik und DDR sind den großen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Paktsystemen je von West und Ost eingeordnet. Ihre internen Herrschaftssysteme stehen einander unversöhnlich gegenüber. Die Beweislast, kann man sagen, hat sich umgekehrt. Das haben die extremen Vertreter der sogenannten „Dachtheorien" nicht einsehen können. Es mag sein, daß schon die vielfältigen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen in den beiden staatlich organisierten Teilen Deutschlands ein gewisses gesamtdeutsches Staatsbewußtsein noch tragen, aber ein solches Bewußtsein und auch das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit reicht nicht aus, den Gesamtstaat neu zu schaffen oder ihn auch nur festzuhalten, so wenig nach der dritten polnischen Teilung die großartige Leistung der polnischen N a t i o n den polnischen S t a a t festhalten konnte. Ein deutscher Gesamtstaat ist in der Tat nicht mehr vorhanden. Er ist geteilt und durch die Teilung untergegangen. Es fragt sich allein, wie es um die Teile steht, und ferner, welche gesamtdeutschen Wirklichkeiten es außer der staatlich-organisatorischen noch gibt. Diese Fragen lassen sich nur beantworten durch ein klares Erfassen und zutreffendes Deuten dessen, was sich seit Beginn der zweiten Phase vollzogen hat, d. h. mit und seit der Schaffung des Grundgesetzes und der Bundesrepublik auf der einen Seite und mit und seit der Schaffung der Volksratsverfassung und der DDR auf der anderen Seite.

Nach der bei uns gängigen amtlichen Doktrin und einer weitverbreiteten wissenschaftlichen Lehrmeinung ist die DDR weder ein Staat noch eine quasi-staatliche „Teilordnung" von rechtlichem Belang und wohl nicht einmal ein Völkerrechtssubjekt (daher denn Handelsverträge der Bundesrepublik mit ihr nur durch akrobatische Behördenauslagerungen zustandekommen können). Aber keines der dafür bisher beigebrachten Argumente schlägt durch. Nicht das von der fehlenden Selbstbestimmung: es gab und gibt und wird undemokratische Staaten geben. Nicht das von der totalen Fremdabhängigkeit: genießen nicht zahlreiche Volksdemokratien im Warschauer Paktsystem innerlich oder äußerlich denselben Grad von Abhängigkeit wie die DDR? Nicht das von der Konstituierung gegen den Willen der Bevölkerung: auch die Freie Stadt Danzig, gegen den Willen und ohne Befragung der Bevölkerung verselbständigt und unter eine besondere treuhänderische Obhut des Völkerbunds gestellt, war ein Staat. Aber die Frage, was die DDR eigentlich ist, kann auf sich beruhen. Dennn es kommt für uns darauf an, was die B u n d e s r e p u b l i k ist und was für ein Verhältnis s i e zu einem eventuell anders denn als staatliches Dach vorhandenen, als unteilbar gewünschten und ungeteilten Deutschland hat.

Mit der Entstehung der Bundesrepublik, mit dem Erlaß des Grundgesetzes, mit der als Antwort hierauf gedachten Gründung der DDR und dem Erlaß der Volksratsverfassung beginnt also die zweite Phase. Die Gründung der Bundesrepublik enthält den Verzicht auf die Realisierung der Wiedervereinigung in jedenfalls der allernächsten Zukunft. Die Gründe, die die westlichen Besatzungsmächte zu ihrem dahingehenden Entschluß bewogen haben, sind hinreichend bekannt. Der Erlaß der Volksratsverfassung war ein Octroi, aber nicht der Octroi zum Erlaß einer Kopie der Stalin-Verfassung, obwohl die Machtlage der sowjetischen Besatzungsmacht einen solchen Octroi sicherlich ermöglicht hätte; vielmehr ist auch die Volksratsverfassung eine Auseinandersetzung mit den vorausgegangenen deutschen Gesamtverfassungen — es spielt hier keine Rolle, daß sie mittlerweile im wesentlichen nur noch ein papiernes Dasein fristet —. DDR und Volksrats-

verfassung traten zunächst mit dem Anspruch auf, allein Deutschland bzw. gesamtdeutsche Verfassung zu sein. Das Grundgesetz war weit weniger massiv. Es erhob nicht den Anspruch, gesamtdeutsche Verfassung zu sein, und es erklärte auch nicht Berlin zur Hauptstadt der Bundesrepublik, was es zwangsläufig hätte tun müssen, wenn es diesen Anspruch erhoben hätte. Es ist vorsichtig genug gewesen, seinen Geltungsbereich „z u n ä c h s t" auf das Gebiet der Bundesrepublik zu beschränken, und es betrachtet sich ausweislich seiner Präambel als eine Verfassung „für eine Übergangszeit". Präambel und Schlußartikel des Grundgesetzes visieren die gesamtdeutsche Lösung nur an, eine gesamtdeutsche Lösung mit einer Verfassung, die beruht auf einer freien Betätigung der ganzen deutschen Nation als demokratischer Verfassungsschöpfer. Gerade weil das Grundgesetz sich zur freien Selbstbestimmung bekennt, konnte es logischerweise nicht den vermessenen Anspruch erheben, d i e Verfassung für a l l e Deutschen zu sein. In der begründeten Annahme, daß alle Deutschen sich zur freien Selbstbestimmung bekennen würden, falls sie Gelegenheit dazu hätten, dürfte es die Aussage wagen, daß im parlamentarischen Rat auch für die von der Mitwirkung ausgeschlossenen Deutschen gehandelt wurde. Aber zu allem, was sonst in der Verfassung steht, sagten die 17 Millionen nichts.

Nun enthält das Grundgesetz die Vorschrift des Art. 23 Satz 2, wonach auch andere Teile Deutschlands der Bundesrepublik beitreten können. Weithin ist die Auffassung verbreitet, daß das Grundgesetz hiermit einen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffnet, also eventualiter auch vorsieht, daß die DDR der Bundesrepublik beitritt. Dieser Auffassung muß mit Entschiedenheit widersprochen werden. Auch diese Vorschrift ist wie alle anderen Verfassungsvorschriften aus dem Gesamtzusammenhang des Verfassungswerks auszulegen. Das Grundgesetz kann nicht so widersprüchlich sein, sich selbst als ein Transitorium und die Bundesrepublik als ein Provisorium hinzustellen und gleichzeitig mit Hilfe von Art. 23 Satz 2 aus der Übergangszeit eine Ewigkeit machen. Die eine Möglichkeit schließt die andere aus. Freilich ist nicht ausgeschlossen, daß ein Verfassungswandel der Vorschrift diesen Sinn geben könnte. Es ist auch nicht zu verkennen, daß gewisse Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik den Weg hierhin bereits angebahnt haben. Aber wir werden sehen und müssen uns klar machen, was das für eine Bedeutung für „Deutschland" hätte. Zu einer Zeit, als die SPD die Pflege gewisser Glaubenssätze noch nicht für schandbar hielt und Opposition noch nicht mit Konkurrenz verwechselte, hat im Gegensatz zu Herrn W e h n e r, der in der Sendereihe des „Westdeutschen Rundfunks" versichert hat, seine Partei werde auch für die Wiedervereinigung kein Quentchen der hierzulande wohlerworbenen Rechte opfern, sein Parteifreund Dr. M o m m e r im Bundestag den Art. 23 Satz 2 als mit dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik verbraucht angesehen[5]) Was kann ihn dazu bewogen haben? Und was wäre auf der anderen Seite die Konsequenz der Gegenmeinung?

Ich glaube, daß die Antwort hierauf auch die Antwort auf unsere Themafrage ist, die Antwort nämlich auf die Frage nach dem sehr versehrbaren Ort „Deutschland". Dieser Ort ist nicht die Bundesrepublik allein. Zwar ist die Bundesrepublik nach ihrem Grundgesetz freiheitliche Demokratie. Aber sie erfüllt nicht den geschichtlichen Anspruch, der an eine Fortsetzung Deutschlands zu stellen ist. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir noch den Mut aufbringen, die Frage nach dem i n n e r e n Provisorium oder Definitivum der Bundesrepublik zu stellen. Der ungeschichtliche Ausgang der Bundesrepublik liegt in den Daten von Währungsreform und Wirtschaftspolitik. Die Bundesrepublik hat es bis heute

[5]) Bei v. M a n g o l d t - K l e i n, a. a. O. S. 654.

nicht aus eigener Kraft vollbracht, mit dem abzurechnen, was bis 1945 voraufging; und das kann auch nicht dadurch ersetzt werden, daß sie im Verdrängungswege die Schmierereien von Halbwüchsigen, die vor 1945 in den Windeln lagen, oder auch die Verbrechen einzelner vor Gericht Gestellter zu Magneten der Ablenkung macht. Die Bundesrepublik hat keine Nationalhymne hervorgebracht. Sie hat es nicht gewagt, mit einem 20. Juli als Nationalfeiertag den Versuch der Verknüpfung mit „Deutschland" zu machen. Sie hat nicht erreichen können, daß aus dem 17. Juni Integrationskraft erwächst. Sie hat Armut, Not und Ungemach der noch zu „Deutschland" gehörenden Jahre von 1945 bis 1949 von sich geschüttelt wie der Pudel das Wasser aus dem Pelz, da man „noch einmal davongekommen" ist. Sie ist nicht Erfüllung, weil sie Nein sagt zum Advent. Deswegen meine ich, ist sie nicht d a s fortexistierende Deutschland. Und deshalb ist ein Weg der Wiedervereinigung über den Beitritt nach Art. 23 Satz 2 des Grundgesetzes ein Weg der Teilung, der das Preisgegebene vernichtet, Verfassungswandel, der Präambel und Schlußartikel des Grundgesetzes beseitigt, der Advent zum Durchgang und Übergang zur Endzeit macht. Der Weg der Wiedervereinigung über Art. 23 Satz 2 des Grundgesetzes wäre nach all dem der Weg zum endgültigen Abschied vom geschichtlichen Deutschland.

Wir können hier davon absehen, daß dieser Weg auch aus außenpolitischen Gründen utopisch ist. Wichtiger ist bei der Betrachtung der innerdeutschen Verhältnisse, daß er in unauflösbare Widersprüche führt. Seine Verfechter nehmen keine Notiz davon, daß mit der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau und mit den Souveränitätserklärungen für die Bundesrepublik und die DDR der Fall „Deutschland" in eine dritte Phase eingetreten ist. In praxi fordern unsere amtlichen Stellen, gottlob zwar, aber logisch unerklärlich, die 17 Millionen nicht zum geschlossenen Auszug aus der DDR oder zur Übertretung ihrer Straßenverkehrsgesetze auf. In Konsequenz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjet-Union hat sich die Doktrin in der — um das Wort F r h r. z u G u t t e n b e r g s zu gebrauchen — „Moskauer Satrapie in Deutschland" auf die Zwei-Staaten-Theorie umgestellt und den Totalitätsanspruch aufgegeben. Daß es nur sehr langsam und über manche innere Widerstände dahingekommen ist, zeigt übrigens, daß die Verhältnisse zwischen dem „Imperium" und der „Satrapie" doch vielleicht etwas differenzierter und verwickelter liegen, als man gemeinhin annimmt. Es wäre nicht unlogisch, wenn nun die Tatsache Berücksichtigung fände, daß auf der Route nach Moskau neben anderen interessanten Stationen wie Warschau auch Pankow liegt, und das theoretisch besiegelt würde, was praktisch ohnehin in weitem Umfang geschehen muß: die Beschränkung der Staatsmacht der Bundesrepublik auf das Bundesgebiet, der Abschluß von Verwaltungsabkommen und Handelsverträgen usw. Würde man sich dazu entschließen, das theoretisch einsichtig zu machen, gäbe man also mit anderen Worten die Kern- und Alleinstaats- und die vermeintliche Identitätslehre auf, so würde man den Tendenzen des angedeuteten Verfassungswandels entgegentreten und nicht die letzten Brücken zwischen uns und dem geschichtlichen Deutschland zerstören. Gerade die Identitätslehre, d. h. also die amtliche Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland mit „Deutschland" identisch sei, ist ein Haupthindernis für das Zurückfinden in die geschichtliche Kontinuität Deutschlands. Wer diese Identitätslehre vertritt, muß klar bekennen, welchen sehr hohen Preis er dem deutschen Volk abfordert. Erhalten wir dem Grundgesetz und der Bundesrepublik Vorläufigkeit und Übergangscharakter, so erhalten wir uns die Möglichkeit, Deutschland als geschichtliches Kontinuum wieder zu verwirklichen — auch für uns selbst —. Dieses „Deutschland" hat jetzt keinen staatlichen Charakter — insofern sind die „Dachtheorien" nicht haltbar —; es ist aber, wie ich meine, noch

immer eine geistig-politische Realität. Sie ist vorhanden u. a. auch und vor allem bei denen — vielen —, die der DDR nicht entfliehen und sich mit ihrem Regime auseinandersetzen, die beispielsweise eine wirklich praktizierte Volksratsverfassung bejahen würden, weil sie zu unserer Diskussion mit Weimar gehört, die ein Recht darauf haben, moralisch sogar vielleicht mehr als wir, die Frucht und die Erfahrung ihres Ringens dann mit in die Wagschale zu werfen, wenn es gilt, für alle Deutschen die wirkliche zweite Republik zu schaffen. Zu dieser geistig-politischen Realität gehört der „Fall Harich" ebenso wie der „Fall Bloch". Könnten wir es verantworten, uns all der hier liegenden geistigen, politischen und moralischen Chancen ohne weiteres zu entledigen? Wird sich eine solche Entledigung, aus Furcht vor morgen vorgenommen, nicht übermorgen in eine um so größere Gefährdung verwandeln?

Prof. D. Heinrich Vogel

Wiedervereinigung ad acta?

Es hat sich herumgesprochen, daß die Chancen für eine Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes auf den Nullpunkt herabgesunken sind. Zwar gehört es noch zu den unaufgebbaren Requisiten in der Deutschlandpolitik (auf beiden Seiten), das iel der Wiedervereinigung zu proklamieren, — versteht sich, jeweils unter den Bedingungen, die man der anderen Seite stellt und die zum Vornherein eine Realisierung ausschließen. Derweilen bleibt das menschliche Problem, wie es sich in der ungestillten Sehnsucht deutscher Menschen nach wie vor meldet, ungelöst. Die schwärende Wunde droht brandig zu werden, und die Folgen einer unbeantworteten Lebensfrage sind nicht nur für dieses Volk, sondern für eine ganze Welt unabsehbar. Es erscheint angebracht, in einem schonungslosen Realismus klar die Bilanz der bisherigen Entwicklung zu ziehen und sich selbst und allen, die es angeht, die Frage zu stellen, wie sie unabweisbar gestellt ist und bleibt.

Zum ersten: Die Welt rings um uns herum will unsere Wiedervereinigung nicht! Noch vor wenigen Jahren wurde diese Tatsache leidenschaftlich bestritten, am allermeisten von den Deutschen, die in ihrer Fähigkeit zu Illusionen und Wunschträumen geradezu unheilbar sind. Nur zu gut ist Morgensterns satirisches Wort auf deutsches Wesen anwendbar: . . . „und also schloß er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf!" Allenfalls war der Deutsche, von dem hier die Rede ist, geneigt, der Politik des Ostens mit einer gewissen Selbstverständlichkeit zu unterstellen, daß sie die Wiedervereinigung nicht wollte, es sei denn unter der Voraussetzung, daß ganz Deutschland kommunistisch würde. Daß aber die westlichen Freunde die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wünschten, oder gar sie in ihrer Politik faktisch konterkarierten, das erschien dem normalen Bundesbürger als eine unerhörte Verdächtigung und Verleumdung. Nun, ich erinnere mich nur zu deutlich daran, wie mir bereits vor sieben Jahren ein holländischer Kollege in aller Aufrichtigkeit sagte: Irren Sie sich nicht, im Westen will man die deutsche Wiedervereinigung nicht! Mochte das damals mit einer gewissen Einschränkung gelten, sofern es sich um Amerikas Haltung handelte, so ist

dank der Entwicklung, die es während des verhängnisvollen Jahrzehnts dieser sechziger Jahre genommen hat, festzustellen, daß die Völker ringsum unsere Wiedervereinigung geradezu fürchten! Sie fürchten — in Ost und West! — daß eine Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln würde, die in ihrer unberechenbaren Dynamik womöglich eine Wiedergeburt jenes Nationalismus heraufführten, dessen entsetzliche Früchte noch unvergessen sind. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir Deutsche selber unser gerüttelt Maß Schuld an dieser Entwicklung haben. Auf der einen Seite hat die Methodik, mit der die Sozialisierung durchgeführt wurde, eine wahre Schockwirkung erzeugt, auf der anderen Seite wurde eine Machtpolitik betrieben, die vollends im Zusammenhang mit der Dynamik des vielberufenen Wirtschaftswunders das Fragezeichen über diesem unseren, den andern so unbegreiflichen, um nicht zu sagen unheimlichen Volk, immer größer werden ließ. Einerseits wünschte man zwar die Integrierung des deutschen wirtschaftlichen und militärischen Potentials in dem NATO-Block. Andererseits aber bekam man Angst vor den Geistern, die man selber heraufbeschworen hatte. Das unheimliche Gefühl, das namentlich in den Völkern unserer unmittelbaren Nachbarschaft nach der Periode eines gewissen Mitleides und einer damit zusammenhängenden Versöhnungsbereitschaft wieder hoch kam, wurde durch gewisse symptomatische Vorgänge im Leben unseres Volkes genährt. Antisemitische Exzesse, neo-nazistische Töne schürten die Glut, die unter einer noch sehr dünnen Decke keineswegs erloschen war. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß bestimmte Vorgänge in der Berichterstattung und Interpretation des Auslandes überdimensioniert wurden. Es soll auch nicht in einer billigen, die Realität verzerrenden Schwarzweiß-Malerei verschwiegen werden, daß in Deutschand selbst offizielle und inoffizielle Stimmen des Protestes gegenüber einem sich wieder regenden Neo-Nationalismus laut geworden sind. Was besagt das aber jener Wirtschafts- und Militärpolitik gegenüber, die in die atomare Ausrüstung einer deutschen Armee einmündet? So sehr sich der Wunsch der NATO-Mächte nach einer militärischen Integrierung des deutschen Potentials im Widerspruch darstellt zu der gleichzeitigen Angst vor der möglicherweise explosiven Dynamik deutschen Wesens, so nüchtern ist festzustellen, daß aus dem allen nicht gerade der ernstliche Wunsch nach einer Wiedervereinigung des deutschen Volkes resultieren kann. Propagandistisch gezielte, an einer allfälligen Wahl orientierte Beteuerungen ändern daran ebenso wenig wie billige Sentimentalitäten, solange man sich die Sache nichts kosten lassen will, weder wirtschaftlich noch politisch.

Damit stehen wir aber bereits vor der zweiten, noch ernsteren Frage, nämlich eben der Frage, wie weit es uns deutschen Menschen selbst mit der Wiedervereinigung noch wirklich ernst ist?! Man wird hier einen tiefen Unterschied machen müssen zwischen der Sehnsucht der Menschen im Osten unseres Vaterlandes und der inneren und äußeren Haltung des Durchschnittsbürgers der Bundesrepublik. Für das Lebensgefühl des Menschen, wie man ihn auf dem Marktplatz oder im Hotel irgendeiner westdeutschen Stadt erleben kann, liegt der Osten und seine Probleme so weit weg wie China, mit dem er im Blick auf den gewaltigen Block sozialistischer Staaten in eines gesehen wird. Schärfer gesagt: er wird überhaupt nicht wirklich gesehen. Er erscheint nur in den Bildern und Zerrbildern, wie sie durch die zweckpolitisch bestimmte Propaganda mit ihren Halbheiten oder auch Lügen gezeichnet wird. Umgekehrt wird man feststellen müssen, daß auch die Leitbilder, die auf der anderen Seite im Kampf gegen westlichen „Imperialismus und Militarismus" ununterbrochen eingeprägt werden, von dem westlichen Menschen einfach als Karikatur empfunden werden. Es ist müßig, auf die Wahrheitsmomente hinzuweisen, die beide Seiten gegeneinander geltend machen können. Hier geht es um die Frage, wie der deutsche Mensch selbst — im Unterschied

zu Parteiführern und Regierungspolitikern — die Sache sieht. Die schlichte Frage ist, wem eigentlich unter uns die Frage der Wiedervereinigung schlaflose Nächte bereitet, und im Zusammenhang damit die Frage, was der einzelne gegebenenfalls dafür zu opfern bereit wäre. Die geradezu grauenhafte Indifferenz unzähliger Bundesbürger gegenüber dieser vitalen Frage gegenwärtiger deutscher Geschichte und Politik bildet nicht gerade eine gute Voraussetzung dafür, daß die Staatsmänner noch über andere Wege nachdächten, als sie ihnen bisher eingefallen sind. Die Periode jener Vorschläge und Angebote, die auf den ersten Blick jeweils für die andere Seite unannehmbar erscheinen mußten, konnte doch nur dann von einem Stadium ernster Bemühungen abgelöst werden, wenn wir Deutsche selber mit dem Mut zur Realität und der Bereitschaft zu Opfern aufeinander zugingen, um wieder mit einander leben zu können. Dabei muß klar sein, daß diese Vokabel „Wiedervereinigung" durch jenen „Mut zur Realität" und die „Bereitschaft zu Opfern" eine tiefe Umwandlung erfahren würde, sowohl was das westliche, wie auch was das östliche Leitbild einer möglichen Wiedervereinigung betrifft. Das gilt eben nicht nur gegenüber einer Ideologie, die ganz Deutschland eines Tages sozialisiert wünscht, sondern auch gerade gegenüber einem, mit dem überkommenen Gesellschaftssystem liierten, mehr oder minder latenten Nationalismus und seinen unheimlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Zu einer Wiedervereinigung im Zeichen eines militanten Neo-Nationalismus könnten alle, die das tausendjährige Reich noch nicht vergessen haben, nur nein sagen.

Damit stehen wir zum dritten vor der Frage nach der Wünschbarkeit der Wiedervereinigung, in der sich die Frage nach ihrer Berechtigung oder gar ihrer Notwendigkeit verbirgt. Es fehlt ja nicht an Stimmen, die das ganze Problem zum Vornherein und als solches unter einem „nationalistischen Vorzeichen" sehen. Nicht nur aus dem Raum außerhalb Deutschlands, sondern doch auch in unseren eigenen Reihen wird die Frage gestellt, warum wir Deutsche — immer noch der Bismarck-Tradition verhaftet! — denn so hartnäckig auf dieser, der ganzen Welt so unbequemen und problematischen Wiedervereinigung insistierten. Viel schwerer dürften die Stimmen derer wiegen, die im Gedenken an die Schuld, die wir einer ganzen Welt gegenüber auf uns luden, und im Blick auf unsere Anfälligkeit für eine Versuchung, deren Vergangenheit wir noch nicht bewältigt haben, meinen, es wäre uns besser, uns unter die selbstverschuldete Trennung gedemütigt sein zu lassen. Wer gewisse Nachtsitzungen unserer evangelischen Synoden der Nachkriegszeit mitgemacht hat, weiß, mit welchem Ernst die Frage gestellt wurde, ob es wirklich Sache der Kirche wäre, für die Wiedervereinigung des zerrissenen Volkes vor dem Angesichte G o t t e s einzutreten. — Nun gibt es sehr schwerwiegende Argumente geschichtlicher Erfahrung und politischer Gegenwartsanalysen, die eine dauernde Trennung Deutschlands als ein Verhängnis nicht nur für Deutschland, sondern für den Weltfrieden erscheinen lassen müssen. Wer die Wiedergeburt des deutschen Nationalismus, und zwar in Verbindung mit einem praktizierten Nihilismus, fördern und geradezu gewaltsam heraufführen will, der halte dieses Volk auf die Dauer getrennt! Die Geschichte von Volksteilungen dürfte eine unüberhörbare Mahnung sein. Es ist ja eine Kurzsichtigkeit und Kurzschlüssigkeit sondergleichen, so zu tun, als ob es sich bei dem gespaltenen Deutschland des 20. Jahrhunderts nur um so etwas wie eine Wiederholung seiner Vielstaaterei in vergangenen Jahrhunderten handeln könnte. Wer das Problem so sieht, wie es nach diesem Krieg im Zeichen der historischen Schuld des ganzen deutschen Volkes und im Zeichen des Gegensatzes zweier tief gegensätzlicher Wirtschafts-Gesellschafts- und Weltanschauungssysteme sich darstellt,

der sollte sich nicht der Illusion überantworten können, daß das mit der Trennung Deutschlands auf die Dauer gut gehen kann und wird.

Sollte nun aber jemand die historisch-politischen Argumente als solche nicht für durchschlagend erachten (gerade im Blick auf mögliche Fehlentwicklungen in einem wiedervereinigten Deutschland), so wäre ihm doch die Frage zu stellen, die als die eigentliche Grundfrage des Politischen respektiert sein will, nämlich die Frage nach dem Menschen und der Menschlichkeit. Wenn die Synoden der Evangelischen Kirche, die sich in ihrer Brückenfunktion verpflichtet wußten, in den Riß zu treten, das Gebet um eine Wiedervereinigung unseres Volkes immer wieder vor Gott brachten, dann einfach in der unabwälzbaren Verantwortung für den deutschen Menschen, wie er in Ost und West uns vor die Füße gelegt ist. Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung wird wohl entweder an den Kontrollpunkten und Passierscheinstellen eingesehen werden oder gar nicht! Dabei darf nicht verkannt werden, daß uns die Wiedervereinigung dennoch verweigert bleiben könnte, aber nicht letztlich durch den Willen der Mächte, von denen sie abhängig ist, sondern durch jenen Willen, der gerade im politischen Raum als non existent ignoriert wird, der aber einem Volk, das die Umkehr (genannt Buße!) verweigert, das verweigern könnte, was es womöglich noch mehr mißbrauchen würde als das vielberufene Wirtschaftswunder.

Nur unter diesem Vorbehalt — mag ihn verstehen, wer ihn verstehen kann! — seien einige Gedanken und Hinweise gewagt, die auf jenem „Notwort" der Synode der Evangelischen Kirche der Union (1959) basieren. Die Grundpfeiler des damals gemachten Vorschlages waren: einerseits der deutsche Verzicht auf jede atomare Bewaffnung, andererseits die Freigabe der praktizierten Kommunikation aller Deutschen innerhalb der gegenwärtigen Grenzen unseres Vaterlandes. Beides wollte und will verstanden sein im Blick auf die Menschlichkeit des Menschen, des Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es das Evangelium von Jesus Christus uns sagt. Die Massenvernichtungsmittel sind Vehikel der Unmenschlichkeit. Dieser, ihrem Wesenszweck immanente Charakter wird durch keine zweckpolitischen Reflexionen, durch keine Rechtfertigungsversuche des gegenseitigen atomaren Terrorismus beseitigt. Wider die Menschlichkeit sind aber auch alle jene Zerreißungen von Eltern und Kindern, Brüdern und Schwestern, wie sie das Leben unseres Volkes bis zur Stunde so unselig belasten. Dabei käme alles darauf an, daß in Gleichzeitigkeit der Verzicht auf jenes offensive militärische Potential und der Verzicht auf alle innerdeutschen Passierscheine riskiert würde. Daß ein solcher Ansatzpunkt zur „menschlichen Wiedervereinigung", die einer staatspolitischen Wiedervereinigung den Weg eröffnen könnte, so illusionär erscheint, hat seinen wahren Grund in jener Massen-Angst-Psychose, die in der Politik der Gegenwart viel mehr Unheil anrichtet als alle Machtkomplexe. Nicht im geringsten ist dabei verkannt, wie vielschichtig die politische Problematik mit dem Fragen nach der Freiheit, nach dem Recht, der Gerechtigkeit und dem Frieden im Konkreten gelagert ist. Wenn es aber gilt, eine Steilwand zu überwinden, so kommt zunächst einmal alles auf die Gewinnung des Einstiegs an. Wo anders sollte er liegen als da, wo es gilt, das Mensch-Sein und die Menschlichkeit zu respektieren?! Wann endlich werden wir es riskieren, die zur Psychose gewordene Angst vor der politischen Unterwanderung der einen Seite durch die andere menschlich zu „unterwandern"?! Wie freilich sollte auch nur ein erster Schritt auf diesem Wege getan werden, wenn nicht die beiden deutschen Staaten, in aller ihrer Vorläufigkeit, zueinander in Beziehung treten?! Die deutsche Regierung, die sich heute zu dem gleichzeitigen Verzicht auf alle Atomwaffen und

Passierscheine bekennte, würde einen nicht absehbaren Dienst an der Beseitigung jener Barrieren leisten, die jede Aussicht auf eine mögliche Wiedervereinigung versperren. Sie würde vielleicht auch so etwas wie einen Modellfall für die Heilung der Risse schaffen, die durch andere Völker (Korea, Indochina!) klaffen. Die Starrheit, in deren Zeichen die festgefahrene deutsche Politik gerade im Verhältnis der beiden Staaten zueinander sich darstellt und die in einem makabren Gegensatz erscheint zu den Entspannungs-Bemühungen der großen Mächte, darf nicht Dauerzustand werden, wenn noch irgendeine Hoffnung für unser Volk in seiner Gesamtheit offen bleiben soll. Videant consules, aber noch mit viel größerem Ernst: videant cives, das will sagen: nicht nur die Staatsmänner und Politiker, sondern jeder deutsche Staatsbürger, welchem Staatsbereich er denn angehört, ist bei seiner Mitverantwortung aufgerufen. Die Frage nach der Wiedervereinigung bleibt nicht nur um unseres Volkes willen, sondern um des Friedens der Völker willen uns auf die Brust gesetzt.

Oder soll das lezte Wort doch sein: Deutsche Wiedervereinigung ad acta!? —

Dr. Hermann Rauschning

Im Schatten des Nationalsozialismus

1.

Gelegentlich der allgemeinen Bestürzung, die die rigorosen Beitragsforderungen der USA für die unentwickelten Länder in der Bundesrepublik hervorgerufen haben, schrieb eine große westdeutsche Tageszeitung von dem „häßlichen Ressentiment". Von drüben käme „die alte Abneigung" gegen die undankbaren Deutschen schon wieder zum Durchbruch. Ein anderer Artikel derselben Zeitung fragte mit selbstbewußter Bescheidenheit, was denn die Deutschen eigentlich seien. Gewiß keine Großmacht mehr, aber auch kein Kleinstaat, immerhin der zweitgrößte Industriestaat des Westens mit der größten Armee Westeuropas. Der Artikelschreiber wendet sich mit Nachdruck gegen Deutsche die „innerlich kapitulieren" und dagegen, „durch Sichdrücken und -kleinmachen" zu versuchen, durch die Wetter dieser Zeit zu kommen. Er bemängelt, daß selbst Bundesminister in amtlichen Erklärungen den Namen „Deutschland" unterschlügen und kommt zu dem Schluß, niemand glaube „an den deutschen Gartenzwerg".

In der Tat: niemand glaubt an das Gartenlaubenydill Deutschland, und das ist der Grund, weswegen gelegentlich „häßliche Ressentiments" und „die alte Abneigung" gegen die Deutschen hinter der gepflegt freundlichen Haltung als wohlwollender Verbündeter zum Vorschein kommen. Nur der außenpolitisch immer noch naive und politische Verbindungen auf Grund gemeinsamer Interessen sentimentalisch-romantisch beurteilende deutsche Politiker kann davon überrascht sein. Seit dem Tage, da sich ausgerechnet ein Himmler, der „getreue Heinrich" oder der in weißer Toga mit rotgefärbten Fingernägeln in Karinhall wandelnde Heliogabalus Göring für geeignet hielten, mit den Westmächten in Friedensverhandlungen zu treten, hat sich offenbar nichts in der Ahnungslosigkeit der Deutschen über die wirkliche Meinung des Auslandes geändert. Man braucht

sich nur einer Reihe von Äußerungen jüngster Zeit zu erinnern, die von bundesdeutschen Politikern und Prominenten getan wurden und die zeitweise schlafenden Höllenhunde des Mißtrauens und der Feindseligkeit nicht allein in USA, England und Frankreich, sondern sogar bei Neutralen geweckt haben. Was soll man von dem Taktgefühl und der psychologischen Begabung, von diplomatischem Geschick ganz zu schweigen, eines Professors Grewe in Washington halten, der amerikanischen Presseleuten voriges Jahr so etwas wie einen Aufstandsplan nach dem Muster des 17. Juni 1953 in Berlin als Beginn für eine mögliche Bereinigung deutscher Fragen anbot. Was soll man zu den Äußerungen eines so prominenten Mannes, wie es Ehrhard ist, sagen, die er zu den Heimatvertriebenen tat. Was soll man gar zu den markanten Worten des Kanzlers selbst zu den Pommern sagen, da er von der „geschichtlichen Stunde für Deutschland" sprach. Gewiß, gewiß, wir alle wissen, daß es bei den Landsmannschaften darum ging, die Stimmen der Heimatvertriebenen für die CDU zu gewinnen — immerhin ca. 25 % der Deutschen in der Bundesrepublik —, nicht aber wirklich um die Anmeldung außenpolitischer Ziele in der Rückgewinnung der Deutschland vorläufig aberkannten Gebiete. Wer aber wägt solche Äußerungen im Auslande anders denn als offizielle Ermunterung zur „Revanche" und sieht sie anders denn als in Parallele zu den Tiraden der Nationalsozialisten gegen den Versailler Frieden, mit denen sie sich an die Macht kämpften! War es ein Wunder, daß die Times in einem Leitartikel die deutsche Unvernunft anprangerte und ihrem Mißtrauen darüber Ausdruck lieh, daß die Deutschen die Verpflichtung der Westmächte für Berlin zu zweifelhaften Zielen ausnutzen könnten? Die schwedische Zeitung Stockholm Tidningen glaubte gewiß nicht, im Deutschen einen „Gartenzwerg" sehen zu sollen, als die mannhaften, um nicht zu sagen selbstverräterischen Äußerungen solcher bundesrepublikanischer Prominenzen wie Kai-Uwe von Hassel und Dr. Jaeger gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt „unheimlich und erschreckend" fand und fragte, ob sich ein Teil des deutschen Volkes noch immer mit dem Nationalsozialismus solidarisch erkläre.

Das Erschreckende und Unheimliche ist jedoch nicht, daß der Nationalsozialismus noch in einigen Teilen des deutschen Volkes weiter lebt. Niemand nimmt im Ernst an, daß das historische Phänomen Nationalsozialismus in der bestimmten konkreten Gestalt noch einmal zum Leben erweckt werden könnte. Dazu fehlt jede Vorbedingung, vor allem fehlt die integrierende Persönlichkeit, die nun einmal dieser Mann Hitler mit seiner „unbändigen" Willenskraft war. Das Erschreckende und Unheimliche ist vielmehr, daß die Bundesrepublik infolge ihrer Politik in eine Lage geraten ist, die immer auffälliger in vielem derjenigen entspricht, die zur Berufung des Nationalsozialismus an die Macht geführt hat. „Als sei Hitler nicht gewesen", entrüstete sich die Times über die Äußerungen bundesdeutscher Politiker zu den Tagungen Heimatvertriebener. Richtiger wäre wohl ihre eigentliche Meinung mit den Worten wiedergegeben: „als ob man sich in der Bundesrepublik für einen neuen Hitler vorbereite". Genau diese Sorge ist es, die unter den westlichen Verbündeten der deutschen Bundesrepublik das Mißtrauen und die Abneigung gegen die Deutschen in jederlei Gestalt unter einer hauchdünnen, bei jeder Gelegenheit zerreißenden Decke lebendig erhält. Und es bedarf schon der ganzen Naivität und unkritischen Ahnungslosigkeit deutscher Journalisten und Politiker, anzunehmen, daß es sich, wie bei der unfreundlichen Sprache gelegentlich der amerikanischen Beitragsforderungen, nur um Rückfälle in sonst überwundene Einstellungen dem deutschen Volk gegenüber handele. Das Ausland fürchtet nicht nur, seine informierten Politiker glauben vielmehr zu wissen, daß der Nationalsozialismus in den eigentlichen politischen Impulsen und Kräften nicht überwunden sei, sondern in neuen Masken und Metamorphosen wieder

virulent werden könne. Mit wachsendem Unbehagen stellen die Informierten dabei fest, daß der Westen selbst es gewesen sei, der, wenn auch notgedrungen und gegen besseres Wissen, den wesentlichen Beitrag dazu geleistet habe, daß es zu dieser Lage gekommen sei.

Wer im Auslande lebt, wer die Gelegenheit hat, die Meinung über Deutschland nicht in zweckgebundenem Gespräch, sondern in brutaler Offenheit zu hören, der weiß, daß hier nichts vergessen ist. — Die „wohltätige Vergessenheit", von der einst Churchill gesprochen hatte, in die das Böse der Vergangenheit gesenkt werden müsse, ist in Wahrheit kaum zu spüren. Nur der Deutsche selbst hat es fertig gebracht, es zu vergessen, daß einmal ein Hitler war und was er selbst in Gehorsam und Loyalität zu diesem Manne getan hat. Höchstens, daß er sich noch mit Stolz daran erinnert, wenn er es nicht vor sich selbst und anderen damit rechtfertigt, er habe Schlimmeres verhütet. „Wir wissen, was wir drinnen taten" rühmt sich der Wehrminister Franz Josef S t r a u ß gegenüber der „Fragwürdigkeit" des Treibens „draußen", außerhalb Deutschlands, des Berliner Bürgermeisters, der nicht „an der Front oder in innerem Kampf gegen die Nazi-Machthaber Gesundheit und Leben aufs Spiel gesetzt" habe. Trotz Verleihung von Ehrendoktorwürden, trotz Beteuerung politischer Freundschaft ist im ehemals feindlichen Ausland die Vergangenheit nicht in gleicher Weise wie vom deutschen Volk selbst vergessen oder gar gerechtfertigt worden. Wohl erkennt man die Tüchtigkeit der Deutschen, ihren Fleiß und die persönliche Zuverlässigkeit des einzelnen Deutschen an. Aber das Volk als Ganzes, seine Politik, seine Unberechenbarkeit, seine Existenz sind und bleiben als inkommensurable Größe das mit Abneigung, ja mit unverhohlenem Haß betrachtete unlösbare Problem der Weltpolitik, dem gegenüber fast das Problem des Bolschewismus geringere Sorge zu bereiten scheint.

Der deutsche Bürger, der Politiker sollte nicht darüber im Zweifel sein: das Bündnis der Westmächte mit der Bundesrepublik ist ein kaltes Rechenexempel. Hinter ihm stehen keine Sympathien und keine „wohltätige Vergessenheit" der Vergangenheit. Wenn durch Amerika dem deutschen Bundesbürger versichert wird, daß der Westen zu seinem Worte stünde, den besonderen Status Westberlins mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, so steht dahinter keine wärmere menschliche Anteilnahme an der Situation der Bevölkerung, sondern ausschließlich die Rücksicht auf das eigene Prestige, auf den politischen Kredit der Westmächte in der Welt. Es geht für den Westen allein darum, die übrigen Mächte zu überzeugen, daß seine politischen Zusagen honoriert werden. Das militärische und politische Bündnis der USA mit der Bundesrepublik beruht auf einer zeitweisen Übereinstimmung politischer Interessen. Diese Übereinstimmung ist nicht nur von deutscher Seite aus gesehen problematisch, sie ist auch vom Westen aus beurteilt inhaltlich wie zeitlich begrenzt. Das militärische Bündnis und die mit ihm verknüpfte Wiederaufrüstung der Bundesrepublik zur größten Armee des europäischen Westens ist über schwere politische Bedenken hinweg um der Notlage willen geschehen. Würde diese Notlage behoben, so bestünde auch kein Anlaß mehr für den Westen, Deutschland zu fördern und mit ihm verbündet zu sein. Die zurückgehaltenen Bedenken gegen die Wiederherstellung Deutschlands als die größte Wirtschafts- und Militärmacht Europas außer Rußland würden dann zu ungehemmtem Ausdruck kommen.

Das liegt alles so auf der Hand, daß man sich scheut, diese Banalitäten auszusprechen, wenn nicht ein neues Moment sichtbar würde, das für die Deutschen verhängnisvoll werden könnte. Man wird der bundesdeutschen Außenpolitik immerhin zutrauen können, daß sie die Krise, die für die deutschen Beziehungen zum Westen aus einer E n t s p a n n u n g mit Sowjetrußland erwachsen könn-

ten, in ihrer weit tragenden Bedeutung richtig beurteilt und daraus die Schlußfolgerung zieht, diese Entspannung, soweit dies in der Macht der Bundesrepublik liegt, nicht zu unterstützen. Es hieße aber den Scharfsinn der westlichen Politiker unterschätzen, wollte man annehmen, daß sie solche Absicht nicht merkten und verstimmt würden. Die Folge könnte immerhin sein, daß die Bundesrepublik nicht nur als unbequemer Bundesgenosse, sondern als das eigentliche Hindernis einer Verständigung angesehen und damit der „ewige Charakter" des Deutschen als der Weltstörenfried wieder einmal — im Hitlerdeutsch ausgedrückt — „unter Beweis gestellt" würde. Was dann den Anlaß geben könnte, die wider bessere Einsicht unternommene Aufrüstung der Bundesrepublik als erstes Opfer auf dem Altar einer Verständigung zu verbrennen, ohne daß dafür die vom Bundeskanzler erhoffte Kompensation in Gestalt einer „Wiedervereinigung in Freiheit" von den Sowjets eingehandelt werde könnte. Die Gefahr besteht, daß die Bundesrepublik aus ihrer so weidlich gerühmten Position „auf der richtigen Seite" heraus und in eine wahrlich nicht „splendid" isolation hineinbugsiert werden könnte, in der sie die Hauptkosten einer Verständigung tragen müßte, wie zur Zeit die Hauptlast der von Amerika nicht mehr allein zu leistenden Beitragszahlungen für die unentwickelten Länder.

Der bundesdeutsche Politiker wird daher gut tun, die harte Sprache, die die USA gelegentlich der Forderung von Beitragszahlungen für angebracht hielten, nicht nur als einen Rückfall in altes Ressentiment aufzufassen, sondern als den „Durchbruch" der wirklichen Gesinnung gegenüber Deutschland und als Vorboten einer möglichen Re-Revision der Einstellung zum deutschen Volk, die als Reaktion einer Entspannung mit dem Osten nahezu unvermeidlich ist. Im Gefolge einer solchen würde der Antikommunismus viel von seiner Schärfe im Westen verlieren, wo er ohnedies weder so weit verbreitet noch doktrinär — wieder mit Hitler zu sprechen — „weltanschaulich untermauert" ist, wie im deutschen Raum. Er wird zum großen Teil durch Sympathien der breiten Massen Amerikas neutralisiert, die trotz gelegentlichem Spott über „Iwan" echt und mit Achtung für den Aufstieg und die steigenden Leistungen der Russen verbunden sind. Es würde in solcher Lage schwerlich ausbleiben, daß man sich im Westen klarer dessen bewußt würde, daß der von einigen Kreisen geförderte Versuch einer gewaltsamen Beseitigung des Kommunismus statt einer geistigen und politisch-wirtschaftlichen Austragung des Gegensatzes schließlich und endlich nichts anderes bedeute, als in die Fußstapfen Adolf Hitlers zu treten. Man könnte sich erinnern, daß die gegenwärtige Frontbildung in der großen Krise genau der Lage entspräche, auf deren Zustandekommen Hitler in den letzten Monaten seiner Herrschaft als das große Wunder der Rettung Deutschlands hoffte: das Bündnis des nationalsozialistischen Deutschlands mit dem Westen zur gemeinsamen endgültigen Niederringung des Weltkommunismus. In solcher Lage Äußerungen zu tun wie sie der Botschafter Grewe für opportun, wie sie Herr Erhardt für politisch vertretbar hielt, oder gar der allverehrte Herr Bundeskanzler mit seinem tröstlichen Hinweis auf die historische Stunde Deutschlands zeitgemäß fand, muß in der Tat Ausland wie Inland mit Schrecken und Sorge erfüllen und die Blicke auf den Schatten des Nationalsozialismus lenken, der die bundesdeutsche Republik verdunkelt.

Es ist in dieser Lage schon wenig angebracht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Bundesrepublik die größte Armee Westeuropas habe und die zweitgrößte Industriemacht sei. Gefühl für Takt, die richtigen Proportionen und die Imponderabilien in kluger Zurückhaltung und Wahrung einer richtigen Mitte zwischen hektischem Selbstgefühl und Geltungsbedürfnis und liebedienerischer Anbiederung ist nie die starke Seite der Deutschen gewesen. Aber so bar jedes Gefühls für das

„Passende" und „Unpassende" in einer bestimmten Lage ist das deutsche Volk selbst nicht unter Hitler gewesen. Es wird gewiß nicht verlangt, daß der Deutsche sich ducken oder klein machen solle. Es wird hier nicht erwartet, daß der Deutsche von Tag zu Tag aufs neue „kapitulieren" solle. Aber kleinbürgerliche Renommisterei ist kein richtiger Ausdruck eines gesunden Selbstgefühls und eines festen politischen Willens. Es wird vielmehr erwartet, daß der Deutsche seine besondere Lage und Funktion und damit eine Selbständigkeit nach beiden Seiten hin, nicht nur nach einer zur Geltung bringt, und sich nicht unter dem Schutz mächtiger Freunde eine feste und sogar feindliche Haltung in einer Richtung leistet, während in der anderen Richtung die Politik im wesentlichen darin bestand, Anweisungen entgegenzunehmen und die Funktion eines Klienten auszuüben. Die deutsche Bundesrepublik ist gewiß keine Großmacht. Sie ist auch kein Kleinstaat. Sie ist bis zur Stunde ein in ihrer Souveränität und staatlichen Existenz problematisches Gebilde, das noch immer in einer anormalen Abhängigkeit von anderen Mächten als Folge seiner de-bellatio existiert und an diese Abhängigkeit erst vor kurzem nachdrücklich erinnert worden ist. Eine Abhängigkeit indessen, die, wie sich die kontrollierenden Mächte nicht verhehlen, nicht so wie bisher auf die Dauer aufrechterhalten werden kann, und daher erneut die sorgende Frage aufbringt, welche Wege zu welcher Unabhängigkeit die Bundesrepublik zu gehen sich entschließen wird, wenn und insofern nun die Dinge wieder in Bewegung geraten.

Es ist befremdend, wie wenig Anstoß und Nachdenken die Tatsache unter den bundesdeutschen Politikern ausgelöst hat, daß die politische Grundsituation in Europa genau der Lage entspricht, die Adolf Hitler in den Phantasien seiner letzten Bunkerzeit erwartet hatte. Es ist gewiß nicht allein die Aufrüstung der Bundesrepublik zur stärksten Armee Westeuropas, die den Schatten des Nationalsozialismus wieder heraufbeschworen hat. Vielmehr ist es diese Grundsituation, die die Außenpolitik der Bundesrepublik geradezu als die Fortsetzung des Hitlerschen Krieges „mit anderen Mitteln" erscheinen läßt, — um einmal den Clausewitz'schen Satz vom Kriege in seiner Umkehrung anzuführen. Sind damit nicht Hitler und der Nationalsozialismus mindestens in dem Kriege gegen Rußland nachträglich gerechtfertigt? Erfährt damit nicht die nationalsozialistische Politik eine Rehabilitierung, die solche Äußerungen hochstehender Bundespolitiker verständlich macht, die Stockholms Tidningen „unheimlich und erschreckend" fand und zur Frage veranlaßte, ob sich ein Teil des deutschen Volkes noch immer mit dem Nazismus solidarisch wisse mitsamt allem, was er an Konzentrationslagern, Massenmorden und Angriffen gegen andere Völker enthalten habe? Gewiß wird man der Bonner Politik nicht unterstellen wollen, daß sie absichtlich auf den Spuren Adolf Hitlers wandele. Es wäre absurd, der Bundesregierung auch nur einen Hauch von Tendenzen nachsagen zu wollen, die irgendwie in die Nähe Hitler'scher Gewalt- und Terrormaßnahmen führen könnten. Aber ob gewollt oder ungewollt, bewußt oder unbewußt, die Teilnahme der Bundesrepublik an der Polarisierung der Weltmächte in einen West- und einen Ostblock hat die Hitlersche Politik mindestens in ihrem Antikommunismus für die politischen Erben des Nationalsozialismus gerechtfertigt und Hitler selbst für viele als den weit vorausschauenden, allen politischen Zeitgenossen weit überlegenen Politiker auf den ihm gebührenden historischen Platz erhoben, als tragisch gescheiterten, von dem heimtückischen Hagen in Gestalt der Westmächte gemordeten und in seinem besten Vorhaben vereitelten Siegfried des Abendlandes und Schützer der Vorherrschaft der Weißen. Nicht nur der Dichter von „Volk ohne Raum" entdeckte solcherweise erst nach 1945 die Größe Hitlers. Und ist denn nicht jetzt erst recht offenkundig geworden, was der Fortfall des deutschen Bollwerkes im Kampf gegen den Aufstand der Minderwertigen und der Minderrassigen für Folgen für die

im Grunde solidarische Welt des Westens haben muß? Was Wunder, daß allerorten in diesem Schlagschatten des alten Nationalsozialismus die Flora eines neuen entromantisierten Stromlinien-Faschismus aufzusprießen beginnt und die alten Kämpfer in Rang und Gliedern das Haupt wieder hoch und herrisch tragen. Sie sind schon wieder oben. Sie sind im Grunde nie unten gewesen. Die Eigentlichen, die „Doppelverdiener" der Zeiten und Gelegenheiten. Die Korkwestler, die immer oben schwimmen. Die allen Situationen Gewachsenen. Nicht etwa die alten Krippensetzer, die Bonzen, die alten Parteihengste. Wohl aber die Handlanger, die eigentlichen Manager, die Steigbügelhalter der Macht — die Kronjuristen, die Unentbehrlichen, die Zuarbeiter, die Fachbearbeiter.

Aber es geht hier nicht so sehr um den persönlichen Einfluß von Leuten, die immer noch politisch in den Kategorien der nationalsozialistischen Gewaltpolitik denken und von den Motiven und Impulsen der „unbewältigten" Vergangenheit leben. Es geht vielmehr um eine zwangsläufige Entwicklung, um die einer konkreten politischen Situation inhärente Folgerichtigkeit, die sich allen Vorkehrungen zum Trotz durchsetzt. Mit ihr haben wir es zu tun. Sie ist es, die die eigentlichen Gefahren der Zukunft enthält, nicht etwaige Versuche abgehalfterter Nazigrößen, den alten Parteizauber wiederherzustellen. Es ist die Gefahr einer Entwicklung, die den Händen der politischen Führung entgleitet und einem eigenen Automatismus folgt, mit dem Endergebnis einer neuen Politik der Gewalt und einer neuen Form der totalitären Disziplinierung.

Bevor auf diese Gefahr näher eingegangen werden soll, ist eine Zwischenbemerkung am Platz, weil in der politischen Diskussion, soweit eine solche überhaupt noch in der Bundesrepublik stattfindet, jede Kritik an der offiziellen Politik Bonns als Neutralismus, als Pazifismus und ideologisches Wunschdenken, als weltfremder Perfaktionismus charakterloser Intellektueller oder Reisegefährten des Kommunismus abgetan zu werden pflegt; eine Abfertigung wie wir sie wörtlich, in denselben Ausdrücken, aus dem Munde Adolf Hitlers zu hören gewohnt waren. Wir beschäftigen uns hier nicht mit der geistigen und ethischen Seite des Nationalsozialismus. Selbst die Frage nach Recht und Unrecht, nach dem persönlichen Gewissen und persönlicher Verantwortung soll hier zunächst außer Betracht bleiben. Wir sprechen hier lediglich von der Angemessenheit einer deutschen Politik, von einer zweckmäßigen Politik, einer rationalen Politik, die der Tatsache angemessen ist, daß Deutschland unter Hitler die zweite Weltkatastrophe aus freiem eigenem Entschluß herbeigeführt hat und besiegt wurde. Eine solche Politik mußte einen eigenen Code dessen entwickeln, was sie tun konnte und was sie auf keinen Fall mehr tun durfte. Man wird wohl sagen dürfen, daß die Politik der Bundesrepublik anfänglich sich der daraus folgenden Begrenzung und Unterordnung einer neuen Außenpolitik unter kooperative und rechtliche Normen bewußt war, aber auch der Vorläufigkeit aller staatlichen und überstaatlichen Neuordnungen, die die de-bellatio Deutschlands und das machtpolitische Chaos Europas beseitigten. Der Politik der Verbindung und Einordnung Deutschlands in größere politische Verbände lag die richtige Beurteilung und der gewiß nicht leichte Entschluß zugrunde, daß Deutschland sich von dem Schatten des Nationalsozialismus nur in einem außenpolitisch revolutionären Neubeginn befreien könne, nicht in der Wiederherstellung einer älteren Ordnung und Politik. Unter diesem Gesichtspunkt war es wohl auch vertretbar, daß Deutschland, der schwierigen internationalen Lage Rechnung tragend, zunächst sogar auf seine staatliche Einheit verzichtete. Die Politik überstaatlicher und übernationaler Verbindung trug der durch den zweiten Weltkrieg erwiesenen Erfahrung Rechnung, daß durch Kriege politische Probleme im europäischen Raum

nicht mehr zu lösen waren. Für Deutschland ergab sich damit die Möglichkeit, neue Fäden des Vertrauens zu knüpfen und den radikalen Nationalismus mit seinen imperialistischen Zielen, mit dessen Wiederaufleben unter Umständen zu rechnen war, zu disziplinieren und den Großraumbedürfnissen legitime Betätigungsfelder zu erschließen. Diese Bestrebungen wurden erst dann bedenklich, als sie in den Dienst einer Machtpolitik mit dem Ziel gestellt wurden, den Machtbereich anderer Mächte zurückzudrängen, und damit für Deutschland nicht nur die Gefahr einer dauernden Spaltung, sondern auch eines Wiederauflebens nationalsozialistischer Tendenzen und Ideen heraufbeschworen.

Es ist befremdend, daß die bundesdeutsche Führung die sich allmählich vollziehende Rückwendung der Politik zu dem alten Muster der Gewalt und überlegenen militärischen Stärke nicht gewahr wurde oder nicht wahrnehmen wollte. Sie mußte spätestens ihre Mitwirkung versagen, als aus der Eingrenzungspolitik des Westens die Rückdrängungspolitik des amerikanischen Außenministers John F. Dulles wurde. Sie durfte weder an der fortschreitenden Polarisierung der weltpolitischen Lage aktiv teilnehmen, noch sich an einer „Politik der Stärke" beteiligen, die, auch wenn sie eine solche erborgter Stärke in der Verbindung mit anderen Mächten war, nichts anderes als eine verkappte Kriegspolitik im Rahmen einer militärischen Konzeption war. Die deutsche Politik mußte, wenn sie infolge der allgemeinen Weltsituation nicht imstande war, die deutsche Funktion als ausgleichendes und verbindendes Element zwischen den Großmachtblöcken im Rahmen der bisherigen Beziehungen wahrzunehmen, versuchen, dies selbständig und auf eigenes Risiko zu tun. Hier war der Punkt, an dem es galt, nicht „von neuem zu kapitulieren", sondern unter Umständen Unwillen und Nachteile in Kauf zu nehmen für eine in sich folgerichtige Politik, die die nationalsozialistischen Schatten aus dem Tageslicht, in das sie drängten, endgültig in die Unterwelt zurückbeschwor. So einfach, wie der Verfasser jenes zu Anfang erwähnten Artikels, in dem er sich über das „häßliche Ressentiment" von drüben beklagte, es sich vorstellt, kann man die Lage und die Alternativen allerdings nicht sehen. Die Deutschen hätten sich, um die Krise des Jahrhunderts zu überstehen, einem der großen Machtblöcke der Welt anschließen müssen. Das koste Geld und Opfer. Diese wären wahrscheinlich noch größer, hätte man dem Ostblock angehören müssen. Wenn man sich aber aus den großen Machtblöcken hätte heraushalten und zwischen ihnen ein neutrales Dasein fristen können, so hätte auch das viel Geld gekostet, denn man hätte hohe Beträge für eine eigene Rüstung aufbringen müssen, wie das Beispiel der Schweiz und Schwedens zeigt. Man tut dem Verfasser vielleicht zu viel Ehre an, wenn man seinen Gedankengang ernst nimmt. Aber er ist ein Musterbeispiel für die im deutschen Raum gegenwärtig auch in großen Blättern übliche raffinierte Oberflächlichkeit und saloppe Simplifizierung, schwierige und weitschichtige Probleme von schicksalhafter Bedeutung sozusagen im Vorbeigehen mit einer lässigen Handbewegung zu bagatellisieren. Gewiß kann sich gegenwärtig die Bundesrepublik nicht sträuben, für das Privileg, dem westlichen Klub anzugehören, als arriviertes Mitglied einen erhöhten Klubbeitrag zu zahlen. Aber die Frage der Zugehörigkeit zu einem der Blöcke oder zu einer Stellung zwischen beiden ist nicht eine solche der Kosten, sondern eine solche der politischen Konsequenzen für Deutschland wie für alle beteiligten Mächte. Unter Umständen müßte die kostspieligste Alternative vorgezogen werden.

Schritt für Schritt hat sich die Bonner Politik durch ihre Teilnahme an der Konzeption der Stärke in politische Gedankengänge zurückziehen lassen, die aufs Haar ehemaligen nationalsozialistischen gleichen. Sie ist damit nicht nur in eine immer unvorteilhaftere Lage dem Ostblock gegenüber geraten, sondern auch in

ein immer unhaltbareres, weil widerspruchsvolles Verhältnis zu den Westmächten. Mehr und mehr hat sich die Bonner Politik in die Geleise eines doktrinären Anti-Kommunismus drängen lassen und ist in Gedankengänge und Planungen geglitten, in denen das militärische Denken das politische völlig überwuchert. Die Bonner Außenpolitik steht überwiegend im Dienst militärischer Strategie. Sie ermangelt einer eigenen Konzeption; denn selbst die Bestrebungen in der Richtung einer europäischen Union werden überwiegend vom Gegensatz zu Sowjetrußland und von militärischen Gesichtspunkten bestimmt. Die Außenpolitik Bonns ist auf dem Fundament aufgebaut, das von dem Hitler'schen Gebäude nach seinem Zusammenbruch übrig geblieben ist. Indem Bonn nicht erkannt hat, daß das deutsche Volk mit der Politik eines militanten Anti-Kommunismus, der Aufrüstung und einer Politik der Stärke in die Fußstapfen Adolf Hitlers tritt, hat es überzeugender dargetan, als es theatralische Fahnenaufmärsche alter Parteiorganisationen oder gelegentliche Rednerentgleisungen alter Generale tun könnten, daß das deutsche Volk den Nationalsozialismus noch nicht als Irrtum und Schuld der Vergangenheit bewältigt hat, sondern daß es mit wesentlichen seiner Tendenzen und Impulsen in der Gegenwart weiter lebt. Nicht etwa nur in alten Parteikreisen, sondern in den gerechten und gerechtfertigten Eliten, die sich als die Wortführer eines vom Nationalsozialismus gereinigten neuen Deutschland berufen fühlen, die Geschicke der Nation zu lenken. Der alte Wortschwall und der hysterische Überschwang der bis in die letzten Tage verzapften nationalsozialistischen „Weltanschauung", — der Danziger Gauleiter predigte den schon in verkehrter Front gegen den Feind vor dem brennenden Danzig kämpfenden Truppen über die Schuld der Juden —, würden in der Gegenwart nur noch Hohnlachen ernten. Die realpolitische Essenz des Nationalsozialismus aber, trotz den Bibliotheken von Stoffmaterialien über ihn in ihrem Wesen nicht erkannt, bleibt noch immer für den Deutschen attraktiv, oder besser gesagt, ist es wieder geworden.

Der Nationalsozialismus ist nicht, als was er häufig gedankenlos charakterisiert wird, eine abstruse rassistische Lebenslehre mit ruchlosem Antisemitismus, Polizeiterror, Konzentrationslagern, Vergasungsanstalten. Das sind Ausdrucksformen seines Willens zur Macht, aber es erschöpft nicht sein Wesen. Er ist auch nicht vornehmlich ein Aufstand des depossedierten kleinen Mittelstandes mit unausgegorenen sozialen Ordnungsideen. Er ist gewiß nicht nur das Produkt einer einmaligen Akkumulierung sozialer, ökonomischer und politischer Krisen in wechselseitiger Steigerung und Radikalisierung, ein Phänomen, das man durch kluge, rechtzeitige wissenschaftliche und andere Hilfen von einer radikalen Entwicklung hätte bewahren können. Er enthält vielmehr einen harten, realpolitischen Kern, dem man sogar von der Vergangenheit her eine gewisse Berechtigung nicht wird absprechen können. Ihn über allem anderen, was als Nationalsozialismus gilt, zu übersehen, ist ein schweres Versäumnis der wissenschaftlichen und politischen Selbstkritik der Deutschen. Denn hier liegt der politisch gefährliche Ansatzpunkt für neue fatale Entwicklungen, die zwar nicht unter dem Namen Nationalsozialismus erscheinen werden, aber um so mehr von seinem Wesentlichen in die Zukunft tragen könnten. Jenes, was im populären Sinne ausschließlich als Nationalsozialismus gilt, zu beseitigen und unter Strafverfolgung stellen, heißt noch nicht, den Nationalsozialismus in seinem eigentlichen Wesenskern überwunden zu haben.

Mißverständnis oder absichtliche Mißdeutung liegen hier nahe. Wenn hier der Anti-Kommunismus erwähnt wurde, so ist der militante und weltanschaulich fanatisierte gemeint, wobei kein großer Unterschied darin gemacht werden kann, ob die Fanatisierung durch einen säkularisierten Glaubensersatz oder durch eine

mißverstandene und mißangewandte christliche „Weltanschauung" und die Verteidigung des „Christlichen Abendlandes" erfolgt. Es muß jedem Volk und jedem einzelnen unbenommen bleiben, wie er sich zum Kommunismus verhält, ob er in ihm Wertvolles oder Verderbliches sieht. Nicht der Gegensatz zum Kommunismus ist hier gemeint; sondern die gewaltsame Austragung und die erzwungene Disziplinierung der Nationen durch eine Verabsolutierung dieses Gegensatzes, dessen friedliche Austragung vielmehr in eminenter Weise der Entwicklung einer neuen umfassenden Ordnung dienen könnte. Es bedarf auch eines erläuternden Wortes zu dem Begriff einer „Politik der Stärke". Sie kann vielerlei bedeuten. Sie kann unter anderem dahin verstanden werden, daß nur eine auf eigener Macht und Stärke sich gründende Politik glaubhaft ist und Kredit gewinnt. Aus solcher Überzeugung sind viele verzweifelnde Patrioten einst dem Nationalsozialismus vor seiner Machtübernahme beigetreten (auch der Verfasser dieses Artikels). Sie kann taktisch gemeint sein: daß nur derjenige in Verhandlungen einen annehmbaren Kompromiß widersprechender Interessen erzielen kann, der eigene Positionen aufzugeben hat, ohne sich dabei zu gefährden, indem er lebenswichtige Interessen preisgeben muß. In diesem Sinne wäre gegen ein „Verhandeln aus Positionen der Stärke" heraus nichts zu sagen, überwucherte nicht das taktische Element in der gegenwärtigen Weltlage bereits alles andere derartig, daß es zu keiner einfachen und klaren Linie einer politischen Strategie mehr kommt. Jede vorsorgliche Stärkung der eigenen Positionen im Hinblick auf später dafür einzuhandelnde Konzessionen dient nur der weiteren Herauszögerung ernsthafter Verständigungsversuche. Die Konzeption einer Politik der Stärke kann indessen auch eine nur vorsichtigere Artikulierung nackter Machtpolitik bedeuten, eine zahmere Formulierung des nationalsozialistischen politischen Axioms des Rechtes des Stärkeren, der Lehre von der Macht und der Gewalt als Quintessenz der Politik. Es ist kaum ein Zweifel darüber möglich, daß im deutschen Raum die Politik der Stärke überwiegend in diesem Sinne verstanden wird und die konkreten politischen Entschlüsse bestimmt.

Aufrüstung als Mittel einer Politik der Stärke im Dienst eines doktrinären Anti-Kommunismus, das ist ein Rückfall in die Hitler'sche Politik, die ihrem Wesen nach die Übersteigerung reiner Machtpolitik zu ihrer radikalsten Konsequenz ist — Macht als Mittel und Ziel der Politik; Macht um der Macht willen —. Eine Politik, die ihre „Weltanschauung" bewußt als ein Mittel zur Disziplinierung und Fanatisierung der Massen und ihre Terrormethoden zur Brechung jedes Widerstandes entwickelt und angewandt hatte. Es ist ein weit verbreiteter großer Irrtum, daß der Nationalsozialismus der Versuch gewesen sei, eine eigene Lebensphilosophie und eine ihr entsprechende Ordnung politisch zu verwirklichen. Es ist vielmehr umgekehrt. Die „Weltanschauung" dient der Verwirklichung einer reinen Machtpolitik, eines nackten und absoluten Willens zur Macht. Es ist dieser Machtwille, der, wenn auch in neuen Masken, sich je länger je deutlicher in der Bonner Politik durchzusetzen beginnt. Sie ist noch in einem anderen Sinne ein Symptom des nicht durchlebten und darum nicht bewältigten Schicksals der Deutschen, das daher sinnlos und beziehungslos bleibt, das in seinem dramatischen und tragischen Ablauf in Hybris, Untergang und Katharsis ein wahrhaft großes genannt werden könnte, wenn es nicht ein kleines, allzu klein denkendes Geschlecht betroffen hätte, das sich der großen Wandelkraft entzogen hätte. Das deutsche Volk hat vor den Siegermächten des Westens wie des Ostens eine bedeutende Erfahrung voraus, die es vor neuen politischen Irrtümern hätte gefeit machen können. Aber es hat die große Kompensation, die in der Niederlage als dem Verdikt seiner Irrtümer und Schuld liegt, nicht akzeptiert. Es hat die Erkenntnis abgelehnt, daß das Dauerhafte nicht durch Ge-

walt gebaut wird und daß die schützende Mauer der Polis nicht die Macht ist. Daher sind die strafenden Erinnyen nicht zu den segnenden Eumeniden geworden. Das deutsche Volk konnte aus seinem Schicksal heraus einer aufsteigenden neuen Ordnung ein Beispiel setzen, indem es bewußt das Risiko einer durch keine äußere Stärke gesicherten Existenz auf sich nahm. Es hätte damit die Schatten des Nationalsozialismus endgültig beschworen. Es hat statt dessen vorgezogen, „sicher zu gehen", und sieht sich heute einer tieferen Unsicherheit und Ungewißheit seiner Existenz und neuem Mißtrauen gegenüber, als wenn es 1953/54 eine eigene, wenn auch machtpolitisch ungesicherte Funktion zwischen den Großmachtblöcken übernommen hätte.

Das Ausland mißtraut der deutschen inneren Entwicklung; besonders in Amerika besteht eine ausgesprochene Besorgnis über die starke Durchsetzung des politischen Apparates und des gesamten öffentlichen Lebens der Bundesrepublik mit ehemals nationalsozialistischen Persönlichkeiten. Aber, um es noch einmal zu betonen, die Gefahr abermaliger Katastrophen liegt nicht im Personellen, sondern im Sachlichen der Politik. Viele ehemalige Nationalsozialisten können mit gutem Grunde als verläßliche Elemente bezeichnet werden, indessen eine weit größere Zahl sich als Antinationalsozialisten gebärdender Personen als die Keimträger eines neuen Faschismus angesehen werden müssen. Die personellen Probleme werden erst bedenklich in Verbindung mit einer Politik, die die unterdrückten, nicht überwundenen Impulse der alten Machtpolitik zum Leben erweckt. Dieser Zusammenhang wird in Amerika noch nicht in voller Schärfe und Klarheit gesehen, weil es die Einspannung der deutschen Bundesrepublik in das machtpolitische Sicherungssystem Amerikas ist, die in der Bundesrepublik die schlummernden Instinkte der Machtpolitik zu neuem Leben erweckt haben. Auch tappt man in Amerika über die deutsche Lage solange im Dunkel, als man nicht realisiert, daß dieselben Elemente, die dem Nationalsozialismus an die Macht geholfen und ihm den Steigbügel hingehalten haben, gegenwärtig in der Bundesrepublik an der Macht sind: das wiederhergestellte Bürgertum. Die Schichten, die glaubten, sich des Nationalsozialismus als Mittel zur Verwirklichung ihrer restaurativen Politik und ihrer außenpolitischen Ziele bedienen zu können, sind auch die, die das Rückgrat der Bonner Machtelite bilden. Wir kommen damit zu dem eigentlichen Kern des Mißtrauens der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik, zu dem, was man in Amerika als „Konspiration" bezeichnet, und als was von dem amerikanischen Anklagevertreter in Nürnberg der Nationalsozialismus präsentiert wurde. Was das Ausland fürchtet, ist eine neue deutsche Konspiration; und die Politik der Bundesregierung hat in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, diese Furcht zu nähren und den nationalsozialistischen Schatten, der über dem deutschen Volk liegt, zu vertiefen. Was es mit dieser „Konspiration" auf sich hatte; was man allenfalls als die Ansätze zu einer neuen solchen ansehen könnte; und wie dieser Gefahr zu begegnen wäre, das soll in einem zweiten Artikel behandelt werden.

Kurt Hirsch

Von der unbewältigten Vergangenheit zur nicht bewältigten Gegenwart

Daß die Vergangenheit des Dritten Reiches in den ersten Monaten nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes geistig nicht bewältgt wurde — und nur damals hätte diese Bewältigung einsetzen können —, hat mannigfaltige Ursachen. Zu den Gründen gehört u. a., daß die nationalsozialistische Regierung nicht am politischen Widerstand des deutschen Volkes scheiterte, sondern militärisch von den Alliierten besiegt wurde; daß sich große Teile der von feindlichen Luftangriffen gepeinigten, von militärischen Rückzügen enttäuschten und nach wirtschaftlich normalen Verhältnissen verlangenden Menschen, für die die Fronten durch ihre Städte, Straßen und Häuser verliefen, wohl die Beendigung des Krieges herbeisehnten, ohne daß deshalb auch eine innerliche geistige Distanzierung — wenn man von einigen Ausnahmen absieht — vom nationalsozialistischen Unrechtstaat stattgefunden hätte. Gekennzeichnet und beeinflußt wurde diese Situation der nichtbeseitigten geistigen Trümmerhaufen auch dadurch, daß es alle Parteien nach 1945, mit Ausnahme der relativ schwachen KPD — wenn man von den ersten Monaten nach der Kapitulation absieht —, unterließen, dem deutschen Volke die Wahrheit, die den Mut zur Unpopularität und die Möglichkeit des Stimmenverlustes bei den kommenden Wahlen vorausgesetzt hätte, zu sagen: daß der von dem deutschen Volke unter so großen Opfern und Entbehrungen geführte Krieg nicht im Interesse dieses Volkes war, sondern daß es sich vielmehr um einen von den Nationalsozialisten geplanten, vorbereiteten und mutwillig vom Zaun gebrochenen Raubkrieg gehandelt hatte, dessen einziges Ziel die Eroberung fremder Länder, deren wirtschaftliche Ausbeutung und nationale Unterdrückung war.

In einer Zeit der planmäßigen Glorifizierung des zweiten Weltkrieges, der Rehabilitierung der für Vorbereitung und Durchführung des Kriegsplanes verantwortlichen Generalität und der Bagatellisierung der im Dritten Reich und während des Krieges begangenen Verbrechen scheint die Kritik, man hätte 1945 die notwendige zeitgeschichtliche Inventur vergessen, in höchstem Maße utopisch. — Noch utopischer wirkt dieser Hinweis angesichts des Wettlaufs der im Bundestag vertretenen Parteien um die Gunst der ehemaligen, in einer Organisation zusammengeschlossenen SS-Leute, des Bemühens der gleichen Parteien, die nationalistischen Exzesse der Sprecher der Vertriebenenverbände zu tolerieren oder noch zu übertreffen, und mannigfaltiger anderer Erscheinungen des politischen Lebens. Aber ungeachtet dessen wäre das schwierige Unterfangen, im Jahre 1945 die in Trümmern und Verbrechen noch greifbare Vergangenheit geistig zu bewältigen und dem irregeführten und hart geprüften Volke das zu sagen, was hätte gesagt werden müssen, der einzig richtige Weg gewesen; er hätte die Bewältigung der Probleme der Gegenwart wesentlich erleichtert.

Gewollt oder nichtgewollt, bewußt oder nichtbewußt, glaubte man, den komplizierten Prozeß des geistigen Umdenkens durch Anordnungen der Besatzungsmächte ersetzen zu können und schwankt bis heute zwischen Kollektivunschuld- und Kollektivschuldphrasen, die je nach Bedarf Verwendung finden!

Die Brandt-Bombe der Emigrantenhetze

Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die von der CDU gelegte Brandt-Bombe der Emigrantenhetze zu verstehen. Selbstverständlich haben es sich die maßgebenden Propagandamanager der CDU/CSU sehr wohl überlegt, bevor sie diesen Agitationsball mit den vielen kleinen, die Aufschrift tragenden Bällen „Antisemitismus", „Dolchstoßlegende", „Ressentiment" unter das Volk warfen. Über den schlechten Eindruck, den diese Art des Wahlkampfes im Ausland hervorrufen werde, war man sich sehr wohl im klaren. Doch erwartet man nicht mit Unrecht, daß sich diese Emigrantenhetze zu Gunsten der CDU auf das Wahlresultat auswirken werde. Solche Hoffnungen sind aber nur in einem Lande berechtigt, in dem auf der einen Seite die Entpolitisierung des Volkes durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film so planmäßig wie hier betrieben und andererseits Politik mit einer primitiven, alles beherrschenden und erdrückenden antikommunistischen Hetze verwechselt wird; dementsprechend alle, die nicht bedingungslos NATO-treu sind, in den verschiedensten Varianten und Lautstärken als kommunistisch verdächtig diskriminiert werden; und in dem man statt einer konstruktiven Außenpolitik die Fortsetzung des Kalten Krieges predigt.

Nur in dieser, trotz vieler Waschmaschinen vorhandenen geistigen Waschküchenatmosphäre der nichtbewältigten Vergangenheit kann eine Regierungspartei hoffen, mit Hilfe der an nationalsozialistische Ressentiments appellierenden Emigrantenhetze den Wahlkampf zu gewinnen. Und nur in einer solchen Situation des weitverbreiteten politischen Analphabetentums kann es ein Minister Strauß wagen, ohne daß ihn ein Sturm der Entrüstung hinweggefegt hätte, zu erklären:

„Eines wird man ... Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben." (Nr. 1.) Es ist dies der gleiche ehemalige Oberleutnant der Hitler-Wehrmacht, der 1956 erklärte:

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen." (Nr. 2.)

Man sollte die Linie, die von der unbewältigten Vergangenheit des Streichens „der Sowjetunion von der Landkarte" bis zur nichtbewältigten Gegenwart der Emigrantenhetze führt, erkennen, denn nur dann ist die bundesdeutsche Entwicklung in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen.

Globke's umstrittene Vergangenheit und problematische Gegenwart

Herr Strauß hat sicherlich recht, wenn er erklärt, „wir wissen, was wir drinnen gemacht haben." — Wir alle wissen aber auch dank der vorliegenden Dokumente und Berichte, was Herr Globke „drinnen" gemacht hat! Doch ist die Art und Weise, wie der Fall Globke selbst von Kreisen behandelt wird, die seine Abberufung verlangen, oberflächlich und wird dem zeitgeschichtlichen Komplex, für den Globke nur als Symptom gelten kann, keineswegs gerecht. Professor Eschenburg erklärte kürzlich — und es war dies für alle, die sich mit dieser Materie beschäftigen, durchaus nicht neu —, daß Globke im Dritten Reich seine Aufgabe vor allem darin gesehen habe, das bischöfliche Ordinariat über Maßnahmen und Pläne des Regimes zu unterrichten. Er war bei seiner überlegenen Intelligenz und gerade in dieser Stellung wahrscheinlich dessen wichtigster Vertrauensmann. (Nr. 3.) Auch Pater Prinz aus München war schon in der Zeit der Entnazifizierung bestrebt, Herrn Globke in diesem Sinne zu entlasten und ihm einen „Persilschein" (Nr. 4) auszustellen.

Daraus mußte man normalerweise folgern, daß es doch viel weniger um Herrn Globke geht, als vielmehr darum, ob es für einen sich als demokratisch bezeichnenden Staat grundsätzlich tragbar ist, daß Leute hohe wichtige Funktionen bekleiden, die im Dritten Reich an verantwortlicher Stelle standen. Und niemand wird ernsthaft bezweifeln, daß Herr Globke — wenn auch im Auftrage und in Zusammenarbeit mit den höchsten kirchlichen Stellen — eine solche verantwortliche Funktion im Dritten Reich innehatte. Man kann aber auch den Komplex Globke nicht behandeln, ohne die Bemühungen deutscher Katholiken in Erinnerung zu rufen, zu den Machthabern des Dritten Reiches eine Brücke der Verständigung zu schlagen. Eine Brücke, deren Pfeiler die gemeinsame Ablehnung des Bolschewismus bildeten. Mit Unrecht wird als Brückenbauer nur immer von Papen genannt, wenn er auch zweifellos eine wichtige Rolle gespielt hat. Es ist in diesem Zusammenhang gut und notwendig, daran zu erinnern, daß es den großen katholischen Parteien, dem Zentrum und der Bayerischen Volks-Partei, durchaus möglich gewesen wäre, im Reichstag gemeinsam mit der SPD „die von der neuen Regierung erstrebte legale Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung zu verhindern" (Nr. 5), da diese beiden Parteien gemeinsam mit der SPD die von den Nationalsozialisten benötigte Zweidrittelmehrheit hätten blockieren können. Statt dessen aber wandte sich der Landesausschuß der Bayerischen Volks-Partei am 4. Februar 1933 gegen die für den 5. März des gleichen Jahres ausgeschriebenen Neuwahlen und bezeichnete die von Hitler gegebene Begründung der Reichstagsauflösung, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag als unmöglich herausgestellt habe, als unwahr und stellte vielmehr fest: „daß die Bayerische Volks-Partei, wie die Deutsche Zentrumspartei, bereit gewesen wären, auch einer von Hitler geführten Regierung zeigen zu lassen, ob sie eine für das Vaterland und alle Stände ersprießliche Arbeit leisten könne und wolle". Des weiteren war es der damals der BVP angehörende bayrische Ministerpräsident und gegenwärtige Bundesjustizminister Schäffer, der „im Gegensatz zu den anderen Parteiführern — eine ganz andere Meinung über Hitler und seine NSDAP" hatte und „gegen eine Kanzlerschaft Hitlers keine prinzipielle Einwendung" (Nr. 6) erhob. Der gleiche heutige Minister Schäffer war es, der in einer Unterredung mit Papen erklärte, „er sei durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten" (Nr. 7).

Herr Schäffer war es auch, der im April 1933 versicherte: „Über allem steht für die Bayerische Volks-Partei der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung (Anm. d. Red.: gemeint war die Regierung Hitler) ein Unglück und eine Gefahr für das deutsche Volk wäre" (Nr. 8).

Einen Monat später erklärte Herr Schäffer: „Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als Erneuerer des Reiches berufen ist, ist so groß, daß es notwendig wäre, alle Kräfte wachzurufen und einzusetzen, daß dem Kanzler um Deutschlands willen die gigantische Aufgabe gelingt. Nichts wäre wahnsinniger, als eine politische Spekulation auf ein Scheitern dieser Aufgabe" (Nr. 9).

Doch gab es neben Schäffer auch den führenden katholischen Politiker und Vorsitzenden der Zentrumspartei, den Prälat Kaas, der bereits am 6. März 1933 „dem Vizekanzler von Papen das Angebot" unterbreitete, „einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, und die Bereitschaft zur Mitarbeit durchblicken ließ" (Nr. 10).

Die angesehene katholische Monatsschrift „Hochland" schrieb kürzlich über das Verhalten der katholischen Politiker zur nationalsozialistischen Machtergreifung u. a.: „Offenbar kam es dem Prälaten Kaas und der Mehrzahl der Zen-

trums- und BVP-Politiker darauf an, sich mit dem neuen Regime zu arrangieren, wenn dieses zu bestimmten Konzessionen auf den für die Katholiken besonders bedeutsamen Gebieten der Kirchen- und Schulpolitik bereit war und für christlichen Einfluß offen blieb. Das erschien wichtiger als die Verteidigung des demokratisch-parlamentarischen Staates, auf dessen Boden man zwölf Jahre lang gestanden hat" (Nr. 11).

Das Verhalten der politischen Repräsentanten des deutschen Katholizismus der Herren von Papen, Schäffer und Kaas kann aber in erster Linie nur als Symptom für die kompromißbereite Einstellung der überwiegenden Mehrheit der katholischen Politiker zur Machtergreifung Hitlers gelten. Aber welche Stellung nahm der hohe katholische Klerus dem neuentstehenden nationalsozialistischen Staate gegenüber ein?

Die Fuldaer Bischofskonferenz erklärte bereits fünf Tage nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes, am 28. März 1933, sie nehme die seinerzeit ausgesprochenen „Warnungen und Verbote" gegenüber einer Mitarbeit von Katholiken in der NSDAP zurück und ermahne diese vielmehr zur Treue gegenüber der „rechtmäßigen Obrigkeit"; Erzbischof Gröber, Freiburg, erklärte schon am 25. April 1933 mit allem Nachdruck, daß die Katholiken „den neuen Staat nicht ablehnen dürfen, sondern ihn positiv bejahen und in ihm unbeirrbar mitarbeiten müssen"; am 5. Mai forderten die bayerischen Bischöfe das Kirchenvolk zur Mitarbeit im neuen Staate auf: „Niemand darf jetzt aus Entmutigung oder Verbitterung sich auf die Seite stellen und grollen." Ein Höhepunkt dieser Zusammenarbeit war das im Juli 1933 abgeschlossene Reichskonkordat. Ersparen wir uns, die gegenüber den Nationalsozialisten positiven Äußerungen der Kardinäle Bertram und Faulhaber in Deutschland und Innitzer in Österreich; der Bischöfe Graf von Galen in Münster; Berning in Osnabrück, Hauck in Bamberg, Bornewasser in Trier, Kaller in Ermland, Baumann in Paderborn und Burger in Freiburg wiederzugeben. Ergänzt wurden diese Bemühungen der geistlichen und weltlichen katholischen Kreise um eine Verständigung mit den Nationalsozialisten durch die Kapitulation eines beachtlichen Teiles der katholischen Intelligenz vor der NSDAP. Vielen genügte es aber nicht, nur zu kapitulieren, sondern sie suchten auch dieses neue Bündnis theoretisch zu untermauern.

Der damalige Verbandsführer der CV und der ehemalige stellvertretende Pressechef der Bundesregierung, Forschbach, sagte im Jahre 1933: „Wer am 12. November beim Volksentscheid nicht mit „Ja" stimmt und nicht die Reichstagsliste der NSDAP wählt, bricht seinen Burscheneid, weil er in der Stunde größter Gefahr sein Vaterland und sein Volk verrät."

Auf dem katholischen Gesellentag in München im Juni 1933 erklärte der Generalsekretär dieser Organisation, J. Nattermann, Hitlers Machtergreifung als Gottes Ruf zum entscheidenden Schlag gegen den Bolschewismus: „Wiederum hat die deutsche Nation den Schild des heiligen Reiches gegen Unglauben und Heidentum geführt. Wiederum war das deutsche Volk seiner alten Sendung getreu. So, deutsche Jugend, deute ich die Stunde unserer Gegenwart."

Im August des gleichen Jahres gab Nattermann anläßlich einer Kolping-Wallfahrt in Trier dem Wunsche Ausdruck, daß „aus echten treuen Kolping-Söhnen ebenso treue SA- und SS-Männer werden". Der Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, sah im Nationalsozialismus „Deutsches Heldentum in christlicher Verklärung" und erklärte, „Volk und Staat sind wieder Eins geworden durch die Tat des Führers Adolf Hitler".

Zu Theoretikern einer Synthese zwischen Nationalsozialismus und Christentum wurden die Professoren — um nur zwei zu nennen — Othmar Spann und Michael Schmaus.

Die Frage, wieso es zu diesem widernatürlichen Bündnis zwischen Kreuz und Hakenkreuz kommen konnte — an dem geschichtlichen Tatbestand dieses Bündnisses ändert auch nichts, daß manche dieser hier genannten Kirchenleute später ihre positive Stellung zur NS-Regierung änderten und mutig gegen sie auftraten —, beantwortete die schon zitierte katholische Zeitschrift in zutreffender Weise: „Auf der anderen Seite aber wurde nun eine zahlenmäßig zunächst nicht sehr starke geistige Führungsschicht laut, deren Echo sich allerdings schnell verstärkte und die alsbald den Weg nach vorn und nach oben fand. Sie suchte die Prinzipien der neuen Ordnung zu verteidigen, mehr oder minder fundamentale Übereinstimmung zwischen katholischem und NS-Gedankengut festzustellen und den Anbruch des NS-Reiches als eine große und positive geschichtliche Wende zu begreifen. Bei mancherlei Differenzierung im einzelnen war das Verbindende ein tiefverwurzelter Antiliberalismus, aus dem sich die Ablehnung von Demokratie und moderner Gesellschaft, die Hinneigung zur autoritären Regierung, Führertum und „organische Volksordnung" von selbst ergab. Hierzu trat die erklärte Feindschaft gegen den Bolschewismus, den man als unmittelbare Bedrohung empfand . . ." (Nr. 12).

Es soll hier keine politische Lanze für Herrn Globke gebrochen werden, denn nur in einem Lande der unbewältigten Vergangenheit und nichtbewältigten Gegenwart ist es denkbar, daß ein Mann wie Globke eine solche hohe Funktion bekleidet, wie es der Fall ist. Aber man kann Globke eine solche hohe Funktion gangenheit und seiner gegenwärtigen politischen Tätigkeit nur in Zusammenhang mit der seinerzeitigen Stellung der Kirche zum nationalsozialistischen Staate und mit dem besonders guten Verhältnis, das heute zwischen dem hohen Klerus und der Bundesregierung besteht, erklären. Globke war und ist ein Vertrauensmann der eine sehr weltzugewandte Politik treibenden kirchlichen Kreise, deren Tätigkeit nicht unbedingt mit einem religösen Anliegen gleichzusetzen ist.

Will man mit Hilfe des großen Eichmann die kleinen Eichmänner schützen?

Nach übereinstimmenden Berichten hat der bevorstehende Eichmann-Prozeß in den USA zu einer solchen Verschlechterung der Stimmung gegenüber der Bundesrepublik geführt, daß nach den Worten des amerikanischen Journalisten George Beaily, Mitglieder der Bonner Regierung nachts keine Ruhe finden in Erwartung der Wirkungen des Eichmann-Prozesses in der Weltöffentlichkeit". (Nr. 13).

In einem Lande, in dessen Regierung ehemalige Mitglieder der NSDAP sitzen und deren prominentester „Widerständler" während der Zeit des Dritten Reiches als Pensionsempfänger des Hitlerregimes Rosen züchtete; in dem man den politischen Normalverbrauchern Oberländer und Globke als leidenschaftliche Gegner des Dritten Reiches zu präsentieren wagt; in dem die siegreichen Verlierer und Frontbegradiger des zweiten Weltkrieges wieder auf dem Gebiet der militär-politischen Strategie tätig sind; in dem Hitlers AA-Leute im bundesdeutschen diplomatischen Dienst, ebenso wie einst im braunen Mai, an einer antibolschewistischen Achse basteln, deren Räder schon einmal in das Blutmeer des zweiten Weltkrieges führten; in dem juristische Diener des Unrechtstaates, soweit sie nicht Pensionen beziehen, in ihrem Sinne Recht sprechen; in dem Blätter wie die „Deutsche Soldaten-Zeitung" nicht nur erscheinen, sondern sich auch Subventionen öffentlicher Regierungsstellen rühmen können; in einem solchen Schlaraffen-

land der Restauration, einem Traumland des politischen Vergessens, haben die Regierungsmitglieder sehr wohl Anlaß, angesichts des zu erwartenden Eichmann-Prozesses „nachts keine Ruhe zu finden".

Sicherlich haben sich hierzulande seit Jahr und Tag bei feierlichen Anlässen ehrenwerte und weniger ehrenwerte Männer von den nicht abzuleugnenden Verbrechen des Dritten Reiches in mehr oder weniger überzeugender Weise distanziert und diese beklagt. Das hindert sie aber nicht, bei Ämtern und Behörden sowie in ihrem eigenen Bereich Leute zu beschäftigen und sich schützend vor sie zu stellen, die in Wort und Schrift sowie durch ihre Taten dem NS-Staat gedient haben.

Der pedantische Beamte und Buchhalter der Todesmühlen des Dritten Reiches, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, hat sich demnächst vor Gericht zu verantworten. Mit diesem Prozeß und all dem, was dort zur Sprache kommen wird, sollte sich vor allem die bundesdeutsche Öffentlichkeit beschäftigen. Die Weltöffentlichkeit wird es sowieso in ausreichendem Maße tun. Doch ebenso wichtig wäre es, sich auch hier mit den kleineren Eichmännern auseinanderzusetzen. Allerdings kann man sich oft nicht des Eindruckes erwehren, daß man sich nur zu gern von den Verbrechen des großen Eichmann distanziert, um mit Hilfe der Entrüstung über seine Untaten die kleinen, hier lustig agierenden und Pensionen empfangenden Eichmänner zu decken.

Hier ein Beispiel für diese Art des politischen Zaubertricks. Natürlich haben sich große, angesehene bundesdeutsche Blätter, die sich teilweise im Besitze verschiedener großer Unternehmen befinden, von den Untaten Eichmanns entsetzt distanziert. Zur gleichen Zeit aber bekleidet der seinerzeitige Vorgesetzte Eichmanns im SD, der damalige SS-Sturmbannführer Professor Dr. Franz Six — der sich in einem vom 18. Juni 1937 datierten Schreiben dafür einsetzte, daß Eichmann die Möglichkeit geboten werde, „die Kenntnisse des Hebräisch in Wort und Schrift zu erwerben", und außerdem empfahl, „die weitere Unterrichtserteilung durch einen Rabbiner zu genehmigen und die hierzu notwendigen Mittel zu bewilligen" (Nr. 14); der Eichmann in seiner Karriere förderte — den Posten eines Werbe- und Pressechefs bei der Firma Porsche-Diesel-G.m.b.H., die mit dem Mannesmann-Konzern verbunden ist; er kann jederzeit in Friedrichshafen unter der Nummer 3801 erreicht werden.

Der Landesvater von Schleswig-Holstein, Herr Kai-Uwe von Hassel, schloß seine am 17. Januar 1961 55 Seiten umfassende Regierungserklärung „mit dem Bekenntnis, daß sich die Regierung mit Abscheu von allem distanziert, was in Anwendung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten geschehen ist". (Nr. 15).

Doch fünf Tage vor dieser Landtagssitzung wurde der frühere SS-Führer und Goebbels-Mitarbeiter Ivo Braak der auch „während des Dritten Reiches zeitweise stellvertretender Chef der Reichskulturkammer" (Nr. 16) war, zum Rektor der Pädagogischen Hochschule in Kiel ernannt. Zu Hassels Freunden und politischen Beratern zählt der ehemalige Kreisleiter und Reichshauptamtsleiter der NSDAP, der auch als „Verbindungsführer" zwischen Quisling und Rosenberg fungierte, Hans Wilhelm Scheidt. Als Direktor des gleichen Landtages, in dem von Hassel sich in wohlgesetzten Worten von der nationalsozialistischen Barbarei distanzierte, fungiert der ehemalige SS-Sturmbannführer Fritz Völpel, der unter Reichskommissar Terboven in der norwegischen Zivilverwaltung tätig war. Anläßlich einer diesbezüglichen Anfrage der sozialdemokratischen Opposition stellte sich von Hassel schützend vor den ehemaligen SS-Sturmbannführer, der als Landtagsdirektor „dem Volke die Notwendigkeit des

Parlamentarismus mit klar machen soll" (Nr. 17) und erklärte: „Für uns ist die Entnazifizierung abgeschlossen. Wir halten es für unerträglich, den Dingen immer wieder nachzugehen." (Nr. 18).

Herr von Hassel verurteilte im Landtag die Verbrechen des Dritten Reiches. Doch fühlte sich der Landesvorsitzende einer rechtsradikalen Organisation wie der „Vereinigung der Entnazifizierten", Ernst Hansen, zu folgendem Lob gegenüber der Justiz in Schleswig-Holstein veranlaßt: „Der Kreis der Entnazifizierten und ehemaligen Internierten sei den Juristen zu Dank verpflichtet, die seit 1952 in den verschiedenen Senaten wirklich Recht gesprochen haben. So habe das Landesverwaltungsgericht in Schleswig-Holstein im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht in Lüneburg für Recht erkannt, daß Gestapo-Beamte, die nicht in der Exekutive tätig waren, volle Beamtenrechte haben." (Nr. 19). Dem fügte er hinzu: „Wir haben das Glück in Schleswig-Holstein, im Verfassungsschutzamt Männer zu haben, die mit uns interniert waren", und erklärte des weiteren, daß diese „mit der Vereinigung vertrauensvoll zusammenarbeiteten" (Nr. 20). Hierzu äußerte sich der Leiter des Amtes, Regierungsdirektor Dr. Gerhard Kieschke, „daß einer seiner beiden Sekretäre eine Zeitlang als Verbindungsmann zwischen dem Amt und der Vereinigung tätig gewesen ist." (Nr. 21).

Darstellungen, die Schleswig-Holstein als nationalsozialistischen Naturschutzpark innerhalb der Bundesrepublik bezeichnen; die darauf hinweisen, welche große Zahl hoher Regierungsbeamter und Richter über die wahre Identität Heyde's informiert waren; die es als keinen Zufall betrachten, daß gerade in diesem Bundesland der ehemalige NS-Reichsjustizminister, Professor Dr. Franz Schlegelberger, der in Nürnberg als Kriegsverbrecher zu lebenslänglicher Haft verurteilt und aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig entlassen wurde, eine monatliche Pension von DM 2894,08 bezieht, und daß dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Dr. Ernst Lautz, der am 4. Dezember 1945 vom Alliierten Gerichtshof zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde und 5¾ Jahre seiner Strafe verbüßte, von den zuständigen Behörden Schleswig-Holsteins „durch regelmäßige Ruhegehaltszahlungen in angemessener Höhe — alles in allem wurden bisher rund DM 150 000,— bezahlt — der Lebensabend verschönert" (Nr. 22) wird — werden von Herrn von Hassel als eine „ungehörige und unverantwortliche Verdächtigung" (Nr. 23) zurückgewiesen.

Herr von Hassel rühmte sich, daß in seinem Lande die rechtsradikalen Parteien relativ schwach seien, „vergißt" aber, daß die prominenten ehemaligen Nationalsozialisten in der CDU dieses Bundeslandes, — wenn auch vielleicht nur provisorischerweise — eine politische Heimat gefunden haben!

Herr von Hassel distanzierte sich wohl vom Dritten Reich, aber fungierte vor gar nicht langer Zeit als Versammlungsleiter bei einer Vorlesung des NS-Propagandisten Grimm in Glücksburg bei Flensburg und lud Grimm anschließend „in seine Glücksburger Wohnung" (Nr. 24) ein.

Herr von Hassel lehnt zwar nachdrücklichst die Ära Hitler ab, aber er selbst war es, der dem Westberliner Bürgermeister Brandt seine Emigration vorwarf und damit alle Gegner des Nationalsozialismus diskriminierte. Er erklärte: „Ich verleugne nicht meine Volks- und Staatszugehörigkeit persönlicher oder sonstiger Vorteile wegen. Ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorüber ist" (Nr. 25).

Wenn im Zusammenhang mit der problematischen Distanzierung von Eichmann und seinen Verbrechen bei Tolerierung und Förderung der relativ kleinen Eichmänner insbesondere auf die Person von Hassels und das von ihm regierte

Land Schleswig-Holstein so ausführlich hingewiesen wurde, so deshalb, weil dieses Bestreben hier besonders augenscheinlich zum Ausdruck kommt. Charakteristisch für die Situation in diesem Bundeslande ist es zum Beispiel, daß sich die BHE-Fraktion des Landtages, auf die sich Herr von Hassel stützt, weigerte, eine „Erklärung über die rasche Beseitigung der Reste des nationalsozialistischen Unrechtsstaates mit zu unterschreiben". (Nr. 26). Selbst eine unverbindliche Distanzierung vom Dritten Reich schien den unverbesserlichen Nationalsozialisten des BHE untragbar zu sein.

Herr von Hassel, der sich leidenschaftlich zu allem bekennt, was außenpolitisch die Spannungen verstärken könnte, und in der Innenpolitik sich mit Rechtskreisen gegen alle gemäßigten Kräfte verbündet, repräsentiert in der Praxis jene bundesdeutsche, autoritäre, restaurative Tendenz, zu der ein Herr Martini die notwendigen antidemokratischen Theorien liefert.

Deshalb ist es auch oberflächlich und primitiv, die in der Bundesrepublik herrschende und das politische Leben beherrschende Geistesrichtung schematisch mit dem Dritten Reich zu vergleichen.

Die Methoden der Ausschaltung Andersdenkender haben sich verändert. Damals errichtete man Konzentrationslager, und heute begnügt man sich — um es mit Carlo Schmid auszudrücken— „den Stacheldraht des Verdachtes" zu ziehen, um durch planmäßige Diskriminierung und wirtschaftliche Nötigung die unbequem Gewordenen außer Gefecht zu setzen!

Damals wurden die großen Organisationen der Arbeiterbewegung verboten, da sie Hitler, trotz der Kompromißbereitschaft eines beachtlichen Teiles der Funktionäre, als Sammelbecken oppositioneller Kräfte gefährlich waren. Heute denkt man nicht daran, sie zu verbieten, sondern man ist bestrebt, ihre Bürokratie in den Dienst der „gemeinsamen Sache" der Bekämpfung aller oppositionellen Kräfte zu stellen und die evtl. unbequem werdenden Funktionäre politisch und wirtschaftlich zu erledigen.

Damals galten die faschistischen Organisationen als eindeutige Gegner aller bürgerlichen und linksstehenden Parteien. Heute treten bei SS-Kundgebungen Redner der SPD auf, während auf dem Parteitag der SPD die Vertreter der „Deutschen Jugend des Ostens" als Gäste begrüßt werden.

Damals gingen die Braunen und die mit ihnen verbündeten bürgerlichen Parteien so brutal, radikal, barbarisch und rücksichtslos wie möglich gegen alle Andersdenkenden vor. Heute wendet man noch Methoden an, die so unauffällig und harmlos wie möglich sind.

Diesen zwar nicht prinzipiellen, aber praktischen Unterschied zu erkennen und die sich daraus ergebenden Folgerungen zu ziehen, gehört zur Bewältigung der Gegenwart!

Quellenverzeichnis:

1. „Der Spiegel" vom 22. Februar 1961.
2. „Süddeutsche Zeitung" vom 13. November 1956.
3. Theodor Eschenburg: „Globke im Sturm der Zeiten" — „Die Zeit" vom 10. März 1961.
4. „Abendpost" vom 15. März 1961.
5. Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933" — „Hochland", Februar 1961.
6. Meißner-Wilde: „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", Stuttgart 1958.
7. Meißner-Wilde: „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", s. o.

8. „Bayerische Volks-Partei-Korrespondenz" vom 7. April 1933.
9. „Regensburger Anzeiger" vom 4. Mai 1933.
10. Rudolf Morsey: „Das Ende der Parteien 1933", Düsseldorf 1960.
11. Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933".
12. Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933".
13. „Die Zeit" vom 17. März 1961.
14. Quentin Reynolds: „Der Bevollmächtigte des Todes — Der Fall Adolf Eichmann", Konstanz-Stuttgart 1961.
15. „Christ und Welt" vom 20. Januar 1961.
16. „Frankfurter Rundschau" vom 12. Januar 1961.
17. „Vorwärts" vom 24. Dezember 1959.
18. „Die Welt" vom 12. Dezember 1959.
19. „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst" vom 27. Mai 1955.
20. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. Juni 1955.
21. „Politik und Wirtschaft" vom 1. Oktober 1958.
22. „Der Spiegel" vom 4. Januar 1961.
23. „Christ und Welt" vom 20. Januar 1961.
24. „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst" vom 2. November 1955.
25. „Parlamentarisch-Politischer Preesesdienst" vom 8. Februar 1961.
26. „Frankfurter Rundschau" vom 11. Februar 1961.

Schalom Ben-Chorin (Fritz Rosenthal), der den „Blättern" freundlicherweise die folgenden Ausführungen zur Verfügung gestellt hat, wurde 1913 in München geboren. Er studierte in seiner Heimatstadt. Seit 1935 lebt er als Redakteur und freier Schriftsteller in Jerusalem. Er ist vor allem mit zahlreichen, z. T. in den letzten Jahren auch in Deutschland veröffentlichten Arbeiten zu religiösen Fragen, aber auch als Lyriker (in deutscher und hebräischer Sprache) hervorgetreten. 1960 erhielt er den Leo-Baeck-Preis. Schalom Ben-Chorin hat sich besonders verdient gemacht um die Verständigung zwischen Juden und Christen. D. Red.

Schalom Ben-Chorin

Ko-Existenz

Das Nebeneinander von westlicher und östlicher Form der Demokratie scheint mir der einzig mögliche Weg zur Entspannung und Befriedung unserer Welt. Jahrhundertelang meinte das Abendland, daß nur eine Form des Christentums möglich sein könne: Katholizismus oder Protestantismus. Nicht nur die Glaubens-Kriege wurden um diese unlösbare Frage geführt, auch kleinere Gruppen, wie z. B. die Hugenotten, mußten Unsagbares leiden, da der Gedanke religiöser Ko-Existenz noch nicht gereift war. Heute ist das Nebeneinander der Religionen unproblematisch geworden, und ein Zug zur Ökumene hat weiteste Kreise erfaßt.

So und nicht anders muß es auch mit den politischen Religionen unserer Zeit geschehen. Auch sie müssen und werden nebeneinander existieren und schließlich wieder zu einer Annäherung gelangen — wenn die zivilisierte Welt nicht im Chaos versinken soll.

Das Ernstnehmen der Konzeption der Ko-Existenz auf beiden Seiten kann zur Entspannung führen, die wir heute so dringend herbeisehnen.

Was Deutschland anlangt, so ist es schwer, von außen her ein Wort zu sagen, ohne die Grenzen des Taktes zu verletzen, die hier gezogen sind. Eine geschicht-

liche Besinnung aber dürfte legitim sein, auch für den Mann „weit hinten in der Türkei", oder genauer gesagt: in Israel.

Deutschland ist weit älter und weit größer als das Deutsche Reich. (Ich meine hier das Kaiserreich Bismarcks und die Weimarer Republik; die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches möchte ich nicht als Beispiel anführen). Österreich und gar die deutsche Schweiz lagen außerhalb der Reichsgrenzen — und doch gehört alles Land, „soweit die deutsche Zunge klingt", zum wahren Deutschland. Sind Grillparzer und Gottfried Keller weniger deutsche Dichter, weil sie Österreicher oder Schweizer waren?

Die politische Grenz-Ziehung darf nicht zur Entfremdung der Geister mißbraucht werden. Wenn diese Gefahr vermieden werden kann, ist die politische Aufteilung Deutschlands sicher nicht das letzte Wort: es gab in der Zeit der deutschen Klassik kein deutsches Reich, aber ein Reich deutschen Geistes. In der Zeit des deutschen Reiches gab es das nicht. Das sollte zu denken geben.

Klaus Ehrler, M. A.

Der Wettlauf zum Frieden

Betrachtungen zu Philip Noel-Baker's „Wettlauf der Waffen" *)

„Die Romantiker sind jene, die noch immer glauben, daß eine Rüstung eine Nation sichern kann." („Wettlauf der Waffen", S. 617)

Es gibt heute wohl nicht einen einzigen verantwortlichen Staatsmann auf unserem Planeten, die die Lösung des Abrüstungsproblems nicht als die dringlichste Aufgabe jeder ernsthaften Politik anerkennen würde. Der Zustand des schließlichen Abgerüstetseins darf darum als ein Ziel aller amtierenden Regierungen unterstellt und vorausgesetzt werden. Offenbar bedeutet dies zugleich, daß die Regierungen den Zustand des Abgerüstetseins als den Status der größten Sicherheit für die ihnen anvertrauten Länder und Völker betrachten. Eigentlich müßte man daraus den Schluß ziehen dürfen, daß der Weg, der zu diesem allgemein gewünschten Ziel der Sicherheit durch allgemeines Abgerüstetsein führt, nämlich die Abrüstung, ebenso allgemein beschreitbar sein müßte. Doch die Erfahrungen der bisherigen Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigen, daß es gerade das Betreten, Verfolgen und Zurücklegen dieses Weges ist, das als Quelle womöglich zu großer Unsicherheit gefürchtet und darum auch niemals konsequent gewagt wurde. So hängt demnach die ganze Frage von der Bewältigung der „Zwischenzeit" ab, die den problematischen Zeitraum vom Anfang bis zum definitiven Ende des Abrüstungsprozesses erfüllt. Es steht zweifelsfrei fest, daß diese „Zwischenzeit", die den gegenwärtigen Zustand des allgemeinen Hochgerüstetseins von dem gewünschten zukünftigen Zustand des allgemeinen Nichtgerüstetseins trennt, noch nicht begonnen hat. Zwar wurden in den letzten Jahrzehnten mehrere Anläufe dazu unternommen, der entscheidende Sprung jedoch ereignete sich nicht.

Das fragliche Risiko dieses „Sprunges" in die „Zwischenzeit" und durch sie hindurch liegt in der Verantwortung der amtierenden Staatsmänner, und darum

*) Deutsche Ausgabe: München 1961

könnte es scheinen, die Abrüstung sei letztlich das Problem der Moral der amtierenden Staatsmänner. In der Tat muß diesem „moralischen Abrüstungsfaktor" eine bestimmte Bedeutung zukommen, denn sonst wäre die bisherige Ergebnislosigkeit des großen Aufwandes an Sachlichkeit und an Experten bei Abrüstungsverhandlungen völlig unverständlich. Es wäre aber verfehlt, diesen „moralischen Abrüstungsfaktor" mit der individuellen moralischen Substanz der einzelnen Staatsmänner zu identifizieren. Jeder Staatsmann ist dem ihm anvertrauten politischen System oder Gemeinwesen in einem solchen Maße verbunden und verpflichtet, daß er gerade in der Zurückstellung persönlicher Ansichten und Wünsche vor den Geboten der „Staatsraison" eine Tugend zu sehen gewöhnt ist. So mag es oft kommen, daß beste Grundsätze individueller Moral der Staatsmänner gerade in ihrem Staatsdienst nicht zur Anwendung gelangen. Es ist also tatsächlich so, daß die politischen Gemeinwesen und Systeme von höchster moralischer Relevanz und Effektivität sind. Ihre Forderungen und ihre Gebote sind es, so unausgesprochen sie auch sein mögen, die es ihren Staatsmännern so erschweren, den als unumgänglich erkannten und auch anerkannten Sprung in den allgemeinen Abrüstungsprozeß zu wagen. Wir stehen damit immer noch und immer mehr vor der sehr realen, aber nichtsdestoweniger absurden Konsequenz, daß die ausgesprochenen und unausgesprochenen Gebote der politischen Gemeinwesen und Systeme ihrer Sicherheit entscheidend im Wege stehen. Die bislang im Dienste der „Staatsraison" unterdrückten individuellen moralischen Empfindungen und Orientierungen der Staatsmänner sowie Staatsbürger entsprechen daher mindestens vom Zeitpunkt der Gewinnung dieser soeben formulierten Erkenntnis an mehr und besser dem Sicherheitsbedürfnis und -bedarf der Staaten als deren leider noch weithin als gültig anerkannte Ansprüche nach innen und außen. Früher, in den „konventionellen" Zeiten, konnte dieser und jener Staat dem Weltlauf zum Opfer fallen, ohne daß die Existenz von Staaten überhaupt bedroht gewesen wäre. Darum hatte alle wie immer geartete Staatsraison nur begrenzte Auswirkungen. Heute aber, und dieses „Heute" wird währen, solange nicht abgerüstet ist, — heute aber kann eine solche Staatsraison, die zur Unterdrückung normaler individueller Moralregungen führt, alle Staaten und alle Menschen in den Abgrund der Vernichtung reißen. Es ist also höchste Zeit, daß eine allgemein respektierte Aufwertung der natürlichen und normalen moralischen Reaktionen stattfindet, denn individuelle Selbsterhaltung und kollektive Arterhaltung sind in unserer Situation existentiell identisch.

Nur so kann der Teufelskreis der unsicherheitsstiftenden Rüstungen und existenzbedrohenden Loyalitäten im Prinzip überwunden werden — im Prinzip, das einige mutige Menschen erst einmal weithin sichtbar vertreten und praktizieren müssen, ehe es in den Zustand allgemeiner Geltung und Anerkennung gelangen kann. Einer dieser mutigen Menschen ist der frühere britische Minister Philip Noel-Baker, der ohne Rücksicht auf die nicht geringe Gefahr des Mißverständnisses und der Verdächtigung harte Kritik auch und gerade an der Abrüstungspolitik seines Landes und seiner Regierungen übt und dabei nicht vergißt, selbst konkrete Vorschläge zur Erzielung realer Ergebnisse zu machen. Sein neues Buch mit dem Titel „The Arms Race" sollte in alle Sprachen übersetzt und in allen Ländern verbreitet werden, nicht etwa, um in allen Punkten unwidersprochen akzeptiert und als etwas Endgültiges hingenommen zu werden, sondern um einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung und Verbreitung jener neuen Denkweisen und Gedanken zu leisten, die allein eine weiterhin existenzfähige Menschenwelt garantieren. Diese neue Art zu denken ist so wichtig, und darum auch Noel-Baker's neues Buch — daß ihre allgemeine Anerkennung und Geltung von größerer Bedeutung wäre als eine nicht mit ihr verbundene oder aus ihr hervorgehende

Abschaffung aller militärisch verwendbaren Waffen. Diese könnte durch einen deus ex machina bewirkt werden, der keinerlei Garantien gegen einen Rückfall in die geistig noch unbezwungene Rüstungsautomatik zu bieten hat. Darum kann und darf dauerhaft wirksame Abrüstung niemals das Ergebnis des Zufalls oder einer Drohung mit Gewalt sein. Sie bedarf des geistigen und moralischen, kurz: des menschlichen Fundamentes.

Noel-Baker geht in seiner Darstellung des sehr ungleichen Wechselspiels der internationalen Rüstungs- und Abrüstungspolitik von streng belegten Tatsachen aus und begnügt sich nie mit der Behandlung des Standpunktes nur einer Seite oder einer Partei. Er bemüht sich, die durch die lange Dauer ihrer Benutzung selbstverständlich gewordenen Formeln und Termini des Kalten Krieges von seinem Sprachgebrauch fernzuhalten und für „die andere Seite" ein solches Maß an Verständnis aufzubringen, das Kritik und Zustimmung ohne Ansehen jeder „Staatsraison" in gleicher Weise zuläßt und beispielhaft einschließt. Er behandelt in korrespondierenden Abschnitten die Abrüstungsverhandlungen nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei in beschwörender Objektivität alle folgenschweren Unterlassungssünden und Halbherzigkeiten, Widerstände und an Sabotage grenzenden Obstruktionen geschildert werden. Dabei ergibt sich als Konsequenz immer wieder die zum Grundtenor werdende Erkenntnis: „Es gibt . . . keine t e c h n i s c h e n Schwierigkeiten in der Abrüstung . . . Tatsächlich bleibt nur noch eine einzige erhebliche Schwierigkeit: werden die führenden Militärmächte zu der großen politischen Entscheidung gelangen, daß sie eine Abrüstung w o l l e n?" (S. 647). Noel-Baker läßt es nicht dabei bewenden, er sagt uns, worauf es jetzt ankommt und handelt selber danach — z. B. durch die Veröffentlichung seines Buches —: „Die Ereignisse von 1960 zeigen, daß die Verhandlungen nur dann . . . zu praktischen Ergebnissen führen können, wenn die öffentliche Meinung unterrichtet ist, die entsetzliche Bedeutung des gegenwärtigen Rüstungswettlaufs erkennt und, von diesem Wissen getragen, s e l b e r in die Ereignisse e i n g r e i f t." Allein schon die nüchterne Skizzierung der Typen und Wirkungsweisen des Arsenals der sogenannten „konventionellen" Waffen ergibt eine so grauenerregende Bilanz, daß dieser Appell zur Aufklärung und Aktivierung der öffentlichen Meinung mehr als einmal gerechtfertigt wäre, selbst wenn in dem Buch nicht ein einziger Satz über die nuklearen Vernichtungsmittel stünde oder zu stehen brauchte. Aber fast die Hälfte des Buches — drei von sieben großen darstellenden Teilen — ist der Atomrüstung und den Problemen ihrer Reduzierung und Beseitigung gewidmet. Immer wieder drängt sich dem Leser die Wahrheit eines Wortes von G ü n t h e r A n d e r s auf: „Der Mensch kann viel mehr (und Schlimmeres) h e r stellen, als er sich v o r stellen kann." Diese allzu begrenzte Vorstellungskraft des menschlichen Bewußtseins, die in „konventionellen" Zeiten als ein milder und wohltätiger Schleier vor den Abgründen eines unerreichbaren, doch schrecklichen Chaos empfunden werden konnte, erweist sich jetzt als Quelle real möglicher existentieller Gefährdung. Das Bewußtsein vermag nur Existierendes oder als existent Vorgestelltes miteinander zu vergleichen. Darum kommen ihm relativ geringe quantitative und qualitative Differenzen seiner Erfahrungswelt — besonders auch seiner politischen — oft so bedeutend vor, daß er um ihrer Verringerung oder Vergrößerung willen seine Existenz und nun sogar die Existenz seinesgleichen überhaupt aufs Spiel „ums Ganze" zu setzen bereit ist.

Besonders dramatisch wird diese Diskrepanz zwischen Totalität des Risikos und Minimalität der risikoprovozierenden Differenz an den Punkten der Abrüstungsverhandlungen, an denen nach logischem Ermessen eine Übereinstimmung der bisher unterschiedlichen Standpunkte erwartet werden mußte. Dies

war 1932 der Fall, als die Genfer Abrüstungskonferenz nahe daran war, alle Militärflugzeuge abzuschaffen, aber schließlich am Widerspruch der Mehrheit des britischen Kabinetts scheiterte. Dies war 1955 der Fall, als die Sowjetunion in einem umfassenden Abrüstungsvorschlag fast alle Forderungen der Westmächte in bezug auf Inspektion und Kontrolle akzeptierte und z. B. durch weitergehende Zugeständnisse in bezug auf Bodenkontrollstationen sogar noch übertraf, schließlich aber kurze Zeit danach auf der eben erreichten gemeinsamen Plattform von den Westmächten allein zurückgelassen wurde, die plötzlich alle ihre Vorschläge und der Erfüllung nahen Forderungen zurückzogen. Das Jahr 1955 erscheint dabei als ein in besonderem Maße schicksalhafter Zeitpunkt. Es hat nicht zufällig diese ausgeschlagene Chance der optimal angenäherten Standpunkte gebracht, vielmehr bezeichnet es den fast logischen Schnittpunkt zweier Entwicklungslinien, die sich danach in tragischer Weise wieder voneinander entfernen, anstatt zu einer einzigen Linie zu verschmelzen. Von 1946 bis 1955 fürchtete die Sowjetunion eine entscheidende Einbuße ihrer nationalen Souveränität, als sie das im Baruch-Plan vorgesehene System internationalen Eigentums und internationaler Verwaltung aller Vorräte und aller Produktion spaltbaren und verschmelzbaren Kernmaterials ablehnte. An einem System der Inspektion und Kontrolle, das bei gewissen paritätischen Einschränkungen der nationalen Souveränität doch ihren Großteil unangetastet ließ, waren die Sowjets sehr interessiert, da es zugleich den Abau der militärisch verwendbaren Vorräte an spaltbarem Material und ihre Nutzbarmachung für friedliche Zwecke vorsah. An diesem Punkte der wirklich sehr weitgehenden Übereinstimmung war es plötzlich an den Amerikanern, um den Bestand ihrer nationalen Sicherheit und Bewegungsfreiheit besorgt zu sein, so daß sie beides mit dem Weiterbestehen ihrer Kernwaffenvorräte identifizieren zu müssen meinten. Das Argument der konventionellen Überlegenheit der Russen war dadurch gegenstandslos geworden, daß die Sowjetunion zu drastischeren Herabsetzungen ihrer Truppenstärke bereit war als die USA. Die im letzten Jahr vollzogene Entlassung von über einer Million sowjetischen Soldaten war dafür eine späte Bestätigung, selbst wenn man sie vorwiegend wirtschaftlich motiviert sehen will.

Es darf hier bedauernd vermerkt werden, daß der große Umfang des Buches eine durchgehende und gelegentlich ausführlichere Behandlung der synchron verlaufenen politischen Entwicklungen nicht zugelassen hat. So fehlt dem Bild des Schicksalsjahres 1955 ein entscheidendes „Motiv": die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, die gleichzeitig den Beginn der deutschen Wiederaufrüstung bedeutet. An diesem Beispiel hätte die verhängnisvolle Rolle der in den Kreis der hochgerüsteten Staaten vorstoßenden sogenannten n-ten Länder sehr konkret demonstriert werden können. Das rüstungsmäßige „Eigengewicht" solcher stark industrialisierten n-ten Länder wie Westdeutschland, kann tatsächlich die um ihre Block-Führungsrolle besorgten Großmächte von schon gemachten weitgehenden Angeboten und Zugeständnissen wieder abbringen. Es ist sehr naheliegend, daß diese von der Bundesregierung forcierte „Eigenentwicklung" Westdeutschlands in der NATO schließlich wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Amerikaner und danach auch die anderen Westmächte von ihrer bis zum Sommer 1955 eingenommenen Position in der Abrüstungsdebatte abrückten. So konnte vor allem der Wahnwitz der politischen „Junktims" und „Paket-Pläne" in den Konzeptionen des Westens Platz greifen, der die technisch realisierbaren Lösungsmöglichkeiten der nuklearen und konventionellen Abrüstung mit unzumutbaren demagogischem Ballast blockierte. Ein weiteres Stillhalten der Bundesrepublik in der Frage der Blockbindung und der Wiederaufrüstung in den Jahren nach 1955 hätte durchaus entlastend oder sogar positiv stimulierend auf die Ab-

rüstungsverhandlungen der Großmächte wirken können. Die Einbuße an Führungskraft und Handlungsfreiheit, die die Amerikaner ihrem sowjetischen Kriegsalliierten gegenüber im Rahmen der Abrüstung nicht zuzugeben bereit waren, haben sie automatisch und weitaus stärker im Zuge der Aufrüstung ihres neuen Bonner Bundesgenossen erlitten.

Aber auch ganz allgemein gilt der Satz von der Erschwerung der Abrüstung durch Eintritt neuer Kernmächte in den „Atom-Club". Selbst wenn an eventuelle Abrüstungsschritte keinerlei politische Bedingungen geknüpft sind, (wie etwa: „ganz Deutschland muß erst der NATO beitreten können, ehe abgerüstet wird"), wird allein die wachsende Zahl der Kernwaffenbesitzer ein immer größeres Hindernis für einen Erfolg der Abrüstung. Hier nun weist Noel-Baker auf eine ganz elementare Grundbedingung hin, die erfüllt sein muß, wenn das nukleare Wettrüsten ein Ende und die nukleare Abrüstung einen Anfang und Fortgang finden soll: die effektive Gleichheit und Gleichrangigkeit aller Staaten bei Abrüstungs- und Kontrollmaßnahmen, vor allem aber bei der Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Wenn diese „nukleare Gleichberechtigung" aller Länder nicht Wirklichkeit wird, und dies ist der Fall, solange nationale Atomrüstungen stattfinden, muß mit der weiteren Ausdehnung eines „nuklearen Faustrechts" gerechnet werden. Noel-Baker weist auf einen bereits funktionierenden Verteilungs- und Kontrollapparat für Kernenergie und spaltbares Material hin, dessen zukünftige konsequente Anwendung auf alle Vorräte der bisherigen nuklearen Großmächte er für die beste Möglichkeit hält, die Atom-Anarchie zu stoppen, ihre weitere Ausdehnung zu vermeiden und sie wieder rückgängig zu machen: die Internationale Atomenergie-Behörde in Wien, deren von der UNO-Vollversammlung beschlossene Satzung im Oktober 1957 in Kraft getreten ist. Sie verwaltet und kontrolliert zunächst nur die ihr für einzelne nicht-nukleare Länder zugeteilten Materialmengen. Würden sich aber die Atommächte auch mit ihren „privaten" nationalen Vorräten diesem schon gut funktionierenden System einfügen, dann wäre der entscheidende „Einschnitt" erreicht, nämlich die Beendigung der Produktion von Kernmaterial für militärische Zwecke. Mit leidenschaftlichen Worten kritisiert Noel-Baker die unentschlossene Haltung der westlichen Regierungen. „Entweder werden die ‚Sicherungsmaßnahmen' der Inspektion der Internationalen Atomenergiebehörde zum Kontrollinstrument für die nukleare Abrüstung der ganzen Welt, oder das Ganze artet zu einem Narrenspiel aus." (S. 318). Ganz entschieden wendet er sich gegen isolierende Teilmaßnahmen, die eher Nachteile mit sich bringen würden. Ein S y s t e m von vier verpflichtenden Bedingungen muß in Kraft gesetzt werden:

1. Kernwaffen dürfen nicht kriegerisch verwendet werden,
2. Kernwaffentests und sonstige nukleare Explosionen fallen fort,
3. Kernmaterial wird nicht für militärische Zwecke hergestellt,
4. Kernwaffen werden nicht gelagert, ihr Material findet friedliche Verwendung (S. 272).

Nur in Verbindung mit allen diesen Maßnahmen haben Kontrollinspektionen einen realen Sinn, denn die Kontrollen sollen sich nicht auf einen Status quo der Rüstung, sondern auf möglichst schnelle Schritte in der Abrüstung beziehen.

Aber Noel-Baker ist so exakt, eventuelle Schwierigkeiten in der Übergangszeit zum Zustand der vollen Abrüstung einzukalkulieren. Falls je einmal eine illegale Abzweigung von spaltbarem Material einträte, so soll ein Sicherheitsvorrat unter Kontrolle der UNO bereitgehalten werden, der gegenüber dem mißbräuchlich einsetzbaren Material so groß ist, daß dessen militärische Verwendung aussichtslos ist. Als grundsätzlich entscheidend sieht er — analog dem schon 1932

geplanten Verbot der Luftflotten — die Abschaffung der Transport- und Trägermittel für nukleare Sprengladungen aller Art an. Auf diesem Gebiet sind auch die Kontrollmöglichkeiten günstig. Dies wäre der wichtigste Schritt einer „qualitativen" Abrüstung, die alle offensiv verwendbaren Waffenarten ausschaltete. Ein umfassendes System der Entmilitarisierung aller Staaten, wie es nach den Chrustschowschen Vorschlägen vom September 1959 und vom Juni 1960 zur Debatte steht, ist aber ohne eine vorherige und gleichzeitige politische Friedenssicherung nicht realisierbar. Es gibt nicht nur eine militärische, sondern vor allem auch die politisch-psychologische Aufrüstung, die sich deshalb so gefährlich auswirkt, weil sie die Bereitschaft der in- und ausländischen Staatsmänner herabsetzt, sich energisch genug für friedliche Lösungen einzusetzen. Selbst ein militärisch nicht oder noch nicht gerüstetes Land kann die internationale Atmosphäre weitgehend vergiften, wenn es durch psychologische Kampagnen einen politischen Spannungszustand hervorruft. Diese Momente der „moralischen Aufrüstung" und „psychologischen Kriegführung", die in einem umfassenden Abrüstungsplan berücksichtigt sein müssen, sind in Noel-Bakers Buch nicht direkt behandelt, die Erkenntnis ihrer Gefährlichkeit ergibt sich aber indirekt aus seinen Prinzipien und Forderungen. Er setzt voraus, daß die öffentliche Meinung, wenn sie einmal aufgeklärt und aktiviert ist, nur im Sinne einer konsequenten Abrüstung wirken könne. Unter Umständen muß aber hier für Gebiete, in denen der Kalte Krieg nachhaltig gewirkt hat und auch noch weiterhin ein isoliertes Eigendasein im Bewußtsein und Unterbewußtsein vieler Menschen führen wird, doch eine gewisse praktische Einschränkung gemacht werden. Die Abhängigkeiten und Loyalitäten, die der Kalte Krieg erzeugt hat, sind oft so dauerhaft, weil die bei ihrer Bildung gewonnenen Erfahrungen und Scheinerfahrungen sich infolge ihrer leichten Vorstellbarkeit und Reproduzierbarkeit einen festen Platz im Bewußtsein erobern konnten. Bei aller Schwierigkeit des Abbaus dieser „psychologischen Rüstungspotentiale" gibt es wenigstens einen Punkt, in dem dieses Abrüstungsproblem allen anderen Teilbereichen gegenüber einen fast einmaligen Vorteil bietet: die politisch-psychologische Abrüstung ist die am leichtesten kontrollierbare. Man braucht nur die Reden zu hören und die Journale zu lesen. Das genügt. Aber andererseits besteht dieses Problem vor allem darin, daß es zu wenig gesehen und kaum ernst genommen wird. Es gibt auch Probleme nichttechnischer Natur, und das sind im politischen Bereich eigentlich sogar die wichtigsten. Gerade das ist die Hauptlehre, die uns Philip Noel-Bakers Buch vermitteln kann: Es kommt darauf an, daß die Staaten und ihre Bevölkerungen die Abrüstung wollen.

Werden die Regierungen, die sich zur Zeit um eine Regelung und Kontrolle der Teststops bemühen, den Boden bereits erreichter Annäherungen oder Übereinstimmungen um vermeintlicher taktischer Vorteile willen leichtfertig wieder aufgeben, um die Fehler von 1932 und 1955 zu wiederholen? Man sollte die durch Enttäuschungen über derlei Schwankungen und Schwenkungen entstehenden politisch-psychologischen Spannungen in vielen für die Abrüstung entscheidenden Ländern hoch in Rechnung stellen, denn eben diese Spannungen sind es, die bei weiteren Malen Quellen der Hemmung und Obstruktion für die von ihnen umgebenden Staatsmänner werden können. Soll sich denn aber diese Kette der Verstimmungen, verpaßten Gelegenheiten, Böswilligkeiten und Störungen ewig fortsetzen? Der Wettlauf der Waffen, den Noel-Baker so nüchtern und doch atemberaubend vor Augen führt, ist für die Dauer der sichere Wettlauf zum Tode — für alle. Nur ein entschlossener und planmäßiger Wettlauf zum Frieden kann noch zu einem guten Ende führen. Noel-Baker hat uns ein deutliches Startsignal dazu gegeben.

Fenner Brockway, M. P.

Das Commonwealth und die Rassenfrage

Der Verfasser des folgenden Originalbeitrages für die „Blätter" ist Abgeordneter der Labour-Party im britischen Unterhaus und gleichzeitig Vorsitzender der „Bewegung für koloniale Freiheit" in Großbritannien. D. Red.

Südafrika ist aus dem Commonwealth ausgeschieden. Das Commonwealth ist mit dieser Entscheidung besser daran, Südafrika ist mit ihr besser daran, die Sache der Gleichheit aller Menschen ist mit ihr besser daran.

Das Commonwealth ist besser daran, weil es jetzt vor der Welt als die Verkörperung eines Prinzips dasteht. Das Commonwealth wurde zu einer Gemeinschaft zwischen den Rassen, als Indien, Ceylon und Pakistan ihm vor vierzehn Jahren beitraten. Es hörte auf, ein britisches Commonwealth zu sein. Es wurde zu einer Gemeinschaft von weißen und nicht-weißen Nationen. Die Bruderschaft des Commonwealth wurde durch den Beitritt Ghanas und Nigerias genau so eine afrikanische, wie eine asiatische und — ursprünglich — europäische.

Mit dieser Idee der Gemeinschaft zwischen den Rassen war es gänzlich unvereinbar, daß ein Mitglied des Commonwealth, die Südafrikanische Union, dem Prinzip des „Racialism" [1]) huldigen sollte. Asiatischen und afrikanischen Nationen war es unerträglich, in einer speziellen Gemeinschaft mit einer Regierung zu verbleiben, welche Asiaten und Afrikaner und alle farbigen Menschen auf ihrem eigenen Staatsgebiet außerhalb des Gesetzes stellte.

Wir sollten darüber nicht zu selbstgerecht sein. In vielen unserer eigenen Gebiete gibt es rassische Diskriminierung. Ich habe sechsmal ohne Erfolg versucht, das britische Parlament dazu zu bringen, eine Diskriminierung an öffentlichen Orten und in Arbeitsverträgen im Vereinigten Königreich als illegal zu erklären. Es besteht Dikriminierung von Rassen und deren Segregation in britischen Territorien in Afrika, insbesondere in Nord- und Südrhodesien. Australien verbietet die Einwanderung und Niederlassung von farbigen Personen innerhalb seines Territoriums.

Aber es besteht ein Unterschied in einer bestimmten Hinsicht zwischen den übrigen Mitgliedern des Commonwealth und der Union von Südafrika. Wir schämen uns alle der Praxis der Rassen-Diskriminierung, wenn sie vorkommt. Kein verantwortlicher Mensch verteidigt sie, vielleicht mit Ausnahme des weißen

---

[1]) Die Ausdrücke „recialism" (englisch) und „rascism" (französisch) sollten am besten mit dem deutschen Begriff „Rassenwahn" wiedergegeben werden. Im Sinne der Biologie sind alle Menschen eine Spezies (Rasse), während der Begriff der Sub-Species oder „Type" auf die Menschen nur mit größter Vorsicht, insbesondere aber ohne jede wertende Eigenschaftswörter, angewandt werden darf. Mit irgendeinem konstitutionellen Merkmal, wie Hautfarbe, Körpergröße, Gesichtsform ein Urteil über Charakter, Intelligenz usw. zu verbinden, ist unwissenschaftlich und dient — offen oder geheim — der erneuten Aufhetzung der Jugend.

Dennoch bringt Knaur's Lexikon in der Auflage von 1956 (München 1956, S. 1319) unter „Rasse" eine lange Abhandlung, welche die ausgezeichnete Auflage von 1932 mit Recht vermied (vgl. S. 984 der Auflage von 1932). Insbesondere hielt sich die alte Auflage von den schwülstigen, wertenden, semantisch bewußt vergiftenden „Beschreibungen" und der Sonderung solcher „Typen" wie „nordisch", „ostisch" usw., fern. In dieser Beschreibung von 1956 wird zum Beispiel ein Menschentyp — dessen Gesichtsform offenbar der des Sokrates stark ähnelt — in Indien, Ceylon und Hinterindien als „tierhaft-primitiv" beschrieben. Ein indischer Student, der aus diesem Volkslexikon deutsche Begriffe verstehen will, muß sich freuen! Vermutlich wird ihm der dicke, einen leichten Geruch nach Bier und Tierleichen ausströmende „nordische Typ" dann als „engelhaft-kultiviert" vorkommen ... D. Red.

Australiens, wo man sie mit sozialen und wirtschaftlichen Gründen entschuldigt. Selbst in beiden Teilen Rhodesiens wird die Praxis der Diskriminierung angegriffen und nimmt ab. Die öffentliche Meinung rollt wie eine Flut überall vorwärts und fordert Gleichheit der Rassen. Geistig ist der Sieg errungen, selbst wenn viele Ungleichheiten immer noch einen Schandfleck unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhaltens bilden. Wie ich weiter unten darlegen werde, haben wir noch viele Bastionen des Rassenprivilegiums zu erobern, aber die Breschen erweitern sich von Tag zu Tag mehr. Sogar die Reaktionäre reden von einer „Partnerschaft der Rassen". Ihre Verlogenheit gibt Kunde davon, daß sie vor dem Klima der Veränderung kapitulieren.

Aber die Haltung der Regierung von Südafrika und — so kann man befürchten — der Mehrheit der Weißen, einschließlich der Opposition, spendet der Diskriminierung und Segregation der Rassen offen Beifall und betrachtet sie als ein permanentes Prinzip ihres politischen und sozialen Systems. Die Regierung jubiliert über dieses Prinzip, sie ist stolz auf es, sie betrachtet es als ihren Ruhm. Die Rassenideologie ist für die herrschende weiße Schicht in Südafrika eine Religion. Afrikaner, Asiaten — jeder, der eine Spur von farbigem Blut aufweist — steht außerhalb des Zaunes der „weißen Zivilisation"!

Man betrachte den Fall des weißen Mannes in seiner besten Ausdeutung. Südafrika würde in ausschließlich weiße und farbige Regionen aufgeteilt werden. Als Endlösung gäbe es Autonomie in den Farbigen-Regionen. Mindestens zwei, vermutlich mehr Zivilisationen würden bestehen: eine europäische, eine afrikanische, asiatische, farbige („Mischlinge"). Die Rassen würden sich nicht begegnen oder mischen; sie würden gesondert gehalten werden. Und d a s nennt Dr. Verwoerd „gute Nachbarschaft".

Historische Entwicklung, Biologie, moderne Erfahrung, menschliche Ethik — alles spricht gegen diese Theorie „rassischer" Segregation. „Rassen" haben sich durch die Jahrtausende vermischt und neue „Rassen" entstehen lassen. Die Biologie bietet keine Beweise, denen zufolge wir Wände zwischen „Rassen" ziehen können; einige der vortrefflichsten Typen der menschlichen Spezies stammen von Eltern verschiedener „Rasse" und Hautfarbe ab[2]). Auf dem gesamten Erdball zeigt uns die Erfahrung, wie Menschen verschiedener „Rasse" und Hautfarbe gemeinsam leben und arbeiten können. Die Ethik aller Weltreligionen und die edelsten Gedanken lehren uns die Bruderschaft der Menschen ohne Rücksicht auf „Rasse" und Hautfarbe.

Wenn man aber alles das beiseite läßt, so kann die Theorie praktisch nicht arbeiten. Die drei Millionen Weißen und die neun Millionen Nicht-Weißen in Südafrika können nicht separiert werden. Die Weißen hängen von den Nicht-Weißen als ihren Arbeitskräften ab. Sie hängen von ihnen im Bergbau ab; sie hängen von ihnen in der Landwirtschaft ab. Soll über diese große und wachsende Bevölkerung von Afrikanern, welche die harte Arbeit in Stadt und Land tun, sozial auf die Dauer der Stab gebrochen werden? Sollen ihnen nicht nur alle Rechte als Mitbürger genommen werden, sondern sollen sie als eine Kaste der Unberührbaren[2])

[2]) Der Autor erinnert den britischen Leser mit dem Wort „U n t o u c h a b l e s" sofort an G a n d h i und K a g a w a. Gandhi lebte bekanntlich als junger, in England erzogener Anwalt unter den Auslands-Indern in Südafrika und hatte dort selbst das Erlebnis, ein „Unberührbarer" zu sein. Auf diesem Erlebnis beruhen sein politischer Wille und sein persönliches Zusammenleben mit Menschen anderer Kaste in I n d i e n. Aus diesem Grunde wurde er von einem verhetzten rechtsradikalen Fanatiker Indiens ermordet. Kagawa, der große religiöse Sozialist und Christ J a p a n s, lebte in den Slums von Yokohama unter den „Unberührbaren" Japans — gleichfalls einem Überbleibsel des machtpolitisch bestimmten Kastenwesens — infizierte sich unter ihnen mit einer Augenkrankheit und erblindete nahezu völlig. D. Red.

behandelt werden? Dieses soziale System kann sich auf die Dauer nicht halten. Die Selbstachtung der Afrikaner muß es zerbrechen.

Gegenwärtig werden die afrikanische Bevölkerung in sogenannten „Reservaten", die asiatische und farbige Bevölkerung in sogenannten „Locations" (Ghettos) abgesondert. Die Afrikaner verlassen die Reservate mit Erlaubnis-Ausweisen, um in den Städten zu arbeiten. Die gesamte ungelernte Arbeit wird von ihnen verrichtet. Den gelernten Berufen dürfen sie nicht angehören. Tariffähige Gewerkschaften dürfen sie nicht bilden. Jeder soziale Kontakt mit den Weißen in Kinos, auf Sportplätzen, in Gaststätten ist ihnen verboten. Selbst in den öffentlichen Parks und Gärten steht auf den Bänken und Stühlen „Europeans only" — „Für Europäer reserviert". Sie haben keine politischen Rechte. Kein Afrikaner, Inder oder Farbiger hat Stimmrecht. Sie sind nicht Mitbürger zweiter Klasse; sie sind überhaupt keine Mitbürger.

Dies kann nicht so weitergehen. Die Weißen werden wählen müssen, ob sie die Afrikaner als Arbeitskräfte haben oder ob sie die harte körperliche Arbeit selber verrichten wollen. Wenn sie sich dafür entscheiden, die Afrikaner als Arbeiter zu behalten — was sie ohne Zweifel tun werden — werden sie gezwungen werden, ihre Rechte als menschliche Wesen anzuerkennen. Die Selbstachtung der Afrikaner und die Solidarität der Afrikaner in Aktion wachsen so schnell, daß die europäische Minderheit es unmöglich finden wird, sie von gelernter Arbeit, von gewerkschaftlicher Organisation, von sozialer Gleichheit und von den Rechten der Staatsbürgerschaft auszuschließen. Hier wird die „Apartheid" zusammenbrechen.

Die Regierung der Union von Südafrika hat das Commonwealth verlassen. Die „racialistischen" Weißen werden innerlich verärgert sein, aber die geächteten Afrikaner, Inder, Farbigen und die liberalen Weißen werden jubeln. Sie wissen, daß sie in ihrem Kampf gegen die Übel der Rassendiskriminierung und Segregation stärker geworden sind. Sie werden dazu ermutigt sein, den Tag näher zu bringen, an dem Südafrika dem Commonwealth willkommen sein wird, weil es dem Verbrechen der Apartheid ein Ende gemacht hat.

Aber zwei Fragezeichen hängen über dem Commonwealth selbst.

Das erste Fragezeichen ist die unmittelbare Notwendigkeit, aller Rassendiskriminierung der Segregation in seinen eigenen Territorien ein Ende zu bereiten. Diese Diskriminierung besteht noch in politschen, sozialen und wirtschaftlichen Formen, insbesondere in den restlichen britischen „Regionen ohne Selbstverwaltung" in Afrika.

Eine politische Diskriminierung wird nur dann ein Ende haben, wenn jedes menschliche Wesen, ohne Rücksicht auf „Rasse" oder Hautfarbe, gleiche staatsbürgerliche Rechte hat. Dies ist in Ost- und Zentralafrika noch nicht der Fall. In Kenya können die Afrikaner jetzt eine Majorität in ihr Parlament wählen, aber Millionen von Afrikanern sind dort vom Stimmrecht ausgeschlossen, während jeder Europäer und jeder Asiate eine Stimme hat. In Nyassaland können die Afrikaner eine Majorität wählen, aber die wahlrechtliche Ungleichheit zwischen ihnen und den eingewanderten Bevölkerungen von Europäern und Asiaten besteht weiter.

In Nordrhodesien stehen nur 80 000 Europäer 2,5 Millionen Afrikanern gegenüber, aber die Europäer leisten gegen jede Gleichheit in der gesetzlichen Vertretung Widerstand. In Südrhodesien wollen die Europäer nur 15 Afrikaner in ein Parlament von 65 Abgeordneten hineinlassen, obwohl die Bevölkerung aus 2,5 Millionen Afrikanern und weniger als 200 000 Europäern besteht. Im Zentralafrikanischen Bundes-Parlament steht nur ein Drittel der Sitze Afrikanern offen, während die Bevölkerung des Bundesgebiets aus 7 Millionen Afrikanern und 300 000 Europäern besteht.

Die starken afrikanischen Bewegungen in Nyassaland und beiden Rhodesien verlangen jetzt die Auflösung dieses von Europäern beherrschten Bundes und die Unabhängigkeit ihrer Gebiete auf der Basis demokratischen Wahlrechts der Erwachsenen ohne Rücksicht auf „Rasse". Wenn Großbritannien ehrlich zum Ausschluß Südafrikas aus dem Commonwealth stehen will, so muß es jetzt den Anspruch der Afrikaner auf Beendigung der politischen Diskriminierung in Ost- und Zentralafrika anerkennen.

In beiden Rhodesien, ganz besonders in Südrhodesien, ist die soziale Diskriminierung auf Grund der „Rasse" erschütternd gewesen — Afrikaner waren aus Gaststätten, Hotels und Vergnügungsstätten ausgeschlossen. Sie durften Läden nicht betreten und mußten besondere Eingänge und Schalter in den Postämtern benutzen. In Nordrhodesien sind jetzt Gesetze angenommen worden, unter denen diese soziale Diskriminierung illegal ist, aber in Südrhodesien ist sie noch weit verbreitet. Sollen wir nicht als verlogen dastehen, so müssen wir all dem ein Ende bereiten.

Eine „rassische" Segregation mit diskriminatorischen w i r t s c h a f t l i c h e n Wirkungen besteht in Kenya und beiden Rhodesien weiter. Ein großer Teil des besten Bodens wurde von den Europäern mit Beschlag belegt, und die Afrikaner wurden in „Reservaten" zusammengepfercht. Die Überfüllung in den Reservaten zwang die Afrikaner, sich einen Lebensunterhalt als billige Arbeitskräfte in den städtischen Industrien zu suchen, welche den Europäern gehören, oder auf den europäischen Plantagen als Arbeiter zu dienen. Genau wie in Südafrika wurden die Afrikaner in beiden Rhodesien von den gelernten Berufen ausgeschlossen und erhielten ein Zehntel der Lohnsätze europäischer Arbeiter. Die Ausbeutung war schauerlich. In den Städten mußten sie in besonderen „rassischen Locations" leben.

Wir können nicht zulassen, daß diese Diskriminierung im Commonwealth weiterbesteht, wenn der Abzug Südafrikas klare logische Folgen haben soll. Damit komme ich auf meine zweite Frage hinsichtlich der Zukunft des Commonwealth. Bisher war seine Basis zum Teil das Gefühl und zum Teil das wirtschaftliche Interesse: das Gefühl verband die angelsächsischen Dominien Kanada, Australien und Neuseeland mit Großbritannien, und die neuen Nationen, welche aus dem früheren Britischen Empire entstanden, band das wirtschaftliche Interesse — der „Imperial Trade", d. h. der Außenhandel zu Vorzugszöllen — an das Commonwealth. Aber das Commonwealth kann sich nicht für immer auf romantisches Gefühl gründen, und die wirtschaftlichen Interessen sind jetzt durch die Investierungen der Amerikaner und anderer Nationen und die niedrig-verzinsten Anleihen der Russen bedroht.

Wenn das Commonwealth von jetzt ab einen Grund zu seiner Existenz haben soll, muß es für etwas eintreten, was in der Welt von heute eine d y n a m i s c h e K r a f t darstellt. Der Rücktritt Südafrikas bietet ihm die Gelegenheit. Als eine Gemeinschaft von Nationen ohne Unterschied der Rassen sollte das Commonwealth für Rassengleichheit und Menschenrechte ohne Unterschied der Rasse eintreten. Wenn das Commonwealth eine Erklärung der Menschenrechte feierlich als seine Basis annehmen und ihren Prinzipien aufrichtig treu sein würde und wenn jede Nation im Commonwealth sie mit ganzem Herzen praktizieren würde, so könnte das Commonwealth eine große moralische Macht des Guten in der Welt werden.

Copyright „Blätter für deutsche und internationale Politik".

Arno Behrisch, MdB:

Lehren aus den Tatsachen der Geschichte und der Geographie

Im Wald von Compiègne trägt ein Denkmal folgende Inschrift: „Hier, am 11. 11. 1918, wurde der verbrecherische Hochmut des Deutschen Reiches gebrochen, das von den freien Völkern besiegt wurde, die es zu versklaven versucht hatte." Ein harter Spruch in noch härterem Stein. Dahin hatten es die Alldeutschen mit ihrer Politik des „Alles oder nichts" gebracht. Und als Vorlage für Versailles diente das von den deutschen Annexionisten gelieferte Beispiel von Brest-Litowsk. Und dabei war nicht einmal klar, wer 1914 den Hund des Krieges von der Kette losgeschleppt hatte. Jenen europäischen Bruder- und Bürgerkrieg, der einer dreihundertjährigen Herrschaft der Romanows und einer tausendjährigen der Habsburger ein Ende setzte und der vor allem durch deutsche Mitwirkung St. Petersburg in Leningrad verwandelte. Seither gehört Rußland, um mit Churchill zu reden, „zu den großen Tatsachen der Weltwirtschaft und der Weltdiplomatie". Alle politische Weisheit aber, so schrieb der verstorbene finnische Staatspräsident Paasikivi, „beginnt mit dem Erkennen der Tatsachen".

Doch wie harmlos war der erste Weltkrieg im Hinblick auf die Ziele, die Opfer und die Folgen im Verhältnis zu Hitlers Krieg. Man darf ihn so nennen, weil der zweite Weltkrieg von Hitler gewollt, vorbereitet und vom Zaune gebrochen wurde. Verloren allerdings haben Hitlers Krieg nicht nur die Nazis, ja, nicht einmal nur die Deutschen, was man bei der von Karl Barth registrierten „bemerkenswerten deutschen Eigenschaft, alle unangenehmen Erinnerungen zu vergessen", ein wenig betonen muß. Hitler selbst nannte seinen Krieg einen „Vernichtungskrieg . . . der nicht geführt wird, um den Feind zu erhalten . . . Kleine souveräne Staaten haben keine Daseinsberechtigung mehr", Rußland war „dazu bestimmt, Europa zu ernähren . . . und der sowjetische Kuchen muß handgerecht zerlegt werden". Wer über die nazistische Kriegsführung und die nazistischen Kriegsziele noch mehr wissen will, kann es in dem im Rußland-Institut der Columbia-Universität erschienenen Buch „Deutsche Herrschaft in Rußland" von Alexander Dallin nachlesen. Gemessen an den Absichten und Daten der braunen Neuordner Europas sind die Inschriften auf sowjetischen Denkmälern recht zahm.

Allerdings scheinen die Slawen keine Denkmäler nötig zu haben, um sich des zweiten Weltkrieges zu erinnern. Unauslöschlich steht er in ihren Herzen und Hirnen. Und weil das so ist und wohl auch noch recht lange Zeit so bleiben wird, bedeutet es wenig, was wir von uns halten und ob wir meinen, man schätze uns im Osten falsch ein; entscheidend ist, wie die Bundesrepublik und unser Tun von diesen Nachbarn beurteilt wird. Darum ist es nötig, „sich ein Bild von den künftigen Beziehungen mit dem Osten zu machen, wie sie sich in den kommenden Jahren gestalten mögen, und den Punkt zu bestimmen, an dem die deutsche Auffassung der Osteuropäer zu diesem Thema in Konflikt gerät", wie Charles W. Thayer das ausdrückte.

Man kann nicht sagen, daß wir uns in den letzten Jahren nicht bemüht hätten, den „Punkt" zu bestimmen. Das geschah immer so, daß der Konflikt gleich inbegriffen war. Einige Beispiele mögen das bekräftigen. Anläßlich eines Besuches im Vatikan sagte Dr. Adenauer im Januar 1960: „Ich glaube, daß Gott dem

deutschen Volke in diesen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die von Osten her auf uns einwirken." Mit treffendem Spott hat ein Gelehrter dazu bemerkt, diese Idee sei ein Plagiat, wofür Goebbels, Himmler, Rosenberg und Hitler den deutschen Bundeskanzler belangen könnten. Dabei war es nicht einmal seine stärkste Äußerung. Als Dulles hochgemute Parole vom „Zurückrollen Rußlands" noch Kurswert hatte, erklärte Konrad Adenauer am 5. März 1952: „Es geht nicht nur um die Ostzone, es geht darum, ganz Osteuropa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien."

Mit solchen Äußerungen stand der verantwortliche Regierungschef leider nicht allein. Gleichfalls im März 1952 fragte ein Reuter-Korrespondent den in Amerika weilenden Prof. Hallstein: „Als ich zur Schule ging, wurde mir beigebracht, daß sich Europa im Osten bis zum Ural erstreckt. Ist es das, was Sie meinen, wenn Sie von der Integrierung Europas sprechen?" — „Ja, das ist es, was wir uns vorstellen", sagte des Kanzlers treuer Gehilfe. Bei dieser Art der Plauderei durch die verantwortlichen deutschen Staatsmänner muß man sich daran erinnern, daß ja schon einmal in der jüngsten Geschichte Deutschland vom Westen als „ein Land der Disziplin, der Arbeit, der Geschlossenheit und als ein Hort gegen den Bolschewismus" gefeiert worden ist. Im Kampf gegen Marxismus und Pazifismus und im Kampf für Gleichberechtigung und für das Selbstbestimmungsrecht sind in diesem Lande erstaunliche Taten vollbracht worden. Zum Teil von Leuten, die heute wieder auf den Rängen der Politik und Wirtschaft sitzen. Und schließlich ist die Beteuerung des Friedenswillens in diesem Lande nicht neu. Es gab sogar einen Parteitag des Friedens, bis man das Gewicht der Macht in die Waagschale werfen zu können glaubte. Natürlich handelt es sich jetzt nicht um die gleiche Politik und die gleichen Methoden. Mit nichten! Aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß diese ganze Phraseologie bei den Menschen und Völkern des Ostens die schlimmsten Gedanken-Assoziationen auslösen muß.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier einer der neuralgischen Punkte nicht nur der deutsch-russischen, sondern der Ost-West-Beziehungen liegt. Mit der oben angedeuteten Phraseologie hatten die Nazis vor 1939 die Westmächte paralysiert und die Ordnung Europas stückweise zerbrochen. Rußlands Mitarbeit im Völkerbund war dem Westen unerwünscht und man wollte die Sowjets im europäischen Staatensystem nicht zur Geltung kommen lassen. Wenn wir und der Westen, was oft geschieht, den Russen ihren Vertrag mit Hitler vorwerfen, so ist damit eigentlich der Gipfelpunkt der Heuchelei erklommen. Gustav Hilger hat dazu in „Wir und der Kreml" recht aufschlußreiche Aussagen gemacht und Prof. Martin Göhring trifft in „Bismarcks Erben" den Kern der Sache: „Die Vorgeschichte dieses deutsch-russischen Einvernehmens ist heute in allen Einzelheiten bekannt. Die Voraussetzungen schuf im Grunde die Tschechenkrise. Entwicklung und Ausgang derselben verärgerten Stalin. Klar mußte er erkennen, daß die Westmächte ein Zusammengehen mit Sowjetrußland scheuten, daß die englische Diplomatie es vielmehr aus dem Kräftespiel auszuschalten strebte. Er konnte es nicht verwinden, daß die Westmächte über die Tschechoslowakei, den Bundesgenossen Rußlands, ohne seine Mitwirkung verfügten. Die Erkenntnis also, daß sie nicht mit ihm gegen Hitler marschieren wollten, führte ihn zu der Überlegung, ob es nicht besser wäre, die Verständigung mit diesem zu suchen. In diesem Sinne ließ sich seine am 10. März 1939 vor dem Parteitag in Moskau gehaltene Rede deuten."

Die westliche Diplomatie hat während des zweiten Weltkrieges und danach wahrscheinlich die Absicht, nicht aber die Kraft gehabt, die Zugeständnisse rückgängig zu machen, die Hitler den Russen 1939 einräumte. Es wäre in unserem eigenen

wohlverstandenen Interesse unsere Pflicht gewesen, unsere westlichen Verbündeten darauf aufmerksam zu machen, daß man die unvergleichlich größeren Opfer der Russen im Kampfe gegen Hitler nach ihrem historischen Gewicht einschätzen müsse und daß es ein törichter Versuch sei, im Osten die politischen Folgen des Hitlerkrieges ungeschehen machen zu wollen. Wir taten das Gegenteil. Indem wir den Amerikanern einen viel zu großen deutschen Verteidigungsbeitrag anboten, haben wir nicht nur eine dauernde Reibungsfläche zu den Russen geschaffen, wir haben darüber hinaus mitgeholfen, daß die Amerikaner ihre eigenen Möglichkeiten und Kräfte überschätzen. Amerika hat dafür schon allerlei Demütigungen einstecken müssen. W i r werden nicht verhindern können, daß Amerika auf solchem Wege neue Risiken läuft. Wobei schon heute erkennbar ist, daß Amerika (und der Westen überhaupt!) eines Tages die ihm von uns mit aufgedrängte Rolle aufgibt und uns fallen lassen wird wie eine heiße Kartoffel. Wir sagen das nicht, weil wir antiwestlich sind. Wir sind gegen Adenauers Außenpolitik, weil sie die deutsche Geschichte und Geographie mißachtet. Wir sind, um mit Charles Thayer zu reden, „so westlich, wie G o e t h e oder H e i n r i c h d e r L ö w e". Denn was Thayer erkannte, wird früher oder später im Westen allgemeine Erkenntnis werden: „Für einen Amerikaner hat es etwas Erstaunliches, wenn er so oft von Deutschen — die auch wieder großzügig darüber hinweggeheen, daß zuvor Hitler ganz Europa vergewaltigt hat —, den Vorwurf hören kann: Amerikas großer Fehler war, daß es uns nicht erlaubte, mit dem Bolschewismus und seiner Bedrohung der abendländischen Kultur ein für allemal Schluß zu machen. So also, als Missionare der Kultur, betrachten im allgemeinen die Deutschen ihre frühere Rolle in Osteuropa."

Unsere Aufgabe ist eine ganz andere. Wir sind die Östlichen der Westlichen und zugleich die Westlichsten der Östlichen. Adolf G a s s e r hat uns die Konsequenzen daraus aufgezeigt: „Während man im Osten vor der Aufgabe steht, das Gleichheitsideal durch eine Annäherung an das Freiheitsideal aufzulockern, wird der Westen umgekehrt sein Freiheitsideal durch Annäherung an das Gleichheitsideal besser disziplinieren müssen . . . Es muß zur Grunderkenntnis werden: wie Individuum und Gemeinschaft, so stellen auch die sozialen Grundbegriffe Individualismus und Kollektivismus, Liberalismus und Sozialismus keine feindlichen Gegensätze, sondern lebensnotwendige Ergänzungen dar. Nur dann wird jeder der genannten Begriffe zu einer lebensfeindlichen Entartungserscheinung, wenn man ihn irgendwie in ‚reiner' Form zu verwirklichen trachtet."

Die bisherige Politik hat uns unzweifelhaft zu einem Brennpunkt gemacht. Eitlen Menschen mag das schmeicheln. Doch allzu rasch haben sich politische Brennpunkte in Brandpunkte verwandelt. Das ist dann weniger schön. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir uns unserer Funktion als Brücke bewußt werden. Nicht als Brückenkopf, wie wir es heute teils gegen die Russen, teils gegen die Amerikaner sind, sondern als Brücke f ü r Amerikaner u n d Russen, für Briten und Polen, für Franzosen und Tschechen. Wir müssen im Sinne Bismarcks eine zweiseitige Politik machen, ohne zweideutig zu schaukeln. Wir müssen durch Verhandlungskunst ersetzen, was uns an Macht fehlt. Oder um es mit S t r e s e m a n n zu sagen: „Wir können weder der Kontinentaldegen für England werden, noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen . . . Wir dürfen keine Politik der Sonderbündnisse führen, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs weiter widerstrebender Interessen fördert".

Nach Bismarck sind die I n t e r e s s e n die bewegende Kraft im Völkerleben. Was sich bei uns in beiden Teilen Deutschlands abspielt, verstößt gegen diese

Grunderkenntnis. Da reist man nach Washington oder Moskau und berichtet stolz, man sei bei den Freunden gewesen. Freundschaft gibt es zwischen Einzelmenschen, doch Völker gehen füreinander nicht in den Tod. Darum sollte man endlich zu dem viel zutreffenderen Begriff der Nachbarschaft finden und betonen, daß wir Nachbarn im Westen und Osten haben und alles tun werden, um korrekte, wenn nicht gute Nachbarschaft nach dem Westen und nach dem Osten zu pflegen. Gute Nachbarn halten, weil sie eben doch abweichende Interessen haben, Distanz, aber sie sind als Nachbarn auch aufeinander angewiesen und zeigen Hilfsbereitschaft. Eine Politik der guten Nachbarschaft nach allen Seiten ist das Gebot wohlverstandener deutscher Interessen! Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir unseren Nachbarn zeigen und beweisen können, daß eine solche Politik auch ihren Interessen dient. Franz Josef Strauß hat im Bundestag einmal sehr richtig gesagt, „Fehler der Außenpolitik gefährden die Existenz einer Nation". Deutschland, das Land der Mitte, in Blöcke einzuschließen und damit die internationale Spannung zu erhöhen, bringt unser Land unausweichlich in tödliche Gefahr.

Als der Machtrausch die Hirne noch nicht vernebelt hatte, waren die Männer der heutigen Bundesregierung auch dieser Ansicht. Am 31. Januar 1948 erklärte Heinrich von Brentano: „In Deutschland sieht man sich leider zu sehr genötigt, alles, was den Osten angeht, in Schwarzweiß-Malerei zu sehen. Der unselige Versuch der Amerikaner, den anti-kommunistischen Feldzug zu führen, hat die Verwirrung der Leute noch vertieft. Aus einigen Unterredungen, die ich in den letzten Jahren in Berlin hatte, auch mit den Russen, habe ich doch einen merkwürdigen neuen Eindruck bekommen. Es ist unsere Pflicht, dazu beizutragen, auch gegenüber Rußland den tiefen Grund der Feindschaft zu beseitigen, nämlich das Mißtrauen . . . Von uns zum Sowjetregime gibt es vielleicht keine Brücke, aber wir können auch nicht dagegen kämpfen und wir sollten uns auch nicht etwa zu Satelliten der Weststaaten machen. Wir sind leider in den westdeutschen Ländern auf dem besten Wege dazu, Satelliten zu werden, weil vieles, was uns dargeboten wird, in keiner Weise deswegen geschieht, um Deutschland oder Europa zu helfen, sondern aus eigensüchtigen Gründen."

Inzwischen sind wir auf gefährliche Abwege geraten. Natürlich sind nicht alle so offen wie Herr Jahn von der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, der frei genug sagte, wir kämen „um die militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nicht herum". Das Rezept, das Laval einst Hitler anzudrehen versuchte, scheint aber mehr Anhänger zu haben, als gut sein kann: „Sie wollen den Krieg gewinnen, um Europa zu schaffen? Sie müssen Europa schaffen, um den Krieg zu gewinnen." Und viele meinen, wir befänden uns nach zwei Fehlrechnungen nun endlich im richtigen Boot.

Doch das sind alles überholte Vorstellungen. Golo Mann sagt dazu: „Geschichte soll uns nicht nur zeigen, was wir sind; sie soll uns auch zeigen, was wir nicht mehr sind und warum wir gewisse politische Spiele, die unsere Vorväter betrieben, nun nicht mehr gestatten können . . . Falsch, die wahren Aufgaben überdeckend, ist letzthin auch der Weltkonflikt, der Kalte Krieg. Auch dies Schachspiel, so wichtig es seit 1945 gespielt wurde mit immer denselben Hinundherzügen, wird ohne König gespielt. Freie gegen unfreie Welt, Kapitalismus gegen Kommunismus, das sind fiktive, eben darum unauflösbare Gegensätze, wirklich nur dadurch, daß man sie sich einbildet. Wir können die unfreie Welt nicht frei machen. Allenfalls können wir einander umbringen."

Für uns gilt, was der kluge Paasikivi für Finnland sagte: „Man mag von Rußland denken was man will, die Tatsache der Nachbarschaft besteht, die Geographie entscheidet." Darum müssen wir Konflikten ausweichen, indem wir zäh

und beharrlich nach tragbaren Übereinkommen streben. Wir haben das Recht auf unserer Seite? Nun gut, wenn es stimmt. Paasikivi meinte, was Recht oder Unrecht sei vor dem Urteil der Geschichte, das habe die Forschung noch nicht herausbekommen. So wäre es besser, wir konzentrierten uns auf die Frage, ob wir auch die Klugheit und die Vernunft auf unserer Seite haben. Golo Mann verneint das entschieden: „Hätten wir die Grenzen von 1937 behalten wollen, dann hätten wir uns 1937 mit ihnen zufrieden geben sollen. Es gilt nicht, alte Grenzstreitigkeiten zu erneuern. Es gilt vielmehr, auch im Osten moralische Bedingungen anzustreben, unter denen politische Grenzen ihre böse Bedeutung allmählich verlieren; auszubrechen aus dem verhexten Zauberkreis der Kriege um Grenzen, des wechselseitigen Sichverdrängens, Vertreibens und Quälens. Von unseren Freunden im Westen erwarten wir, daß sie die großen Tatsachen des Jahrhunderts, die Revolutionen Asiens und Afrikas anerkennen und so oder so ihre Folgerungen daraus ziehen. Dasselbe wird in Osteuropa von uns verlangt. Der Aufstieg der kleineren slawischen Agrarvölker zu moderner industrieller Existenz, vom russischen Imperialismus zugleich behindert und beschleunigt, ist ja nur ein etwas früherer Akt in einem und demselben Drama."

Man kann im Hinblick auf das, was der amerikanische Professor Golo Mann sagt, ruhig ein schwedisches Sprichwort zitieren: „Die Sache war im Sack, bevor sie in die Tüte kam." Anders ausgedrückt. Es gibt keine verantwortliche westliche Instanz, die nicht, von geringen Varianten abgesehen, so denkt. Darum ist es der Gipfelpunkt der Heuchelei, die Friedensvertrags-Vorschläge der Russen als „Super-Versailles" zu bezeichnen und dabei zu vergessen, daß ihnen ein Super-Weltkrieg vorangegangen ist, und, was noch schlimmer ist, keine Gegenvorschläge zu machen und sich an die Rockschöße der Zeit zu klammern, die nicht für uns arbeitet. Den gangbaren Weg wies Ernst Reuter: „Dem großen russischen Volke schulden wir die Achtung, die es durch seine gewaltigen Leistungen verdient hat. Wir sind nicht antirussisch, können nicht antirussisch sein, wollen nicht antirussisch sein und werden nicht antirussisch sein. Wir wollen nur frei und unabhängig sein."

Darum müssen wir aus den Tatsachen der Geschichte (von uns geschaffen!) und der Geographie endlich die Konsequenzen ziehen. Wir haben die Funktion des Ausgleichs. Entspannung zum Westen war gut, ist aber eine Halbheit ohne die gleiche Politik nach dem Osten. Wir brauchen auch die Unterschrift der Russen für echte Entspannung und wahren Frieden. Adenauer sagte nach seiner Rückkehr aus Rußland, er habe sich von der Friedenssehnsucht des russischen Volkes und seiner Führer überzeugt. Carlo Schmid bestätigte das. Warum dann nicht endlich die Tatsachen anerkennen, die wir geschaffen haben? Wir werden über vieles mit uns reden lassen müssen und wir sollten es tun. Um so weniger brauchen wir dann über Dinge zu reden, die für uns unverzichtbar sind: Unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit. Wir haben im Westen gehandelt nach der Maxime des „do ut des". Es ist nicht einzusehen, warum das nicht auch im Osten zum Erfolg führen sollte. Worauf warten wir eigentlich noch? Die Prosperität der Rüstungsfirmen wächst mit der Kriegsfurcht. Der Wohlstand und das Glück der Völker gedeihen nur im Frieden.

Dr. med. Klaus Wattenberg

Muß der Arzt ein politisches Bewußtsein haben?

Geist und Macht

Das Idealbild ärztlichen Handelns und medizinischer Forschung ist eine staatliche Ordnung, in der institutionelle Vorsorge dafür getroffen ist, daß von außen kommende Einflüsse die Gesundheit nicht gefährden. Forschung und ärztliche Tätigkeit würden in einer solchen Welt sich auf die organischen Krankheiten beschränken, die nicht als Reaktion auf Umweltbedingungen direkt und ursächlich entstanden sind. Diese Vorstellungen sind utopisch, da dazu eine totale Medizin gehören müßte, die mit allen möglichen sachlichen und geistigen Machtmitteln ausgestattet ist, um auf soziologischem, technischem, wirtschaftlichem Gebiet die von ihr als richtig erkannten Forderungen verwirklichen zu können. Es würde also dazu sowohl eine Ärzteschaft gehören, die mit den entsprechenden geistigen Fähigkeiten ausgestattet ist, wie auch eine staatliche Ordnung, die an diesen Dingen nicht nur interessiert ist, sondern ihr auch den Vorrang vor anderen politischen Fragen einräumt.

Wohl haben die modernen Staaten die Notwendigkeit eingesehen, allgemeine und spezielle medizinische Vorschläge, besonders auf hygienischem Gebiet, zu berücksichtigen. Aber ein entscheidender Einfluß der Ärzteschaft auf die Gestaltung der institutionell verankerten Formen menschlichen Zusammenlebens ist nicht zu erkennen. Ob dies überhaupt möglich und notwendig ist, kann als ein Teil jener Frage angesehen werden, die in der Problematik der Legislativgewalt der Naturwissenschaftler in diesem, von ihnen gezeichneten Jahrhundert besteht. Es ist die uralte Frage nach dem Verhältnis zwischen Geist und Macht, die bereits bei Plato sehr präzise ausgedrückt wurde, als er die Philosophen als die Wächter des Staates sehen wollte. Jedenfalls sind die ärztliche Arbeit und die medizinische Forschung eine an Sisyphons Qualen erinnernde Bemühung geblieben.

Arzt und demokratische Meinungsbildung

Unser demokratischer Staatsapparat ist eine pluralistische Gesellschaftsform. Er kann nur funktionieren, wenn neben anderen Voraussetzungen jeder Bürger die Pflicht zur Meinungsbildung und zu ihrer Bekennung empfindet. Diese Pflicht ist um so größer, je größer die staatsbürgerliche Verantwortung und die aus ihr resultierende Freiheit des einzelnen ist. Die staatsbürgerliche Stellung und Verantwortung des Arztes ist wegen seiner Bedeutung für das gesamte Gesundheitswesen besonders groß. Der Arzt fühlt sich jedoch solidarisch mit allen Anliegen seiner Patienten, da er ja gerade eine Relativierung der die Gesundheit seiner sich ihm anvertrauenden Patienten beeinträchtigenden Umstände nicht kennt, ebenso wenig wie er überhaupt eine Relativierung der Menschen empfindet. Wenn also bestimmte Vorgänge die Gesundheit seiner Patienten gefährden, darf er nicht nur, sondern muß beurteilen und notfalls fordern, auch wenn diese Fragen auf politischem Gebiet liegen. Das ist es ja gerade, was in anderem Maßstab im Hinblick auf eine Ganzheitsmedizin, die durch das Spezialistentum verloren zu gehen droht, besonders in den letzten Jahrzehnten wieder unter beispielhafter Berufung auf den guten alten Hausarzt vergangener Zeiten besonders viel propagiert wird. Ist es also mit den Pflichten und den sich aus ihnen ergebenden Forderungen zu vereinbaren, wenn der Arzt nicht seinen Einfluß über das Ordinationszimmer und über sein Forschungslaboratorium hinaus geltend macht?

Diese Dinge erinnern an die in der Geschichte des Christentums immer wieder auftauchende Problematik, die in der Stellung zur Obrigkeit liegt. Es ist kein Zweifel, daß entsprechend biblischer Verkündung das Himmelreich manchmal eben nicht billiger zu erreichen ist als durch eine Verweigerung zur Ausführung staatlicher Befehle, wenn sie den Grundprinzipien einer christlich-ethischen Haltung wiedersprechen. Zwischen unseren ärztlichen Problemen und den soeben angedeuteten ist dann kein wesenhafter Unterschied, wenn wir die ärztliche Berufung entsprechend ihrer Entstehung aus dem Arzt-Priestertum hippokratischer Zeiten und dieser noch heute gültigen Bedeutung uns klar machen. Dies bedeutet nicht die Forderung nach einem unbedingt immer parteipolitisch gebundenen Arzt, der parteitaktisch aktiv sich an der Tagespolitik beteiligt. Es bedeutet jedoch die ernsthafte Fragestellung, ob nicht der Arzt als jener Naturwissenschaftler, der in vorderster Front am Menschen selbst tätig ist, seine Stimme erheben muß, wenn die Interessen für die Gesundheit seiner Patienten irgendwo und irgendwann gefährdet sind. Es ist dies die Fragestellung einer Ärzteschaft, die sich ihrer Verantwortung ebenso bewußt ist, wie jene Naturwissenschaftler, die auf den internationalen P u g w a s h - Konferenzen auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer Erkenntnisse den Staatsmännern ihre Hilfe und ihre Beratung anbieten.

Die den Menschen nicht relativierende Berufung des Arztes ist zu allen Zeiten gleich gewesen. Daher ist der Arzt auch manchmal befähigt, unbeeinflußt von dogmatischen Tendenzen die Triebfeder zu so manchem politischem Ereignis (aus deren Zusammensetzung sich die Geschichte formt) in Eigentümlichkeiten und psychologischen Zusammenhängen zu erblicken, wie er sie im täglichen Umgang mit vielen Menschen auch immer wieder erfährt. So ist er also nicht nur verpflichtet, wie oben dargelegt, sondern auch befähigt, Vorschläge zu machen, die einer wahren Menschlichkeit entspringen. In unserer Zeit aber, die den kollektiven Suicid technisch ermöglicht, sind e r s t m a l s in der Menschheitsgeschichte die h o h e n h u m a n i t ä r e n Z i e l s e t z u n g e n einer geistigen Elite auch die e i n z i g m ö g l i c h e r e a l p o l i t i s c h e N o t w e n d i g k e i t, wenn wir überleben wollen. Auch in der Verfassung des Weltärztebundes, dem wir angehören, kommt dies zum Ausdruck, wenn niedergelegt wird, daß die Ärzteschaft dem F r i e d e n zu dienen habe.

D e r M e n s c h i n s e i n e r U m w e l t

In den Rahmen dieser Betrachtungen gehört auch die Überlegung, ob nicht ein sittliches Prinzip in der Verhaltensweise des einzelnen seine eigene Angelegenheit ist, mit der er punktuell auf sich bezogen so oder so fertig werden muß, ohne sich verpflichtet zu fühlen, unter Berufung auf eine transzendentale, irrationale Sendung die Verwirklichung seiner Forderungen auch auf den Mitmenschen und auf die Gemeinschaft zu übertragen und sie von ihr zu fordern. Jedenfalls ist auch die Metaphysik des Willens zur Macht eine große Versuchung in unserem Jahrhundert. Aber selbst die Kirche ist sich doch wohl darüber einig, daß der geschichtliche Fortschritt immer dann aufgehalten wurde, wenn eine rein idealistische Einstellung Scheiterhaufen am Rande großer Entdeckungen errichten ließ. Wir müssen doch nun wieder erkennen, daß eine Bergpredigt zum Beispiel Vorschriften für eine konkrete irdische Gemeinde enthielt und sich nicht auf ein imaginäres Himmelreich bezog: „Selig sind die Sanftmütigen, denn das E r d r e i c h wird ihnen gehören." Diese Botschaft wird doch für die Ohren der heute lebenden Menschen erst dann wieder verständlich, wenn sie ihres metaphysisch-theologischen Denkens entkleidet wird. Dann entspricht sie aber auch einem Humanismus, der nicht mehr nur interpretieren, sondern verändern will.

Die Krankheiten sind in ihrer wechselnden Häufigkeit und Intensität ein Symptom ihrer Zeit. Die Berufsausübung und die Berufsstellung des Arztes ist abhängig von den soziologischen, technischen, politischen Verhältnissen der Zeit, ohne daß diese doch an dem Grundanliegen der Berufung irgend etwas ändern. Heute ist dem Arzt die Sorge für viele im öffentlichen Interesse liegenden Gesundheitsmaßnahmen abgenommen worden: Schularztwesen, Krebsberatungsstellen, Mütterberatung, Diabetikerberatungsstellen, Tuberkulosefürsorge, hygienische Prophylaxe durch die Gesundheitsämter, Betriebsarztwesen, Vertrauensärzte der Krankenkassen, Durchgangsarztverfahren der Berufsgenossenschaften. Dies wurde notwendig, da die Mehrzahl der Ärzte in dem Kampf um wirtschaftliche Sanierung und soziale Sicherung nicht die Zeit und die Kraft für die Ausbildung in diesen, das öffentliche Wohl angehenden Fragen fand. Von einem Einfluß der Ärzteschaft auf die Vorbeugung und Beseitigung jener geistigen und körperlichen Störungen, die als Folge unserer augenblicklichen, das Jahrhundert erschütternden Verhältnisse auftreten, kann kaum die Rede sein, wenn wir jene freipraktizierenden Ärzte betrachten, die isoliert in Einzelpraxen oftmals — nolens-volens — Beruf und Berufung nicht mehr unterscheiden. Von einem Einfluß auf die auslösenden politischen und gesellschaftlichen Ursachen kann aber bestimmt keine Rede sein.

Unser Jahrhundert ist geprägt durch die Erkenntnisse und Ergebnisse der Naturwissenschaften. Ganz sicher ist die Geschichte der Politik ein zur Geschichte der Naturwissenschaften paralleler Vorgang. Neben den technischen Errungenschaften stehen einzigartige biologische Erscheinungen. Zwei Dinge sind es, die die Auseinandersetzungen um die uralten Fragen nach Freiheit und Gleichheit und nach Krieg und Frieden bestimmen: Es ist die ungeheure Zunahme der Weltbevölkerung, — die Genetiker sprechen von einer biologischen Explosion in den asiatischen Ländern —, und es ist die Möglichkeit, das Atom zu spalten und dadurch unvorstellbare Energien freizusetzen.

Es scheint so, als würden geschichtsphilosophische Begriffe in unserer Zeit ersetzt durch Aktionsziele, die jede Interessengruppe so schnell und so sicher wie möglich erreichen will. Die Fragen nach dem Sinn des Lebens und nach dem Verhältnis zwischen Sein und Geist treten zurück hinter den rücksichtslosen Kampf um den Platz an der Sonne. Der durch die Tatsachen widerlegten Theorie von M a l t h u s kann man den Satz zur Seite stellen: Nicht der Lebensmittelraum wird durch die Zunahme der Weltbevölkerung kleiner und reguliert dadurch automatisch die Geburtenziffer, sondern der R a u m h u m a n i t ä r e r B e z i e h u n g e n wird relativ so klein, daß trotz der technischen Möglichkeiten eine Ausnutzung der modernen Technologie nicht möglich ist und gar eine selbstmörderische Reduzierung der Menschheit denkbar ist.

D i e A n g s t

Die Arbeit für das tägliche Brot findet statt vor der vordergründigen Frage nach Krieg und Frieden. Der einzelne fühlt nach den Erfahrungen, die er gemacht hat, daß er keinen entscheidenden Einfluß auf diese als schicksalsmäßig empfundenen Erscheinungen hat. Die Arbeit als solche verrichtet er in einer Art von freudlosem Fatalismus, da sie Konsumierung ermöglicht und diese wiederum die Produktion erhöht. Die Arbeit ist nicht die mit Freuden verrichtete Gestaltung des eigenen und des Geschickes des Mitmenschen, sondern sie dient ganz allein dem Erwerb eigener materieller Güter. Dabei besteht das eingestandene Gefühl, daß diese Welt so unstabil ist, daß vielleicht nur wenig Zeit verbleibt, um an diesen erworbenen Dingen Freude zu haben. Die mitmenschlichen Beziehungen werden nicht von bestimmten Lebensmächten und Lebensgesetzen her gesehen, sondern

haben einen einmalig spezifischen, persönlichen Charakter. Die Problematik von Krieg und Frieden geht nicht mehr nur die Politiker an. Die „glücklichen Zeiten", in denen ein Krieg als Fortsetzung der Politik möglich war, sind vorüber. Da nun aber wegen des atomaren Vergeltungsschlages die Militärs arbeitslos zu werden drohen und da die Politiker keine andere Alternative als Krieg oder Status quo im „Frieden" eines Kalten Krieges kennen, machen sie sich ja neuerdings auch große Gedanken darüber, wie man die sog. konventionellen Waffen wieder als Mittel zum Zweck zu Ehren kommen lassen könnte. Da das alles so ist und da das die Menschen fühlen, überschattet eine tiefe Lebensangst sämtliche Bereiche unserer Existenz. Damit bin ich bei einem eigentlich medizinischen, psychologischen Thema angelangt, das bei seiner Behandlung zur Begründung der vorher bekannten Gedankengänge dient und sie primär entstehen ließ.

Es ist eine bekannte Tatsache, die nicht in einem im politisch-philosophischem Bereich gewollten dialektischen Denken ihre Erklärung findet, daß ein circulus vitiosus zwischen Ursache und Wirkung besteht. Besonders auf psychologischem Gebiet werden sehr oft die aus bestimmten Ursachen entstehenden Wirkungen wieder zur Ursache anderer Krankheitszustände. Bei der Analyse der Angst stoßen wir auf die Unmöglichkeit, auszusagen, welche Angstursache über die daraus resultierende Fehlhaltung wieder zu einer angstbetonten Konfliktsituation führt. Jedenfalls ist die Angst eine schon immer im Menschen zutiefst verwurzelte Erlebnisform. Sie tritt während der Geburt als erste menschliche Empfindung bei der Erstickungsgefahr auf und löst damit den ersten Schrei und den ersten Atemzug aus. Sie begleitet uns ein Leben lang bis zum letzten Atemzug. Der Mensch hat Angst vor sich selbst und seinem Unvermögen, Angst vor den Feinden, Angst wegen des unbefriedigten, heute besonders ausgeprägten sozialen Sicherheitsbedürfnisses, Angst vor dem Nachbarn, der heute viel näher wohnt als früher. Neben tausend realen Ängsten stehen noch viel mehr unbewußte Angstzustände, die aus dem Gefühl entspringen, daß wir eher gelernt haben, die Technik zu beherrschen, als uns selbst zu beherrschen. Der vermasste Mensch fühlt sich als Teil einer dahinjagenden Herde, unfähig, auszubrechen. Die Folgen sind eine Unmenge seelischer, funktioneller Störungen, die auf dem Umwege über das Vegetativum ebenfalls zu organischen Störungen führen. Das Gefühl der Hilfsbedürftigkeit und ein tief empfundenes Krankheitserlebnis treibt die Menschen zu ihren Ärzten. Die Wartezimmer sind gefüllt wie noch nie. Das liegt an einer echten Zunahme der Morbidität und nicht nur an einer verbesserten Sozialleistung im Krankheitsfall.

Die Angst ist eine der häufigsten Triebfedern zu menschlichen Fehlhaltungen und Fehlleistungen. Die Angst kann nicht nur den einzelnen Menschen erdrücken, sondern auch ganze Völker erfassen. Bei der Analyse der heutigen allgemeinen Lebensangst können wir auch nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Kernenergien weder quantitativ noch qualitativ genau bestimmt werden können. Bekanntlich sind die quantenphysikalischen Vorgänge innerhalb des Atoms nur statistisch zu erfassen. Wenn diese Dinge auch dem Durchschnittsmenschen nicht bekannt sind, so dürfte es doch nicht von der Hand zu weisen sein, daß die dem augenblicklichen Stand physikalischer Forschung entsprechende Indeterminierbarkeit dieser Vorgänge ihre Parallele in der Unstabilität vieler anderer Bereiche unserer Existenz hat. Die Entdeckung der Freisetzung dieser nuklearen Energien ist deshalb auch nicht vergleichbar mit irgendeiner anderen Entdeckung der Menschheitsgeschichte, etwa mit der Entdeckung der Dampfkraft oder des Schießpulvers. Die Entdeckung und Entwicklung des heliozentrischen Systems durch K o p e r n i k u s hat die Vorherbestimmbarkeit kosmischer Vorgänge erhöht; das nuklare Zeitalter hat die Vorherbestimmbarkeit aus verschie-

denen Gründen, die in der Sache selbst und in den Menschen liegen, zunächst vermindert. Die aus diesen Dingen entstehende Angst wird die Ursache von Fehlhaltungen. Wir kennen alle das Gesetz von der Flucht nach vorne in einer ausweglosen Situation. „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende."

Wir können die Auswirkungen des Angstgefühls erkennen in dem tiefen Mißtrauen zwischen den einzelnen Menschen und ganzen Völkern.

Jetzt hätten wir den christlichen Humanismus als reale Kraft besonders nötig. Aber wegen seiner schizophrenen Haltung zwischen Obrigkeit und Gewissen versagt er. Wir sind einer totalen Propaganda mit einem Freund-Feind-Denken und einer Schwarz-Weiß-Malerei ausgesetzt. Wir sind aufgerufen zur Verteidigung einer Freiheit, die nur noch formal besteht. In Wirklichkeit haben wir diese Freiheit längst verspielt, da wir, einem geschichtlichen Trägheitsprinzip folgend, die praktische Konsequenz nicht gezogen haben. Diese hätte darin bestehen sollen, die aus Technik und Vermassung erwachsenden und erkannten Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten in einer ständigen kollektiven Zusammenarbeit aller Menschen und aller Institutionen zu verwirklichen mit dem Ziel, das eigene Wohl nicht von dem Wohl des Mitmenschen zu trennen. Diese Forderung klingt sehr lapidar und ist ein Allgemeinplatz schöner Worte. Daher muß ich, um meine These von der verlorenen Freiheit zu beweisen, sachliche Gründe anführen: In unserem Grundgesetz sind verschiedene Elemente rechtsstaatlichen Denkens zu finden. Dies ist der Liberalismus einer vergangenen Epoche (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit usw.), und es sind die staatlich garantierten Sozialleistungen als Eingeständnis des berechtigten individuellen Sicherheitsbedürfnisses. Natürlich muß dies zu Spannungen führen, da Leistungen zuvor Gegenleistungen erfordern. Gerade auch in der ärztlichen Berufsstellung und Berufsausübung zeigt sich das. Auf der einen Seite besteht der Drang nach allgemeiner Kassenzulassung, die schließlich verfassungsgerichtlich auch zugestanden wurde, auf der anderen Seite erhebt sich ein Murren über die mit dieser Bindung zusammenhängenden Forderungen der sozialen Institutionen an die Ärzte, die für sie arbeiten und aus ihrer Futterkrippe genährt werden. — Im öffentlichen Leben zeigt sich dieser Verlust der Freiheit auf vielen Gebieten, die typisch für eine falsch verstandene freiheitliche Betätigung in einer pluralistischen Demokratie sind. Wir brauchen dabei nicht einmal an die Bestrebungen eines Notstandsgesetzes und Notdienstgesetzes oder an die subjektiven Disziplinarverfahren erinnern, die durchgeführt werden, wenn ein Beamter im Verdacht steht, verdächtig zu sein. Denken wir nur an die Verzögerung eines Lebensmittelgesetzes zum Schutze der Volksgesundheit, an die Verzögerung eines Arzneimittelgesetzes, an das Fehlen eines Gesetzes zum Verbot von Schmutz- und Schundliteratur, die nur immer auf das eigene Wohl bedachten Bestrebungen der verschiedenen Berufsverbände (Bauernstand — Industrie, Arbeitnehmer — Arbeitgeber, Einzelhändler — Konzerne). Denken wir nur an die retardierende Haltung bei der Wirtschaftshilfe für unterentwickelte Länder (der ehemalige indische Botschafter in Bonn, ein erklärter Freund Deutschlands, nahm dazu erst kürzlich stark kritisierend Stellung). Denken wir nur an den großen psychologischen Einfluß einer Kulturindustrie auf die Meinungsbildung der Massen. Bei uns wäre unmöglich, was Großbritannien fertig brachte: Den Kriegshelden und gefeierten Politiker Winston Churchill auf der Höhe seines Ruhmes abzuwählen. Bei uns heißt es statt dessen: Keine Experimente. Es erscheint unwahrscheinlich, daß Gewissen und Wissen einen neuen Weg suchen lassen, um aus einer erkannten Sackgasse herauszukommen. Wir gehen bewußt an der von der Philosophie gestellten Frage vorbei, ob nicht die Gleichheit vor dem Gesetz nur dann möglich ist, wenn auch eine (nicht-schematisierte) Gleichheit des Besitzes

und gleiche Startchancen für die Erwerbung des Besitzes bestehen. Das eingestandene ideologische Vakuum des Westens wird ausgefüllt mit einem Anti, das zur Ideologie erhoben wird. Die militärische Aufrüstung aber wird motiviert mit der Dynamik des prospektiven Gegners.

Die Anführung dieser Gesichtspunkte war notwendig, um daran zu zeigen, daß die bestehende, lähmende Lebensangst sowohl Ursachen wie Wirkungen hat, die im Teufelskreis verhängnisvoller Wechselwirkungen uns mit Sorge in die Zukunft schauen lassen und neue Angst erzeugen. Die heute allein möglichen humanitären Grundsätze sind weder im persönlichen Bereich noch im zwischenstaatlichen Bereich verwirklicht, weil ein tiefes Mißtrauen als Ausdruck der Angst dies verhindert. Was ist nun also zu tun?

Es ist nicht möglich, von heute auf morgen die Welt zu ändern und zu verbessern. Aber der Arzt ist auch oft darauf angewiesen, wenn Lebensgefahr besteht, vor Behandlung der Grundkrankheit die lebensbedrohlichen Folgezustände zu behandeln. Es werden Kreislaufmittel im hochfieberhaften Zustand gegeben, obgleich diese zunächst am Verlauf der auslösenden Lungenentzündung gar nichts ändern. Aber die Lungenentzündung wird überstanden, wenn der Kreislauf nicht vorher versagt. Wir können auch psychologische Auswirkungen verhindern, wenn wir zunächst einmal den Angriffspunkt dieser Auswirkungen beseitigen: Nur Volljährige dürfen die Ehe eingehen, kleine Kinder läßt man nicht mit Streichhölzern spielen, einem Kleptomanen gibt man kein Geld zur Aufbewahrung. Die unheilvolle, vom Arzt erkannte psychologische Auswirkung unserer Zeit ist nur zu beseitigen, indem wir die Einsicht und den Mut von unseren Staatsmännern fordern, zunächst die Notbremse „Abrüstung" zu ziehen. Wenn wir mit offenen Augen in die Welt blicken und ein klein wenig psychologische Erfahrung besitzen, werden wir einsehen, daß mehr (Über)Mut zur weiteren Aufrüstung und zur weiteren Fortführung der Politik der Stärke gehört als zur Abrüstung und zur damit verbundenen Einstellung des in militiärischen Bereichen stattfindenden Freund-Feind-Denkens.

„Vorplanung" zur Vermeidung eines Krieges

Die von der Kybernetik aufgestellten Gesetze können den Arzt im Zusammenhang mit diesen Fragen auch sehr wohl interessieren. Die Kybernetik ist ursprünglich nur ein Zweig der technischen Wissenschaften gewesen, der sich mit der Planung und der Reglertätigkeit technischer Vorgänge befaßte, um Fehlermöglichkeiten zu verringern.

Ein wesentliches kybernetisches Gesetz ist die Verminderung der sog. Variablen (Fehlerquellen), um die Vorherbestimmbarkeit zu erhöhen. Diese Gesetze finden auch in unserer modernen Gesellschaft schon weitgehende Anwendung: Azyklische Wirtschaftsmaßnahmen, parlamentarische Änderung eines Wahlgesetzes zugunsten der Mehrheitspartei, Vorschriften im Straßenverkehr, Erbhofgesetz. Zwischen kybernetischen „Zwangsmaßnahmen" und öffentlicher Meinungsbildung bestehen direkte Beziehungen. Die öffentliche Meinung wird nämlich solche Gesetze fordern, die das Risiko des Lebens verringern. Sie wird solche Maßnahmen auch dann fordern, wenn sie zunächst liberalen Formen des Zusammenlebens widersprechen. Die Ausschaltung unvorhergesehener Fehlerquellen ist das, was der Arzt tut, wenn er getreu dem Grundsatz „nil nocere" jede Polypragmasie ablehnt. Die Aufrüstung aber und besonders die damit zusammenhängende Propaganda ist auf technischem und geistigem Gebiet eine für das Weiterleben unzumutbare Erhöhung des Risikos. Es sollte an uns Ärzten liegen, unsere Patienten auf die von uns erkannten Gefahren aufmerksam zu machen, damit sie auch die entsprechenden Forderungen an die Verantwortlichen stellen.

Gerade wir in Deutschland haben allen Grund, in der Frage der Abrüstung beispielgebend zu sein. Wir haben den Anschluß an viele Gebiete der Wissenschaft verloren. Der spanische Nobelpreisträger und Neurologe Ramon y Cajal schrieb 1898, es sei unerläßlich, die deutsche Sprache — wenigstens das wissenschaftliche Deutsch — zu erlernen, „denn es steht fest, daß Deutschland in der Biologie mehr neue Tatsachen zutage gefördert hat, als alle anderen Völker zusammen." Ein Menschenalter später, 1940, meinte er, es sei unleugbar, „daß von anderen Ländern die als unübertroffen geltende Arbeit der deutschen Universitäten eingeholt und in gewissen Fragen überholt ist." Wie würde er heute urteilen? Wegen seiner Lage zwischen Ost und West und wegen seiner unbestreitbaren geisteswissenschaftlichen Tradition hat aber das deutsche Volk heute die Pflicht und die Chance, eine neue geistige Konzeption zu entwickeln, die nicht nur beispielhaft für die Lösung zwischenstaatlicher Beziehungen ist und den deutschen Militarismus unseligen Angedenkens vergessen hilft, sondern auch die Grundlage für eine fruchtbare, wissenschaftliche Betätigung in dieser verbesserungswürdigen Welt darstellt.

Selbstrechtfertigung

Noch eine psychologische Eigenart können wir in unserer politischen Lage erkennen, die in ihrem Entstehungsmechanismus und in ihrer Auswirkung äußerst bedenklich ist. Es ist dies die in jedem Menschen steckende Bestrebung, sich zu rechtfertigen. Die Selbstrechtfertigung ist eine der typischen menschlichen Verhaltensweisen. Schon Adam beschuldigte Eva, als Gott ihn fragte, ob er von dem Baume gegessen habe, kleine Kinder beschuldigen sich gegenseitig, wenn sie bei einer Untat ertappt werden, jedes Land nennt seine Spionageabteilung tatsächlich Gegenspionageabteilung, jedes Land beschreibt in seinen Geschichtsbüchern jeglichen Krieg als aufgezwungenen Verteidigungskrieg. Die Selbstrechtfertigung bei angerichtetem Unrecht bedient sich der Veränderung des Bewußtseins und des Gewissens. Bis zu einem gewissen Grade ist dies auch notwendig. Denn wenn der Mensch nicht vergessen könnte, würde er im ständigen Gefühl sündhafter, schuldhafter Unvollkommenheit existieren müssen, was wahrscheinlich gar nicht möglich wäre. Eine vollständige Verdrängung des Bewußtseins jedoch, bevor aus den Fehlern eine Lehre gezogen wurde, ist ein sehr gefährlicher Vorgang. Er kann im Gefühl des vermeintlichen Rechtes sogar bis zum unbewußten Meineid führen. Der von den Psychologen geforderte Weg der Bewältigung seelischer Spannungszustände, die sich aus schuldhaftem oder fehlerhaftem Verhalten ergeben haben, besteht deshalb darin, nicht zu verdrängen, sondern zu erkennen. Die mißlungene Selbstrechtfertigung führt zu einem neurotischen Menschen, der sich selbst und seiner Umwelt zur Last fällt und unter einem starken Krankheitsgefühl leidet. Um zu der Einsicht zu gelangen, die der erste Schritt zur Besserung ist, bedarf es also der Aufdeckung und der Erkenntnis der auslösenden Ursachen der Schwierigkeiten. Das ist die Methodik einer Tiefenpsychologie, die dem Asthmakranken das frühkindliche Erlebnis in das Gedächtnis zurückruft, das den ersten Asthmaanfall auslöste. Die Fortwirkung dieses Erlebnisses im Unterbewußtsein erzeugte die Fehlleistung, und die Erkenntnis dieses Zusammenhanges bewirkt erstaunliche Heilerfolge. Man muß sich doch heute fragen, wieweit diese aus der Individualpsychologie bekannten Erscheinungen im massenpsychologischen Verhalten des deutschen Volkes nach dem letzten Krieg wieder zu erkennen sind. Das zunächst propagierte Gefühl der Kollektivschuld hat erst gar nicht zu einer Beschäftigung mit diesen Fragen geführt. Die Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Reedukation — von den Verantwortlichen außerdem sehr schlecht praktiziert —, schlugen schon nach wenigen

Jahren in den traditionellen Antislawismus, Antikommunismus und in den nun angeblich europäisch orientierten Militarismus um. Nicht einmal Zeit für eine neue Dolchstoßlegende, wie nach dem ersten Weltkrieg, war gegeben, um eine Selbstrechtfertigung für den verlorenen Krieg zu erfinden. Schon nach wenigen Jahren triumphierte wieder jene Geisteshaltung, die in einer altbekannten und jetzt neu aufgelegten Motivierung den Gegner im Osten sah und nichts anderes ihm gegenüber wußte als eine Politik der Stärke. Wer waren die Drahtzieher dieser so gefährlichen, auch im befreundeten Ausland so suspektiven Haltung? Obgleich es im gerade zu Ende gegangenen Fasching hieß: „Der beste Schutz gegen Hammer und Sichel, das ist der deutsche Michel", glaube ich nicht, daß wir die ursprünglich Verantwortlichen jenseits des Atlantik zu suchen haben. Man sollte nicht glauben, daß H i t l e r schon 16 Jahre tot ist! Man sollte nicht glauben, daß diese Deutschen sich von ihrem Innenminister sagen lassen, daß alle jene Organisationen und publizistischen Organe, die aus ehrlichem, tief empfundenem Veantwortungsgefühl für die deutsche Sache eine Alternative für die politische Zukunft fordern, die genau den Vorstellungen zwischen 1945 und etwa 1952 entspricht, samt und sonderns kommunistische Tarnorganisationen seien! Wo bleibt die Selbstbesinnung, wo bleibt die Verantwortung vor der Geschichte, die allein eine Freiheit zur Gestaltung der eigenen Geschicke ermöglicht? Eine mißlungene Selbstrechtfertigung mit dem verzweifelten Bemühen, zu vergessen, kennzeichnet die deutsche Seele. Ist die Frage nicht naheliegend, ob die Generalsdenkschrift nicht das Bemühen der deutschen Generalität dokumentiert, das im zweiten Weltkrieg nicht erreichte Ziel nun zu erreichen? Ist es nicht möglich, daß eine neue Wehrmacht geschaffen werden soll, um mit der alten und neuen Motivierung für ihre Existenz die scheinbare Notwendigkeit der ersten Wehrmacht zu beweisen — als Akt einer Selbstrechtfertigung? Aber kein Mensch kann behaupten, daß der deutsche Überfall auf den Osten 1941 einer notwendigen Selbstverteidigung entsprach!

So etwa könnten die Ärzte durch Beschäftigung mit allgemeinen psychologischen Problemen zu einer politischen Meinungsbildung kommen. In der Verfechtung der als richtig angesehenen realpolitischen Forderungen kommt der Arzt seinem Verantwortungsbewußtsein für eine Ganzheitsmedizin und für eine Mithilfe an der Gestaltung der staatlichen Ordnung, in der wir leben und die wir erhalten wollen, nach. Die ganz allgemeinen Gedankengänge entspringen naturwissenschaftlichem, sozialmedizinischem und psychologischem Denken. Sie münden aber in der konkreten Forderung nach einem Verzicht auf Bewaffnung und nach einer Politik, die leider nicht von einem Deutschen, sondern von dem neuen amerikanischen Präsidenten mit wenigen, dafür um so inhaltsreicheren Worten charakterisiert wurde: Laßt uns neu beginnen.

Horst Lademacher

Die Neu-Guinea-Frage

Die Rede des niederländischen Außenminister Luns über Neu-Guinea in der letzten Vollversammlung der Vereinten Nationen und die Äußerungen des Ministerpräsidenten de Quay über die mögliche Internationalisierung des westlichen Teils der Insel sind neben den jüngsten Vermittlungsversuchen des Premiers von Malakka, Tengku Abdul Rahman, im Neu-Guinea-Konflikt zwischen den Niederlanden und der Republik Indonesien insofern bedeutsam, als sie das von der niederländischen Regierung bisher vornehmlich als innerpolitische Aufgabe betrachtete Problem Neu-Guinea weitgehend in das Blickfeld internationaler Politik gerückt haben. Es ist noch nicht abzusehen, welchen Status Neu-Guinea staats- und damit völkerrechtlich schließlich erhalten wird, gewiß aber zeigt sich nun schon, daß das hartnäckige Bemühen einer alten Kolonialmacht, ihre letzten Positionen inmitten aufstrebender junger Staaten zu halten, als unglücklicher Anachronismus zu werten ist.

I

Die Rechtsfrage

Die Frage, ob Neu-Guinea (Irian Barat, wie die Indonesier sagen) zu der Republik Indonesien oder zum Königreich der Niederlande gehört, führte in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg zu Meinungsverschiedenheiten, die 1950 schon nicht mehr zu überbrücken waren und in den letzten Jahren das politische Verhältnis zwischen den Niederlanden und Indonesien schwer belastet haben.

In der Tat wuchs sich die Bildung der Republik Indonesien im Hinblick auf Neu-Guinea zu einem recht komplizierten juristischen Problem aus. Schon nach der niederländisch-indonesischen Konferenz von Linggadjati vom Ende des Jahres 1946, muß ein besonderer Status Neu-Guineas erwogen worden sein, beeilte man sich doch auf niederländischer Seite, einen diesbezüglichen Kommentar zu den Artikeln 3 und 4 der Übereinkunft zu geben, die über das Staatsgebiet der künftigen Vereinigten Staaten von Indonesien handelten[1]). Es war der Kommentar der Verhandlungskommission von Linggadjati selbst, der Neu-Guinea die Möglichkeit eines Sonderstatus gegenüber dem übrigen indonesischen Staate zubilligen wollte, wiewohl die von der Kommission mitverfaßten Bestimmungen der Artikel 3 und 4 kaum eine so weitherzige Interpretation zuließen. Nun ist zu vermuten, daß der Kommentar zu den bis dahin recht eindeutigen Artikeln auf Regierung und Parlament in Den Haag zugeschnitten wurde, deren Mitglieder in jenen Wochen die Ergebnisse der Konferenz von Pangkal Pinang politisch zu verarbeiten hatten. Auf dieser „Konferenz der Minderheiten" war insbesondere von den Indo-Europäern im Hinblick auf den politischen Status von Niederländisch-Indien die Möglichkeit einer von der Regierung gelenkten Kolonisation Neu-Guineas befürwortet und eine staatsrechtliche Bindung an die Niederlande erwogen worden[2]). Die Regierung im Haag zeigte für solche Pläne — die übrigens

[1]) Vgl. dazu W. Schermerhorn, Nieuw-Guinea. In: Het geschilpunt Nieuw-Guinea eist een oplossing. Een gecommentarieerde bloemlezing onder redactie van D. M. G. Koch en J. W. E. Riemens. Amsterdam o. J. S. 22 f.

[2]) Vgl. Nieuw-Guinea als probleem van het Nederlandse volk. Rapport van de Commissie voor Internationale Zaken van de Oecumenische Raad van Kerken in Nederland. Amsterdam 1956, S. 3.

nicht neu waren — viel Verständnis und ging im Dezember 1946 in der Kommentierung des Linggadjati-Abkommens noch weiter als die Kommission, die bei der Ausklammerung Neu-Guineas zumindest noch auf die notwendige Mitarbeit der Republik Indonesien hingewiesen hatte. Das weisen die Regierungserklärungen vom 10. und 20. Dezember aus, in denen eine Sonderbehandlung Neu-Guineas rundweg ausgesprochen wurde, ohne die Mitarbeit der Republik zu erwähnen. Es konnte nicht ausbleiben, daß solche Interpretation bald auf den Widerstand der Indonesier stoßen mußte, die sich, noch ehe der Vertrag von Linggadjati im März 1947 von beiden Partnern unterzeichnet wurde, lediglich an den Entwurf vom November 1946 und nicht an den Kommentar und die einschlägigen Regierungserklärungen gebunden fühlten. So muß man feststellen, daß das Abkommen von Linggadjati von beiden Seiten von vornherein unter verschiedenen Voraussetzungen unterzeichnet wurde[3]).

Die Republik nun konnte sich noch auf die Verhandlungen von Den Pasar stützen, die auch Ende 1946 stattgefunden und die Bildung des Staates Ostindonesien zum Thema gehabt hatten[4]). In jenen Monaten äußerte der stellvertretende Generalgouverneur van Mook auf Befragen der Indonesier, daß es keineswegs in der Absicht der Niederlande liege, Neu-Guinea aus dem indonesischen Staatsverband „auszuscheren". Man wolle jedoch überlegen, auf welche Weise ein Gebiet angegliedert werden könne, das im Prinzip nicht zu Indonesien gehöre[5]).

Die Polizeiaktionen der niederländischen Regierung 1947 und 1948 waren nun nicht dazu angetan, die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Partnern zu überbrücken. So tauchte das Problem Neu-Guinea im Zuge der endgültigen Übertragung der Souveränität im Dezember 1949 erneut auf. Es fand seinen Niederschlag in den Artikeln 1 und 2 der Souveränitäts-Charta, die in ihrer Aussage nicht ganz eindeutig sind[6]). Während Artikel 1 die völlige und unbeschränkte Souveränität für Indonesien vorsah, klammerte Artikel 2 Neu-Guinea aus, „da die Ansichten der Partner nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten". Über dieses Gebiet sollte innerhalb eines Jahres entschieden werden. Ist es nun auf der einen Seite nicht abwegig, in der Bestimmung des Artikels 2 „lex specialis" gegenüber Artikel 1 zu sehen, so steht dagegen, daß zu dem früheren Niederländisch-Indien, dessen Souveränität nunmehr auf die Republik Indonesien überging, auch Neu-Guinea zählte. Man konnte also annehmen, daß die Souveränität de iure übertragen worden war, de facto aber noch nach Artikel 2 eine Regelung getroffen werden mußte. Indonesien berief sich natürlich auch auf Artikel 1 des Vertrages und auf die eindeutigen Bestimmungen des Abkommens von Linggadjati. Artikel 3 sprach hier doch vom gesamten Gebiet des ehemaligen Niederländisch-Indien.

Bei der parlamentarischen Behandlung dieser Interpretationsfrage im Haag ließ Minister van Maarseveen wissen, daß die Souveränität über Neu-Guinea bei den Niederlanden verblieben sei[7]). Eine solch kurze Entscheidung des Ministers entsprach durchaus der Haltung, die die Regierung in den letzten Jahren in der Neu-Guinea-Frage gezeigt hatte. Zudem war deutlich, daß im niederländischen Parlament keine $^2/_3$-Mehrheit bei einer andere Regelung des Abkommens

---

[3]) Ebd. S. 5 und Schermerhorn, Nieuw-Guinea S. 23.

[4]) Gliedstaat der noch zu bildenden Vereinigten Staaten von Indonesien.

[5]) Vgl. Nieuw-Guinea als probleem van het Nederlandse volk. S. 4.

[6]) Round Table Conference. Results as accepted in the Second Plenary Meeting held on 2 November 1949 in the „Ridderzaal" at the Hague. S. 9.

[7]) Handelingen I. Kamer 1949/50. S. 9.

als der oben beschriebenen zu erlangen gewesen wäre[8]). Die Meinungen gingen selbst im sozialistischen Lager auseinander. So gesehen, konnte den in Artikel 2 binnen Jahresfrist vorgesehenen Verhandlungen von vornherein kaum Erfolg beschieden sein, noch dazu, wenn man weiß, daß diese Bestimmung als Kompromißvorschlag von der Indonesien-Kommission der Vereinten Nationen (UNCI) eingereicht und angenommen worden war, ohne auf ihre Tauglichkeit geprüft worden zu sein.

Die indonesische Delegation sah aber in dem Kompromiß durchaus noch eine Möglichkeit, die Angelegenheit zu einem für sie günstigen Ende zu bringen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, den Niederlanden weit entgegenzukommen. Es sei hier nur auf einen Vorschlag vom 27. Dezember 1950 hingewiesen. Hierin anerkannte Indonesien die Kenntnisse und Erfahrungen der Niederländer in Neu-Guinea und war bereit, an die Übergabe der Souveränität gleichzeitig ein Abkommen zu koppeln, kraft welchem die soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung des Landes den Niederlanden im Rahmen der Niederländisch-Indonesischen Union überlassen werden sollte. Indonesien wollte selbst die Einwanderung von Niederländern in dieses Gebiet gestatten. Von niederländischer Seite wurde ein solcher Vorschlag mit Sympathie aufgenommen. Dabei blieb es jedoch. Für die niederländische Regierung war das Kompromiß-Angebot der UNCI — das man ja nicht gut ablehnen konnte, wollte man sich nicht gleich bloßstellen — insofern peinlich, weil man es in dem Wissen annahm, ihm doch nicht nach Treu und Glauben folgen zu können.

Es ist so auch kaum verwunderlich, daß die Partner nach mehreren Konferenzen ihre Standpunkte noch verhärteten, bis man schließlich 1955 die Nutzlosigkeit der Besprechungen einsah und die Frage Neu-Guinea für die Niederlande im „Kühlschrank" — wie man zu sagen pflegte — verschwand[9]).

II.

Motive und Argumente

Wie wenig der Kompromiß-Artikel 2 geeignet war, nützlichen Dienst zu tun, mag schon aus der Tatsache hervorgehen, daß er über weitere Schritte bei negativem Verhandlungsergebnis nichts aussagte und es auch an einem Kommentar der UNCI fehlte. Es konnte so nicht ausbleiben, daß bald die formaljuristische Diskussion von der politischen verdrängt wurde und die politischen Motive offen zutagetraten, wobei nicht übersehen werden darf, daß die offizielle Motivierung nicht vorbehaltlos von allen politischen Gruppen in den Niederlanden geteilt wurde[10]).

So wurde auf niederländischer Seite vom Schicksal der Papuas geredet, das zu meistern man auf sich nehmen müsse. Das war ein „ethisches Motiv". Hinzu traten ethnologische Argumente. Man wies darauf hin, daß Neu-Guinea nicht zum asiatischen, sondern zum australisch-melanesischen Gebiet gehöre. Die Niederlande sahen sich in diesem Argument noch unterstützt, als Sukarno dazu überging, den indonesischen Staatenbund in einen Einheitsstaat umzuwandeln und die Rechte der Gliedstaaten zu beschränken. Das war für sie Anlaß genug,

---

[8]) J. de Kadt, Kaarten op Tafel. Inzake Nieuw Guinea. Amsterdam 1951. S. 3.

[9]) Ende 1952 wurde bei den Beratungen des Haushaltsplans für 1953 noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß die de facto- und de iure-Souveränität in den Händen des Königreichs der Niederlande liege. Vgl. Nieuw Guinea als probleem van het Nederlandse volk. S. 11.

[10]) Vgl. die Darstellung Vier jaar onwaar en onwaardig beleid. In: Het geschilpunt Nieuw Guinea eist een oplossing. S. 8 ff.

Sukarno einen Bruch des Souveränitätsabkommens vorzuwerfen und nunmehr endgültig die Wahrung föderalistischer Belange als politisches Motiv anzuführen.

Nun ist die Betonung der Selbständigkeit der Völkerschaften insofern recht fragwürdig, als das niederländisch-indische Kolonialreich „von Sabang bis Merauke" immer eine administrative Einheit gebildet und niemand nach den völkerschaftlichen Besonderheiten der Eingeborenen gefragt hatte. An dem Wert eines solchen Motivs wird man vollends zweifeln, wenn man sich jener Konferenz von Pangkal Pinang erinnert, auf der es um die Immigration der Indo-Europäer ging. Nicht das Schicksal der Papuas, sondern das der indo-europäischen Minderheit der indonesischen Inseln stand zunächst einmal auf der Tagesordnung der niederländischen Politik. Es ist sogar anzunehmen, daß kaum über die Papuas gesprochen worden wäre, wenn man ein Ansiedlungsgebiet für die Indo-Europäer gewußt hätte. Jedenfalls stellte man seinerzeit in politischen Kreisen der Niederlande die Frage, warum denn nicht über die Völkerstämme Zentral-Borneos und die Dajaks verhandelt worden sei, wenn man schon ethisch-ethnologische Argumente in die Diskussion bringe[11]).

Hierzu kam mit der Zeit ein anderes. War die Möglichkeit einer Abtrennung Neu-Guineas einmal in der politischen Diskussion, so konnte der alte „koloniale Komplex", der den Verlust eines so ausgedehnten Kolonialreiches nicht zu überwinden vermochte, einen Ansatzpunkt finden und wenigstens noch ein Stück des alten Bodens erhalten. Zweifellos rekrutieren sich die Vertreter des alten „kolonialen Geistes" vor allem aus jenen Beamten, die jahrelang Verwaltungsfunktionen in der Kolonie ausgeübt haben. Einen großen Teil der Gruppe hat die niederländische Regierung unmittelbar nach der Souveränitätsübertragung vom 27. Dezember 1949 nach Neu-Guinea versetzt. Die Regierung nahm so recht eigentlich schon das Ergebnis der gemäß Artikel 2 innerhalb Jahresfrist vorgesehenen Verhandlungen durch die Tat vorweg[12]).

Man ist sich nun auf niederländischer wie auf indonesischer Seite darüber einig, daß die Papuas auf einer vergleichsweise niedrigen Kulturstufe stehen und es intensiver Erziehungsarbeit auf Neu-Guinea bedarf, bis von einem politischen Bewußtsein oder gar Selbstverwaltung und Selbstbestimmung die Rede sein kann. Die Regierung im Haag bemühte sich gleich, das von moralischen Überlegungen getragene Motiv der Erziehung und Bildung der Papuas zu einer „mission sacre" der Niederlande auszuweiten, ohne die Möglichkeiten der Indonesier in Erwägung zu ziehen. Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß sich die innenpolitische Entwicklung Indonesiens in den vergangenen Jahren als wenig stabil erwiesen hat. Es wäre jedoch ein unzulässiger und den Tatsachen nicht entsprechender Analogieschluß, wollte man dem indonesischen Staat auch die Fähigkeit zur Erziehungs- und Bildungsarbeit absprechen. Es sei hier nur auf die erstaunliche Entwicklung im Schulsystem hingewiesen, die sich vor allem schon für die ersten 5 Jahre der Republik zeigt (bis 1954)[13]). Darüber hinaus ist ein Hinweis auf das

---

[11]) Vgl. dazu S c h e r m e r h o r n , Nieuw Guinea, S. 23.

[12]) Zur Beamtenschaft siehe die sehr scharfe Darstellung in: Het problem Nieuw Guinea zoals nederlandse democraten het zien. o. O. 1950 S. 26 und auch de oorsprong van het problem. In: Het geschilpunt Nieuw-Guinea eist een oplossing, S. 13.

[13]) Nach Suara Pendidikan Masjarakat (Blatt des indonesischen Kultusministeriums) vom November 1954 ist der Anteil der Analphabeten von 92 % 1949 auf 67 % 1954 zurückgegangen. Die Zahl der Volksschulen ist im gleichen Zeitraum von 24 000 auf 32 000, die der Fortbildungsschulen von 954 auf 2846 und die der Fakultäten oder Akademien von 62 auf 169 gestiegen.

in den politischen Bedingungen wurzelnde erzieherische Unvermögen der indonesischen Regierung insofern nicht ganz angebracht, als alle kulturelle Pionierarbeit, die auf Neu-Guinea geleistet worden ist, kaum dem Bemühen der niederländischen Regierung zugeschrieben werden kann. Vielmehr haben die Missionsstationen den größten Teil der Arbeit getan. Sie haben sich — unabhängig von der Regierung und manchmal sogar gegen sie — vor allem um den Aufbau von Schulen sowie um hygienisch-ärztliche Hilfeleistung bemüht[14]). Zudem spricht manches dafür, daß sich die indonesische Regierung auch der Kenntnis der Missionare, denen übrigens viele indonesische Christen assistierten, hätte bedienen können. Man wird so das indonesische Angebot vom 27. Dezember 1950 über die ökonomische, soziale und kulturelle Initiative der Niederlande in diesem Sinne auslegen dürfen.

Ein drittes, in den ersten Jahren vor 1950 nie deutlich ausgesprochenes, gewiß aber vorhandenes Motiv war die strategische Lage Neu-Guineas — ein Motiv, das angesichts der Korea-Krise noch an Bedeutung gewinnen mußte. Von welcher Wichtigkeit dieses so gering bevölkerte Land als Stützpunkt sein konnte, hatte bereits der 2. Weltkrieg nach der Wiedereroberung des Gebietes durch die Amerikaner gezeigt. Die niederländische Regierung übersah nicht, wie günstig sich Neu-Guinea in den strategischen Gürtel des südostasiatisch-australischen Raumes einschalten ließ. Unbeschadet der Tatsache, daß gegenwärtig vom Selbstbestimmungsrecht der Papuas als Ziel niederländischer Politik gesprochen wird, hat man das strategische Argument angesichts der allgemeinen weltpolitischen Entwicklung wie auch der vor allem in den ersten 50 Jahren unruhigen innenpolitischen Konstellation Indonesiens sogar noch unterstrichen. Die niederländische Regierung steht somit vor einer Aufgabe, deren Lösung nicht ohne weiteres zur Kongruenz von Selbstbestimmung und strategischer Zielsetzung führen muß, es sei denn, man will die Selbstbestimmung als eine gelenkte verstehen!

Das wissenschaftliche Büro der PvdA hat sich 1958 mit dieser Frage ausführlich auseinandergesetzt und strategische Überlegungen vor allem unter dem Blickwinkel einer möglichen kommunistischen Entwicklung in Indonesien selbst angestellt[15]). So wird der Angriff eines kommunistischen oder eines mit dem kommunistischen Block eng verbundenen Indonesiens für denkbar gehalten, der angesichts der ohnehin schon hohen militärischen Lasten die Kapazität des Budgets erschöpfen werde, oder aber, was völlig indiskutabel sei, den niederländischen NATO-Beitrag notwendig beschneiden müsse. Darüber hinaus gehörten die Niederlande nicht zur SEATO, und die NATO-Verpflichtung der anderen Staaten erstrecke sich nicht auf Neu-Guinea. Im Hinblick auf diese politisch wie militärisch ungünstige Situation erwog die Untersuchungskommission des Büros einen „symbolischen" Zutritt zur SEATO, solange der Status von Neu-Guinea noch nicht geregelt sei, um ein Vordringen des Kommunismus im südostasiatischen Raum zu verhindern. Vielleicht werde ein nur „symbolischer" Beitritt zur SEATO insofern möglich sein, als ein Zusatzprotokoll zum Abkommen die Bestimmungen des Vertrages auch für solche Länder gelten lasse, die aus mancherlei Gründen der Organisation nicht beitreten konnten[16]).

---

[14]) Utrechtse Zendings-Verenigung und das Apostolisch Vicariaat van Nederlands Nieuw Guinea.

[15]) Het vraagstuk Nieuw Guinea. Rapport van de Dr. Wiaschi Beckman Stichling. Amsterdam 1958.

[16]) Ebd. S. 8. Diese Regelung war gedacht für Laos, Kambodscha und Vietnam.

III

Die indonesische Einheitsfront

Es ist für die Niederlande weitgehend der Versuch kennzeichnend, Sukarnos intensive Bemühungen um Neu-Guinea als die Frucht innenpolitischer Schwierigkeiten in Indonesien zu deuten. Wiewohl die Wechselfälle indonesischer Innenpolitik nicht übersehen werden können und die Kompensation innenpolitischer Mühen durch die Verkündung außenpolitischer Ansprüche ein althergebrachter Bestandteil der Politik ist, scheint das Argument insofern nicht zutreffend, als der Anspruch Sukarnos nicht erst aus den letzten Jahren datiert, sondern schon 1946 erhoben wurde. Zudem ist solche Argumentation nur dazu angetan, den eigenen Anspruch in ein günstiges politisches Licht zu rücken. Sollte man darüber hinaus auf niederländischer Seite auf eine Vertiefung der Kluft zwischen Sukarno und den Rebellen um Dr. Sumitro[17]) hinarbeiten, dann ist der politische Hebel gewiß falsch angesetzt. Bei aller Gegensätzlichkeit zwischen Sukarno und Dr. Sumitro ist in der Neu-Guinea-Frage nämlich eine Aktionseinheit festzustellen, die zu brechen die Föderalisten um Sumitro nicht die Absicht haben. Sumitro selbst hat vor einiger Zeit nicht versäumt darauf hinzuweisen, wie falsch es sei, die Neu-Guinea-Frage als ein „hobby" Sukarnos darzustellen[18]). Es kann angesichts der antiniederländischen Stimmung in Indonesien auch nur im eigenen Interesse der Gegenregierung sein, eine Politik zu führen, die die Anerkennung Neu-Guineas als eines integralen Bestandteils des indonesischen Staates zur Voraussetzung hat, wenn die Anti-Sukarno-Propaganda überhaupt Erfolg haben soll. Die indonesische Gegenregierung und ihre Anhänger sind zudem viel zu nationalbewußt, als daß sie die beiden Polizeiaktionen der niederländischen Regierung von 1947 und 1948 vergessen könnten. Auch ein ausgeprägter indonesischer Föderalismus — mag er auch manchem politischen Bedürfnis entgegenkommen — kann sich einen Verzicht auf Neu-Guinea nicht erlauben und darf auch nicht schweigen, wenn es der niederländischen Regierung einfällt, einen Flugzeugträger als einen — in seiner politischen Bedeutung unglückseligen — Boten militärischer Macht in die neu-guinesischen Gewässer zu entsenden[19]). Dazu kommt ein anderes. Ist den Niederlanden Sukarnos Einheitspolitik von Beginn an ein politisches Übel, ja sogar eine juristische Handhabe im Streit um Neu-Guinea gewesen, so waren sie es, die gleichzeitig die Arbeit der einem föderalistischen Staatsgebilde zugetanen Gegenregierung durch ihre „Karel Doorman"-Politik erschweren. Das wird in Rebellenkreisen durchaus gefühlt. Ergebnis einer solchen Politik kann nach Meinung der Gegenregierung nur eine Stärkung Sukarnos bedeuten, der lediglich auf die äußere Bedrohung hinzuweisen brauche, um innenpolitische Maßnahmen zu rechtfertigen[20]).

IV

Der niederländische Weg

Unzweifelhaft trägt man in den Niederlanden in den letzten Monaten der Unhaltbarkeit der Situation Rechnung. Das wird nicht zuletzt auf den Einfluß der

---

[17]) Dr. Sumitro war von 1950—57 Handels- und Finanzminister unter Sukarno (Kabinett Wilopo und Harahap) sowie Professor für Ökonomie. Er schloß sich 1957 den Rebellen an und wurde Staatsminister der Regierung der Republik Persatuan Indonesia.

[18]) D. Sumitro, Irian, Indonesia and the Summit. 1. The West Irian Question. Sonderdruck aus: The Far Eastern Economic Review, XXIX, 7 (18. Aug. 1960).

[19]) Die Regierung sandte den Flugzeugträger „Karel Doorman" und zwei Zerstörer zur Küste Neu-Guineas.

[20]) Sumitro, Irian S. 2.

Erfordernisse internationaler Politik zurückzuführen sein, deren Gestaltung nicht mehr einfach mit der Elle des Antikommunismus gemessen werden kann. Es hat sich zudem inzwischen erwiesen, daß sich der Fall Neu-Guinea nicht einfrieren läßt. Vielmehr kann eine Politik der Stagnation eine alte Kolonialmacht auch des letzten Scheins der Wahrhaftigkeit berauben. In Neu-Guinea ist so auch nicht kolonialer Starrsinn, sondern politische Elastizität angebracht, die z. B. die Resolutionen der Bandung-Konferenz von 1955 nicht als bloße Demonstration übersieht[21]). Sumitro bemerkte zu diesem Punkte im August 1960, daß die Glaubwürdigkeit des Kampfes gegen den Kommunismus im südostasiatischen Gebiet bei solchem Verhalten leiden müsse[22]). Darüber hinaus hat die auf dem letzten Kongreß der asiatischen Gewerkschaften (Oktober 1960) von Indonesien eingereichte und von der Versammlung auch angenommene Resolution über Neu-Guinea noch einmal die geringe Sympathie aufgedeckt, die die Niederlande im asiatischen Raum genießen.

Die Regierung im Haag hat sich inzwischen vergleichsweise einsichtig gezeigt, um einer nur-niederländischen Lösung der Frage nicht mehr das Wort zu reden. An ihre Stelle ist der Gedanke der Selbstbestimmung der Papuas getreten — ein Gedanke, der schon 1958 von der PvdA mit dem Zusatz geäußert worden war, daß hierzu die Papua-Stämme noch nicht reif seien. Ungeachtet der in der Tat niedrigen Kulturstufe und des bisher nur sporadisch entwickelten politischen Bewußtseins, wird die Regierung den sogenannten Neu-Guinea-Rat einsetzen, der aus 24 bis 48 teils gewählten, teils ernannten Mitgliedern bestehen und ein Mitspracherecht in allen Neu-Guinea betreffenden Angelegenheiten erhalten soll. Die Wahlen hierzu haben schon stattgefunden. In dem Rat werden jedoch nicht nur Papuas sitzen.

Es ist zunächst weniger die Frage interessant, ob sich die Institution als geeignete Vorstufe zur Selbstbestimmung der Papuas eignen wird. Wichtiger scheint hier die Umschau nach Gründen, die zur Eile mahnten. Auffällig ist, daß seit der Unabhängigkeitserklärung des Kongo das politische Tempo in der Behandlung der Neu-Guinea-Frage bedeutsam erhöht worden ist. Die Zerstörung der „Kongo-Idylle"[23]), wie der Sozialist J. de Kadt es ausdrückte, hat unzweifelhaft auch den Finger auf die neu-guinesischen Wunden der Niederlande gelegt. Parteien, die bisher für eine langsame, allmähliche Entwicklung eingetreten waren, drängten auf beschleunigte Lösung. Zu ihnen zählten die Katholische Volkspartei ebenso wie die Anti-Revolutionären und die Liberalen, welch letztere sich bis dato weitgehend der nationalistischen Spekulation ergeben hatten.

Wiewohl politische Kreise anhand der Entwicklung im Kongo auf die Wechselfälle kolonialer Herrschaft zu weisen vermochten, hat sich die Regierung bis heute allerdings nicht zu einer zeitlichen Bestimmung bewegen lassen, was ihr von seiten der sozialistischen Opposition schon manchen Tadel eintrug. Die Absicht nämlich, einen Zehnjahresplan für die innere Entwicklung Neu-Guineas aufzustellen, mag zwar lobenswert sein, verliert aber doch insofern an politischem Wert, als es weitgehend dem Urteil konservativer, im kolonialen Dienst erzogener Beamten unterliegen wird, wieweit die Reife der autochthonen Bevölkerung fortgeschritten ist. Der oben zitierte de Kadt hat darauf hingewiesen, daß das Fehlen eines Termins den Willen zur Selbständigkeit eher schwächen als anreizen könne und jenen Beamten, die ein Interesse am Status quo hätten, in die

[21]) Asiatisch-afrikanische Konferenz von Bandung (18.—24. April 1955).

[22]) S. Anm. 21.

[23]) J. de Kadt, Huidige stand van het Nieuw Guinea vraagstuk. Amsterdam (1960), S. 4.

Hände spielen würde[24]). Darüber hinaus kann selbst die Frage nicht übersehen werden, inwieweit eine Beeinflussung von Papua-Beamten im Sinne der Wahrung des Status quo möglich sein wird. Die Arbeitsweise und die Arbeitsmöglichkeiten des Neu-Guinea-Rates werden auch darüber noch Aufschluß geben können. Jedenfalls scheint der Versuch, den Papua-Führer K a s i e p o in den Vordergrund zu rücken, auf Gefahren in dieser Richtung hinzuweisen.

Ein weiterer Grund der jüngsten niederländischen Bemühungen wird in der neuen Zusammensetzung der Vereinten Nationen liegen, die einen Beweis konstruktiver Politik erforderlich macht. Hier läßt sich nämlich anhand eines einfachen Rechenexempels feststellen, wie sehr sich die Lage in den Vereinten Nationen zuungunsten der Niederlande verschieben könnte, falls nicht die Ergebnisse einer neuen politischen Einstellung vorzuweisen sind, die bar jeden kolonialistischen Motivs sind. Auf den Tagungen der Vereinten Nationen im September und Oktober 1960 wurden 17 neue Mitglieder, meistens afrikanische Staaten, zugelassen. 99 Länder werden seitdem bei der UNO vertreten. Diese Zahlen sind im Hinblick auf eine 1957 von Indonesien eingereichte und von der Versammlung verworfene Resolution zu Neu-Guinea interessant, wenn man weiß, daß damals 41 für und 29 gegen die Resolution bei 11 Enthaltungen stimmten, Indonesien also die erforderliche Z w e i d r i t t e l m e h r h e i t nicht erhielt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Besprechungen der Konferenz von Bandung bei einer etwaigen neuen Debatte die Haltung der afrikanischen Staaten bestimmen werden, und es ist darüber hinaus kaum zu erwarten, daß z. B. ein Staat wie Kuba, das 1957 die Niederlande noch unterstützte, ihnen wieder seine Hilfe gewähren wird[25]).

Mit einer Abstimmung zugunsten Indonesiens wären aber die Niederlande zugleich des Kolonialismus überführt und notwendig in eine internationale Isolierung gedrängt. Es hat sich zudem inzwischen erwiesen, daß selbst ein strategisches Motiv auf der Grundlage kolonialer Herrschaft kaum noch politischen Wert besitzt. Das geht schon aus der Haltung Amerikas und anderer Mitglieder der SEATO hervor, die einen Beitritt der Niederlande zu dieser Organisation von der Hand gewiesen haben. Bisher hat kein Staat der SEATO den Wunsch geäußert (mit Ausnahme Australiens), Neu-Guinea unter niederländischer Herrschaft zu sehen. Amerika hält sich völlig neutral. Das war unter E i s e n h o w e r so, und nichts deutet darauf hin, daß es unter K e n n e d y nicht der Fall sein wird. Das ist ein wesentlicher Punkt. Als Außenminister L u n s im Herbst 1960 bei den Vereinten Nationen weilte, hat er von amerikanischer Seite keine Versprechungen mit nach Hause nehmen können. Im Grunde ist so auch die Verwirklichung des Planes der PvdA über den symbolischen Beitritt der Niederlande zur SEATO illusorisch[26]).

Angesichts einer so prekären Lage werden neuerdings wieder in politischen Kreisen die Verteidigungsmöglichkeiten im Falle eines indonesischen Angriffs erwogen. Die Regierung hat in diesem Zusammenhang noch im Mai 1960 zugegeben, daß sie dann vor einer unmöglich zu lösenden Aufgabe stehe[27]). Dennoch wird über die Verteidigung der Insel Biak gesprochen, die als Ausgangsbasis für eventuell herbeieilende Hilfstruppen anderer Staaten dienen müsse. Eine solche Erwägung ist auf Grund der reservierten Haltung der anderen Staaten völlig sinnlos und lediglich geeignet, die politische Atmosphäre zwischen den Niederlanden und Indonesien weiter zu vergiften, da die Insel Biak auf indonesi-

[24]) Ebd. S. 18.
[25]) Vgl. dazu Vrij Nederland 1. 10. 1960, S. 11.
[26]) S. o. Anm. 16.
[27]) Handelingen Tweede Kamer 1959—60, S. 991.

scher Seite auch als Ausgangsbasis für einen Angriff auf Indonesien betrachtet werden kann[28]). Im Januar 1961 schickte die niederländische Regierung einen hohen Militär, Admiral P r ö p p e r , auf Inspektionsreise nach Neu-Guinea. Pröpper kam zwar mit einem Bericht über notwendige Verstärkungen nach Den Haag zurück, sagte aber zugleich, daß von militärischen Angriffsvorbereitungen Indonesiens keine Rede sein könne. Solche Gerüchte nämlich waren nach dem Besuch des Verteidigungsministers N a s u t i o n in Moskau laut geworden. Im Lichte der militärischen Ängste der Niederlande ist auch die Entsendung der „Karel Doorman" in die neu-guinesischen Gewässer zu verstehen, die politisch recht sinnlos war. Eine solche Maßnahme konnte nur aus der Annahme hervorgehen, Amerika schließlich doch als Partner in die Neu-Guinea-Frage hineinziehen zu können. Luns versäumte dann auch zu jener Zeit nicht, das Verhältnis zwischen den USA und den Niederlanden mit dem zwischen den USA und Formosa zu vergleichen, das unter dem Schutz der 7. Flotte liegt. Solche Analogieschlüsse beruhen gewiß auf einer Überschätzung der niederländischen Aufgabe in Südostasien; zudem hat gerade in jenen Monaten die amerikanische Regierung wiederholt auf den Verzicht Indonesiens, in Neu-Guinea Waffengewalt anzuwenden, hingewiesen.

Bei alledem bleibt also die Frage, ob der eilige Beschluß, den Neu-Guinea-Rat in nächster Zeit seine Arbeit aufnehmen zu lassen, der Erwägung, inwieweit nicht eine internationale Lösung des Streites anzustreben ist, vorgezogen werden kann. De Quay, der niederländische Ministerpräsident, hat im vergangenen Jahr diesbezügliche Äußerungen auf einer Cocktail-Party getan, die er Wochen später allerdings als „etwas ungeschickte Formulierungen" abschwächte. Jedenfalls wird eine solche Regelung weitergehen müssen als der von Außenminister Luns wiederholt gemachte Vorschlag, eine UNO-Kommission auf Kommissionsreise nach Neu-Guinea zu entsenden. Gewiß, die Vermittlungsversuche des Premiers von Malakka, Tengku Abdul Rahman, sind gescheitert. Sie liefen auf eine Treuhänderschaft der Vereinten Nationen hinaus mit anschließender Übertragung an Indonesien. Die Niederlande hielten diesen Plan für unannehmbar, und auch Indonesien zeigte sich plötzlich abgeneigt und verlangte eine direkte Übergabe Neu-Guineas. Der wesentliche Grund für die ablehnende Haltung der Indonesier wird in der Unbestimmtheit der Pläne Abdul Rahmans zu suchen sein, in denen nichts über die Form einer UNO-Treuhänderschaft zu lesen stand. Das alles war jedoch vor etwa fünf Monaten. Inzwischen sind die verhärteten Fronten etwas in Bewegung geraten. Das ist nicht zuletzt auf die Einladung Sukarnos nach Washington zurückzuführen, denn schon am Tage nach der Zusage Sukarnos erklärte der indonisische Außenminister S u b a n d r i o , daß Indonesien einer Teilnahme der Vereinten Nationen bei der Lösung des Problems durchaus zustimme, wenn Neu-Guinea innerhalb von einem oder zwei Jahren an Indonesien zurückgegeben werde. Es gäbe viele Formen einer Mitarbeit der UNO, Indonesien könne jedoch nicht einer konventionellen Treuhandverwaltung das Wort reden, da es auf dem Standpunkt stehe, daß Neu-Guinea zum Grundgebiet der Republik gehöre. Sukarno wird seine Reise nach Washington etwa Mitte April antreten.

---

[28]) Vgl. d e K a d t , Huidige stand S. 13.

wie eng diese Truppe mit der terroristischen Diktatur verbunden war. Im Klima des Kalten Krieges wagten sich die SS-Leute wieder hervor, zuerst hinter dem Firmenschild des Suchdienstes versteckt. Die Operation war nicht ohne Erfolg, und der Totenkopf beginnt sich von neuem gesellschaftlichen Ansehens zu erfreuen! Kennzeichnend sind die von Hirsch angeführten, heute erscheinenden Schriften, in denen sich die SS-Ideologie mit dem Kult des christlichen Abendlandes verbindet: „Was den europäischen Staatsmännern der Nachkriegszeit nicht gelang, das hatte die Waffen-SS im Kriege vollbracht. Die Schaffung einer einheitlichen, kameradschaftlich verbundenen europäischen Armee! . . ." (Wiking-Ruf, Mai 1956). So könnte denn alles gut sein: Heute verbrüdert sich mit dem Gestern zu einem Morgen, das auch ohne Prophetengabe unschwer zu deuten ist. Das kleine Buch klärt auf und dürfte insbesondere Erziehern ein nützliches Instrument sein. Heinz Abosch

Dokumente zum Zeitgeschehen

Denkschrift der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Der Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland, Smirnow, überreichte am 17. Februar 1961 Bundeskanzler Adenauer eine Denkschrift der Sowjetregierung, die folgenden Wortlaut hat:

1. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß beide Seiten keine Anstrengungen scheuen dürfen, um in den bei Gesprächen angeschnittenen, wichtigen, die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland interessierenden politischen Fragen Einvernehmen zu erzielen. Sie hat mit Genugtuung die Worte K. Adenauers von seinem Wunsch aufgenommen, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu bereinigen. In Moskau wird auch die Tatsache begrüßt, daß das Handelsabkommen letzten Endes unterzeichnet worden ist. Es wäre jedoch falsch, aus den Erfahrungen der Handelsverhandlungen nicht die Schlußfolgerung darüber zu ziehen, daß man keine künstlichen Hindernisse bei der Einleitung der Zusammenarbeit, an der sowohl die UdSSR als auch die Bundesrepublik interessiert sein muß, auftürmen darf, wenn man nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern strebt. Die Sowjetregierung strebte immer nach einer allseitigen Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik. Mehr noch, sie möchte, daß sich diese Beziehungen nicht nur erfolgreich entwickeln, sondern auch in dauerhafte freundschaftliche Zusammenarbeit umschlagen, weil der Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen für die Geschicke des Friedens in Europa stets von riesiger Bedeutung war.

2. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Zeit das Wichtigste in den sowjetisch-deutschen Beziehungen bildet und mißt ihrer unverzüglichen Lösung die größte Bedeutung bei. Der Regierung der Bundesrepublik muß der Standpunkt der UdSSR gut bekannt sein. Er wurde u. a. in der Botschaft N. S. Chrustschows an den Bundeskanzler vom Januar 1960 ausführlich dargelegt. Ohne viel wiederholen zu wollen, muß man jedoch darauf hinweisen, daß das Fehlen eines Friedensvertrags sich nicht nur auf die Lage in Deutschland, sondern auch auf die gesamte Situation in Europa auf das negativste auswirkt.

Es ist doch eine Tatsache, daß in Westdeutschland mit jedem Jahr immer lauter und nachdrücklicher Stimmen zu vernehmen sind, die eine Revision der bestehenden Grenzen in Europa fordern, obwohl allen klar ist, daß dies die Gefahr eines neuen Krieges in sich birgt. Diese Stimmen werden um so vernehmlicher, je mehr die Bundesrepublik auf-

rüstet. Die Bundesregierung muß wissen, welche Reaktion derartige Forderungen bei den Völkern der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, ja auch in anderen europäischen Staaten auslösen.

Eine völlig anomale Lage ist in Westberlin entstanden, das immer noch für subversive Aktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik, die UdSSR und andere sozialistische Staaten mißbraucht wird.

So darf es nicht weitergehen: Entweder man geht einer immer gefährlicheren Zuspitzung der Beziehungen zwischen den Staaten, militärischen Konflikten entgegen, oder man schließt einen Friedensvertrag.

3. Im Westen beginnt man jetzt offenkundig schon zu erkennen, daß es notwendig ist, einen Friedensvertrag abzuschließen, den Kriegszustand zu beseitigen und die Beziehungen zwischen den Staaten zu normalisieren. Nichtsdestoweniger suchten einige Staatsmänner in Gesprächen mitunter den Gedanken zu vertreten, es sei jetzt nicht an der Zeit, da doch die Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen in den USA im Gange seien. Man müsse abwarten, bis sie vorbei sind. Nach den Wahlen aber sagte man, der Präsident und die neue USA-Regierung seien eben erst an die Erfüllung ihrer Pflichten gegangen und hätten sich vorerst noch nicht eingearbeitet. Deshalb müsse man abwarten, bis eine gewisse Zeit verstreicht. Andere wieder führen ins Treffen, es sei angesichts der bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland jetzt nicht an der Zeit, diese Frage zu lösen. Nach den Wahlen in der Bundesrepublik wird man offenbar auch sagen: Die Wahlen seien eben erst vorüber, in der Hitze des Wahlkampfes hätte man viel Unverantwortliches geredet und es sei Zeit nötig, damit die politischen Leidenschaften sich legen, die Hetzreden in Vergessenheit geraten.

Gibt man dieser Tendenz nach, so kann das unendlich lange dauern.

Einige Politiker der Bundesrepublik lassen durchblicken, die Christlich-Demokratische Union würde vielleicht der Unterzeichnung eines Friedensvertrages und den heutigen Grenzen zustimmen, aber es gebe in der Bundesrepublik Millionen umgesiedelter Personen, und wenn die Regierung die Grenzen anerkenne, würden diese Personen die zur Zeit am Ruder stehende Partei nicht unterstützen. Diese Politiker wissen, daß das den umgesiedelten Personen gegebene Versprechen, eine Grenzrevision herbeizuführen, Phantasterei, daß es unerfüllbar ist. Doch sie beuten die Hoffnungen jener trotzdem aus, sie beuten jene aber nicht nur aus, sondern sie fachen auch die Revanchestimmungen, die Hoffnungen auf eine Änderung der Grenzen an.

Jeder vernünftig denkende Staatsmann begreift, daß die im Resultat des zweiten Weltkrieges festgelegten Grenzen endgültig sind, und wenn irgendeine Regierung ihre Änderung zu erlangen sucht, so schickt sie sich wahrscheinlich auch an, dafür Krieg zu führen. All das spricht davon, daß wir offenkundig einen Friedensvertrag unterzeichnen müssen. Jetzt sind wohl schon alle Fristen abgelaufen, um die Notwendigkeit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu erkennen und auf diese Weise die Frage des Besatzungsregimes in Westberlin zu lösen und letzteres in eine Freie Stadt umzuwandeln.

Mitunter wird in der Bundesrepublik Deutschland erklärt, die Voraussetzungen für die Lösung dieses Problems seien noch nicht herangereift, da ein Friedensvertrag lediglich mit einer gesamtdeutschen Regierung, d. h. nach der Wiedervereinigung Deutschlands, abgeschlossen werden könnte. Diesen Standpunkt könnte man noch verstehen, wenn Deutschland jetzt tatsächlich unmittelbar vor der Wiedervereinigung stünde.

Aber die Sache verhält sich doch gerade umgekehrt. Die Bundesregierung widersetzt sich hartnäckig jedweder Zusammenarbeit und Annäherung mit der Deutschen Demokratischen Republik, steuert ihr gegenüber einen offen feindseligen Kurs und versperrt damit hermetisch den einzig möglichen Weg zur Wiederherstellung der Einheit des Landes. Wie kann man unter diesen Umständen den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung in Zusammenhang bringen? Diesem Standpunkt zuzustimmen, würde bedeuten, die friedliche Regelung mit Deutschland überhaupt auf lange Jahre zu begraben.

Ebenso unzulässig ist es, die Lösung der Frage des Friedensvertrags von einem Abrüstungsabkommen abhängig zu machen, wie das die Bundesregierung jetzt tut. Friedensvertrag und Abrüstung sind selbständige Fragen. Hinzu kommt noch, daß sie an sich schon kompliziert genug sind und man ihre Lösung nicht noch mehr komplizieren darf, indem man bald den Friedensvertrag einer Abrüstung, bald die Abrüstung einem Frie-

densvertrag künstlich unterordnet. Die Versuche, diese wichtigen internationalen Fragen miteinander zu verknoten, können nur eines bedeuten: das Bestreben, die Lösung der einen wie der anderen Frage zu verhindern.

Spricht man aber von der Abrüstung als solcher, so läuft der Standpunkt der Bundesregierung in dieser Frage im Grunde genommen darauf hinaus, abzuwarten, bis ein allumfassendes Abkommen, das die Interessen aller Völker berührt, darunter auch des deutschen Volkes, von anderen Mächten ausgearbeitet wird. Die Bundesregierung selbst zieht es indes vor, sich um die fortschreitende Erweiterung der eigenen Rüstungen und um die aktive Beteiligung an den Rüstungen der Westmächte, ihrer Partner im Rahmen der militärischen Gruppierungen, zu bemühen. Die Jahr für Jahr ständig steigenden Bewilligungen für militärische Zwecke, die Unterstützung der Pläne zur Verwandlung der NATO in eine vierte Atommacht, die Verhandlungen mit England über die Anlegung von Militärstützpunkten der Bundeswehr in diesem Lande, der Abschluß eines Abkommens mit verschiedenen Mitgliedsstaaten der NATO über die gemeinsame Raketenwaffenproduktion und der weitere Ausbau der militärischen Zusammenarbeit — diese und viele andere Tatsachen zeugen davon, daß die Bundesregierung anderen anheimstellt, die großen Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu überwinden, selbst aber in diametral entgegengesetzter Richtung wirkt. Natürlich können angesichts dessen auch die farbigsten Lippenbekenntnisse zur Idee der Abrüstung niemanden von der Aufrichtigkeit jener überzeugen, die so oft mit ihnen operieren.

Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung muß den Gedanken aufkommen lassen, daß sie hofft, ihre Ziele mit Gewalt erreichen zu können, daß man in der Bundesrepublik zu diesem Zweck umfassende militärische Vorbereitungen trifft und die Bundesregierung beharrlich Atomwaffen zu erhalten bestrebt ist, dabei den Bemühungen der Völker zuwiderhandelnd, die für allgemeine und vollständige Abrüstung kämpfen. Die Bundesregierung erklärt, daß sie ausschließlich friedliche Absichten hege. Wir sind bereit, das zu glauben: Unterschreiben Sie einen Friedensvertrag, und damit würde das Mißtrauen gegenüber der Politik der Bundesrepublik Deutschland in vielen Ländern der Welt verschwinden. Wenn die Bundesregierung tatsächlich bereit ist, sich von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen, so dürfte sie doch nichts daran hindern können, ihre Unterschrift unter dieses Dokument zu setzen.

Die Sowjetunion verlangt von der Bundesrepublik keinerlei Opfer. Wir schlagen einzig und allein vor, die nach dem Kriege entstandene Lage in Europa zu fixieren, die Unantastbarkeit der nach dem Krieg festgelegten Grenzen rechtlich zu verankern und die Lage in Westberlin auf Grund einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Seiten zu normalisieren.

Was kann die Bundesrepublik von dem, was sie heute besitzt, im Ergebnis einer solchen Regelung verlieren? Absolut nichts. Die Teilnahme der Bundesrepublik am Abschluß eines Friedensvertrages aber würde nicht nur eine wichtige Rolle spielen, um die Voraussetzungen für die Lösung der gesamtnationalen Aufgaben des deutschen Volkes zu schaffen. Dieser Schritt würde die Bundesrepublik aus der Sackgasse herausführen, in die heute ihre Beziehungen zu einer Reihe europäischer Staaten geraten sind.

4. Wie bekannt, sehen die sowjetischen Vorschläge die Lösung der Frage Westberlin als Freie Stadt auf der Grundlage eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten vor. Dieser Umstand eröffnet der Bundesrepublik weitgehende Möglichkeiten für die Wahrnehmung ihrer Interessen in Westberlin, da ihre Vertreter dann als Partner bei den Friedensverhandlungen auftreten würden. Die Sowjetregierung jedenfalls wäre bereit, für die Wünsche der Bundesregierung ein Höchstmaß an Verständnis aufzubringen und sie bei den Verhandlungen mit allen anderen interessierten Seiten zu berücksichtigen. Eine ganz andere Lage entsteht, wenn die Bundesregierung weiter an ihrem negativen Standpunkt zu dem Friedensvertrag mit Deutschland festhalten wird. Dadurch entzieht sie sich der Möglichkeit, ihre Interessen unmittelbar wahrzunehmen.

Der sowjetische Standpunkt schließt nach wie vor auch die Möglichkeit einer zeitweiligen Regelung der Westberlinfrage vor dem Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland nicht aus, wobei allerdings ein von vornherein streng vereinbarter Termin für den Abschluß eines solchen Vertrags ins Auge zu fassen ist. Man muß jedoch berücksichtigen, daß an der Ausarbeitung eines zeitweiligen Abkommens über Westberlin nur

die unmittelbar interessierten Länder teilnehmen können, zu denen die Bundesrepublik Deutschland bekanntlich nicht gehört.

Wenn aber auch nach Ablauf der von vornherein festgelegten Frist kein Friedensvertrag mit beiden Staaten zustandekommt, so wird die Sowjetunion gemeinsam mit anderen Staaten, die dazu bereit sind, einen Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen. Zugleich wird das auch die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeuten. U. a. werden in diesem Falle die Fragen der Benutzung der Kommunikationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft über das Territorium der DDR lediglich auf Grund entsprechender Abkommen mit der DDR entschieden werden müssen.

5. Man versucht mitunter, die Sowjetunion mit einem Krieg als Antwort auf den Abschluß eines Friedensvertrags mit der DDR zu schrecken. Aber nur Wahnsinnige könnten sich, wie der sowjetische Regierungschef N. S. Chrustschow wiederholt erklärt hat, dazu entschließen, einen derartigen Schritt zu tun, nur weil die Sowjetunion und andere Staaten einen Friedensvertrag unterzeichnen, der die Atmosphäre im Herzen Europas zu gesunden berufen ist. Sollte es dennoch jemand riskieren, gegen die sozialistischen Länder eine Aggression zu entfesseln, so müßte er bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis die schweren Folgen in Rechnung stellen, die ein derartiges Abenteuer unweigerlich nach sich ziehen würde. Die Sowjetunion und ihre Freunde besitzen alles, was nötig ist, um die gerechte Sache in gebührender Weise zu verfechten.

6. Die Notwendigkeit, einen Friedensvertrag abzuschließen, erkennen die verantwortlichen Politiker jener Staaten, die das angeht, immer mehr. Jetzt ist es um so unzulässiger, die Lösung dieser Frage zurückzustellen, denn diese Frage ist ohnehin schon zu lange verschleppt worden.

Der Krieg hat vor fast 16 Jahren geendet, und jeder vernünftige Mensch versteht offenbar, daß die im Ergebnis des Krieges eingetretenen Wandlungen natürlich nicht durch Verhandlungen abgeändert werden können. Wenn die westdeutsche Seite glaubt, der Krieg habe die Deutschen in Gebietsfragen benachteiligt, so vertreten andere Länder da einen anderen Standpunkt. Die Staaten, die am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen haben, sind der Meinung, daß in diesem Fall eine historische Ungerechtigkeit behoben worden ist, die durch Eroberungskriege Deutschlands in der Vergangenheit entstanden war. Darüber würden wir uns aber nicht streiten, denn die Hauptsache besteht darin, daß die Gebietsveränderungen, die Deutschland betreffen, durch den Krieg hervorgerufen worden sind, den das faschistische Deutschland begonnen hat. Wenn Deutschland jetzt andere Grenzen hat als vor dem Kriege, so ist es daran selbst schuld.

Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Länder, die von Deutschland überfallen wurden und gegen die es Krieg geführt hat, Millionen und aber Millionen Menschen verloren haben. Was die Sowjetunion betrifft, so hat sie viele Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern und infolge der Greueltaten der faschistischen Okkupanten in den während des Krieges von den Deutschen besetzten Gebietes verloren. Wir können das aber auch nicht vergessen, wenn wir unseren Wunsch äußern, den Kriegszustand zu beseitigen und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Die Bundesregierung, die eine der Rechtsnachfolgerinnen Deutschlands ist, das die Schuld am zweiten Weltkrieg trägt, ist nun nicht gewillt, einen Friedensvertrag abzuschließen, und verschleppt die Lösung dieser Frage. Das muß auf die Menschen in anderen Ländern, die Opfer der deutschen Aggression waren, alarmierend wirken.

7. Gewisse Leute in der Bundesrepublik Deutschland behaupten, wir seien bestrebt, den Westdeutschen ein Diktat aufzuzwingen. Nein, wir strecken dem ganzen deutschen Volk freundschaftlich die Hand entgegen. Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland ist kein Ultimatum. Wenn die Bundesregierung mit diesen oder jenen Punkten unseres Entwurfes nicht einverstanden ist, so kann sie ihre entsprechenden Vorschläge machen oder einen eigenen Entwurf für einen Friedensvertrag unterbreiten. Die Sowjetregierung ist bereit, beliebige konstruktive Vorschläge der Bundesregierung zu erörtern, welche die bestehende Lage berücksichtigen und den Abschluß eines Friedensvertrages begünstigen. Wir wollen nicht Friedensverhandlungen hinter dem Rücken des deutschen Volkes führen und nicht auf Kosten seiner legitimen Rechte, sondern unter unmittelbarer Teilnahme der Deutschen selbst und mit der gebührenden Achtung und Berücksichtigung ihrer nationalen Interessen. Bei der Ausarbeitung ihrer Vor-

schläge zur friedlichen Regelung mit Deutschland hat die Sowjetregierung engen Kontakt mit der Deutschen Demokratischen Republik aufrechterhalten. Wir sind bereit, jederzeit in entsprechende Verhandlungen mit der Regierung der Bundesrepublik zu treten.

8. Alles zeugt davon, daß in der Welt Wandlungen zum Besseren heranreifen. Wenn auch nicht so schnell, wie man es wünschen würde, so führt die Entwicklung doch zur Minderung der internationalen Spannungen, und es bieten sich Voraussetzungen für eine Lösung der strittigen Fragen mit friedlichen Mitteln, durch Verhandlungen.

Die Wahlniederlage der Republikanischen Partei in den USA ist überall mit Recht als Verurteilung der von der Regierung Eisenhower in den letzten Jahren betriebenen gefährlichen und fruchtlosen Politik durch das amerikanische Volk aufgenommen worden. Heute ist es sehr wichtig, ein Höchstmaß an Elastizität und gutem Willen zu bekunden und die in der Welt sich herausbildende Lage realistisch zu beurteilen. Es ist in Betracht zu ziehen, daß viele Politiker und Staatsmänner sich allmählich von den gefährlichen Illusionen befreien und ein nüchterneres Herangehen an die Lösung der spruchreifen Fragen zu finden suchen.

Heute, da man sich um eine mögliche Verbesserung der Beziehungen bemüht, sind die Reden einiger führender Männer der Bundesrepublik Deutschland über die UdSSR als „voraussichtlichen Kriegsgegner", die Forderung, der Bundeswehr Atomwaffen zur Verfügung zu stellen, und die Appelle zur Verstärkung subversiver Maßnahmen gegen die DDR besonders fehl am Platze. Derartige Äußerungen sind kaum geeignet, der Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staaten zu dienen. Sie zielen eher darauf ab, die Spannungen in den Beziehungen aufrechtzuerhalten und bei der Bevölkerung der Bundesrepublik feindselige Gefühle gegenüber der Sowjetunion zu erwecken, wobei die schmutzigsten Losungen des Antikommunismus benutzt werden, die das Hauptprogramm der CDU im Wahlkampf bilden. Wenn dem tatsächlich so ist, so müssen Sie, Herr Bundeskanzler, sich über die Folgen derartiger Schritte im klaren sein.

9. Die Entschlossenheit der Sowjetunion wie der mit ihr befreundeten Staaten, die friedliche Regelung mit Deutschland zum Abschluß zu bringen, ist unerschütterlich. Es hängt nur von der Bundesregierung selbst ab, ob dieses Problem unter Beteiligung der Bundesrepublik geregelt wird.

Wir werden alles tun, um in dieser Frage mit unseren ehemaligen Verbündeten im Krieg gegen Hitlerdeutschland zu einem Übereinkommen zu gelangen. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Großmächte umfassendere Interessen besitzen, die sie zur Lösung der spruchreifen Fragen treiben. Gerade diese umfassenderen Interessen, und nicht die Deutschlandfrage, bestimmen letzten Endes ihre Haltung bei Verhandlungen. Und wenn sie dennoch nicht an der friedlichen Regelung teilnehmen wollen, dann werden wir darangehen, einen deutschen Friedensvertrag mit den Ländern zu schließen, die ihn unterzeichnen wollen.

Die sowjetische Seite möchte, daß Sie, Herr Bundeskanzler, alles das abwägen, richtig beurteilen und den Mut aufbringen, ihrem Volk die Wahrheit zu sagen, daß die Überreste des Krieges beseitigt werden müssen und ein Friedensvertrag geschlossen werden muß. Wenn die Bundesregierung jedoch nach wie vor einer friedlichen Regelung mit Deutschland entgegenwirken wird, so wird sie sich der Realität gegenübergestellt sehen, und diese Realität wird darin bestehen, daß die Sowjetunion und andere interessierte Staaten einen Friedensvertrag unterschreiben. Wir werden einen Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen. Auf diese Weise wird die Frage über Westberlin als über eine Freie Stadt einer Lösung zugeführt, werden die deutschen Grenzen fixiert und alle im Friedensvertrag zu lösenden Fragen rechtlich geregelt werden.

Man möchte glauben, daß eine nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Lage die Bundesregierung vor überstürzten Schritten zurückhalten und es ihr ermöglichen wird, eine richtige Entscheidung zu treffen.

In Moskau bekundet man die Hoffnung, daß der Bundeskanzler seinen ganzen persönlichen Einfluß und seine große Erfahrung als Staatsmann geltend machen wird, damit die Bundesrepublik einen würdigen Beitrag zur friedlichen Regelung mit Deutschland und auf diese Weise auch zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa leisten kann. Eine solche Haltung der Bundesregierung würde zugleich auch die dauerhaftesten Voraussetzungen für eine grundlegende Wende in den Beziehungen zwischen

der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu Freundschaft und konstruktiver Zusammenarbeit schaffen.

Die Sowjetregierung ist ihrerseits bereit, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um ein gegenseitiges Verständnis in diesen Fragen herbeizuführen und sie gemeinsam mit der Bundesregierung ausführlich zu erörtern.

17. Februar 1961.

Moskau: Bonns gefährliche Illusionen

Die bisherigen Bonner Reaktionen auf die sowjetische Denkschrift haben in Moskau zu einer Verschärfung des Tones geführt. Demonstrativ stellt die „Prawda" die Behauptung auf: „Hier geht etwas vor, was man sich normalerweise gar nicht vorstellen kann — eine Großmacht wendet sich mit sachlichen Vorschlägen zu wichtigsten Fragen an die Bundesrepublik, und die Verantwortlichen der westdeutschen Politik suchen alle möglichen Ausflüchte, um ihre Abneigung vor einer Friedensregelung zu begründen." Dr. Adenauer habe erkennen lassen, so heißt es in den jüngsten Kommentaren, daß er die Friedensregelung endlos hinauszuzögern gedenke. Der ganze Provinzialismus des Bonner Benehmens käme auch darin zum Ausdruck, daß selbst Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages nicht einmal den vollen Text der sowjetischen Denkschrift studiert hätten, sondern nur mit vorbereiteten Zitaten operierten. Man habe den Eindruck, als sei in Bonn die Uhr stehen geblieben und als versuche die Bundesregierung, ihre Wahlparole „keine Experimente" auch auf die Außenpolitik anzuwenden.

Heftig reagiert man in Moskau auch auf die Braunschweiger Rede Dr. von Brentanos. Brentano habe klar erkennen lassen, so behauptet die „Prawda", „daß die Bundesregierung unter Wiedervereinigung einfach das Verschlucken der DDR versteht". Von „gefährlichen Illusionen Bonns" spricht die Zeitung „Sowjetskaja Rossija", das Organ des Büros des Parteizentralkomites für die russische Republik. Das Blatt behauptet, „in Bonn ist man gegen den sowjetischen Vorschlag, weil der Friedensvertrag die Bonner Pläne zur gewaltsamen Einverleibung der DDR zerstören würde. Deshalb ist Bonn so bestürzt".

„Es ist bezeichnend", schreibt die Zeitung weiter, „daß Bonn die sowjetischen Vorschläge ablehnt, jedoch keine konstruktiven eigenen Vorschläge macht." Irgend jemand, so heißt es weiter, mache sich in Westdeutschland wohl noch Hoffnungen, aus der Position der Stärke verhandeln zu können. Demgegenüber sei die Sowjetunion unerschütterlich entschlossen, die Friedensregelung mit Deutschland zu Ende zu führen.

Kölnische Rundschau v. 17. III. 61

Rapacki wieder für atomwaffenfreie Zone

Der polnische Außenminister Adam Rapacki erklärte am Donnerstag in Wien, die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sei heute dringender denn je. Mitteleuropa sei eine Zone besonderer Gefahren für den Frieden, da sich hier zwei gegensätzliche militärische Gruppierungen träfen. Der deutschen Bundesregierung warf Rapacki gleichzeitig vor, die einzige Regierung in Europa zu sein, die Gebietsansprüche an andere Staaten stelle und eine Ausrüstung ihrer Armee verlange, die der Ausrüstung der Armeen der führenden Weltmächte gleichwertig sei. In dieser Politik, sagte Rapacki, treffe die Bonner Regierung auf keinen Widerspruch einer organisierten Opposition, „im Gegenteil, in letzter Zeit können wir die sehr gefährliche Erscheinung beobachten, daß sich die Regierungs- und Oppositionsparteien überbieten, nationalistische und Großmachtstimmungen unter der Bevölkerung zu wecken. Hier geht es nicht um die Grenzen Polens. Diese sind genügend gesichert, hier geht es um die Sache des Friedens." In diesem Zusammenhang erhalte die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten, der gleichzeitig die Berlin-Frage regeln würde, um so größere Bedeutung. „Zum Unterschied von allen früheren Kriegen", meinte Rapacki, könnte ein neuer Krieg „keinem Staat, keiner Klasse, keinem Konzern, keinem Menschen — niemandem nützen". Der Außenminister hielt einen Vortrag vor der österreichischen außenpolitischen Gesellschaft über die „Anschauungen Polens zur Abrüstungsfrage".

Stuttgarter Zeitung v. 10. III. 61

Neue Anti-Atomwaffen-Konferenz in Oslo

Auf Initiative des Nobelpreisträgers Prof. Linus Pauling werden eine Reihe von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt in Oslo zu einer gegen die Verwendung von Kernwaffen gerichteten Konferenz zusammentreten. Bemerkenswerterweise ist die Tagung für die Zeit vom 2. bis 7. Mai vorgesehen, das heißt, daß ihr Abschluß mit dem Beginn der NATO-Ministerkonferenz in Oslo zusammenfallen wird.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. 3. 61

Aufruf des „Zentralen Ausschusses — Ostermärsche der Atomwaffengegner"

„Ein Atomkrieg bedroht das Leben der gesamten Menschheit.

Jede militärische Verteidigung ist damit illusorisch geworden, weil sie den atomaren Selbstmord des eigenen Volkes bedeutet.

Es gibt keine überzeugende ideelle Rechtfertigung für einen atomaren Krieg, weil mit der Vernichtung der Menschheit auch alle Ideale zu Grunde gehen werden.

Daraus folgt: Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen — gleich an welchem Ort und in welcher Hand — sind eine Bedrohung des Lebens dieser Welt. Sie sind damit in höchstem Grade nicht nur unvernünftig, sondern auch unsittlich.

Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit wenden wir uns daher an alle Regierungen in Ost und West, auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie zu verzichten. Wir appellieren an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben.

Es gibt weder materielle noch ideelle Gründe, wie Weltherrschaftspläne oder auch die Verteidigung der Freiheit, die den Einsatz von Atomwaffen und damit den Untergang der Menschheit rechtfertigen. Als Bürger einer freien Demokratie, als Menschen, die sich für das Wohl ihres Volkes verantwortlich fühlen, sind wir vor unserem Gewissen zu diesem Appell verpflichtet. Eine parteipolitische Propaganda — gleich welcher Richtung — ist nicht unsere Absicht.

Wir rufen auf zum Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West.

Um den Ernst, mit dem wir diese Forderung erheben, deutlich zu machen, werden wir — die entschiedenen Atomwaffengegner — 1961 in der ganzen Bundesrepublik Ostermärsche veranstalten. Diese Märsche sollen von vier militärischen Zentren aus in die umliegenden Großstädte führen. Damit knüpfen wir an die Tradition der großen englischen Märsche von Aldermaston nach London und den ersten deutschen Ostermarsch 1960 von fünf norddeutschen Städten zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne an.

Die Vorbereitung der Ostermärsche liegt in den Händen eines Zentralen Ausschusses. Die Organisation für die einzelnen Marschgebiete wird von regionalen und örtlichen Ausschüssen geleitet. Sie alle sind von Parteien und Organisationen unabhängig und befassen sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Durchführung der Märsche.

Wenn die Mahnungen der bedeutendsten Menschen der Völker beiseite geschoben werden, müssen alle diejenigen, die sich für das Schicksal ihres Volkes und der Menschheit verantwortlich fühlen, ein unmißverständliches und eindrucksvolles Zeichen ihrer Entschlossenheit und Überzeugung geben.

Helfen Sie, daß dieser Marsch zu einem überzeugenden Beweis für die Wachsamkeit unserer Demokratie wird!

Zeigen Sie, daß Sie niemals resignieren werden, wenn es um die Erhaltung Ihres Lebens und das vieler Millionen geht!

Sorgen Sie, daß aus einem Kreise verantwortungsbewußter einzelner zum Segen aller Völker eine kraftvolle Mehrheit wird!

Nehmen Sie teil am Protest — und sei es nur für einen Tag — und fordern Sie auch Ihre Familie und Ihre Freunde dazu auf!"

Dem Kuratorium für den Ostermarsch der Atomwaffengegner gehören an:

Stefan Andres, Schriftsteller; Heinrich Böll, Schriftsteller; Hedwig Born, Gattin des Nobelpreisträgers für Physik Prof. Max Born; Benjamin Britten, Komponist; John Collins,

Domherr, Vorsitzender der britischen Kampagne für atomare Abrüstung; Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreunde; Prof. Dr. Helmuth Gollwitzer, ev. Theologe; Prof. Gustav Heckmann, Pädagoge; Heinz Hilpert, Intendant des Deutschen Theaters, Göttingen; Dr. Robert Jungk, Schriftsteller und Journalist; Dr. Erich Kästner, Schriftsteller; Dr. Arno Klönne, Landesjugendpfleger; D. D. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat; Christel Küpper, Psychologin; Margarete Lachmund, (Friedensausschuß der Quäker); Dr. Armin Prinz zu Lippe, Forstwirt; Prof. Wilhelm Maler, Musikpädagoge; Dr. Bodo Manstein, Chefarzt und Dozent; Martin Niemöller, Kirchenpräsident; Prof. Katharina Petersen, Ministerialrätin a. D.; Earl Bertrand Russell, Philosoph.

Die Ostermärsche führen durch die Orte:

Norden: Bremen, Hannover, Göttingen, Braunschweig, Bergen-Hohne, Wardböhmen, Soltau, Cordshagen; Abschlußkundgebung in Hamburg.

Hessen: Miltenberg, Obernburg, Aschaffenburg, Frankfurt; Kundgebung auf dem Römerberg.

Süd-Westen: Miltenberg, Mainbuhlau, Amorbach, Neckarsulm, Heilbronn, Lauffen, Kirchheim, Wahlheim, Bietigheim, Ludwigsburg; Abschlußkundgebung in Stuttgart.

Westen: Düsseldorf, Essen, Recklinghausen, Wuppertal, Bochum; Abschlußkundgebung in Dortmund.

Süden: Ingolstadt, München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg.

Rüstungswettlauf kostet 14 Millionen Dollar stündlich!

14 000 000 Dollar (rund 60 Millionen DM) gibt die Welt stündlich für Waffen und Armeen aus. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion geben zusammen rund 73 Prozent der Gesamtsumme aus — 88 000 000 000 Dollar im Jahr. Die Kosten des Rüstungswettlaufs betragen rund 40 Dollar im Jahr für jeden lebenden Mann, jede Frau, jedes Kind. Wenn die Welt dies Geld gemeinsam für friedliche Zwecke verwenden würde, könnte das durchschnittliche Bareinkommen von 1 200 000 000 Menschen, die weniger als 100 Dollar im Jahr verdienen, mehr als verdoppelt werden. Angemessene Wohnverhältnisse könnten für 240 000 000 Familien in unterentwickelten Ländern geschaffen werden ... Die Hungernden unter den drei Milliarden Erdbewohnern könnten gesättigt, die Kranken mit ärztlicher Hilfe versehen werden. Ein absolutes Ende des Rüstungswettlaufs würde die konstruktiven Energien von nicht weniger als 15 000 000 Menschen freisetzen, die heute sich darauf vorbereiten, einander umzubringen.

Das ist aber noch nicht alles. Eine allgemeine Faustregel sagt, daß zumindest vier Menschen arbeiten müssen für Ausrüstung, Ernährung und Unterhalt eines einzigen Soldaten. So würde ein Ende des Rüstungswettlaufs 75 000 000 Menschen die Möglichkeit geben, sich friedlichen Aufgaben zuzuwenden. Eine ungezählte Zahl von Wissenschaftlern, die ihre geistigen Anstrengungen jetzt darauf richten, Massenvernichtungsmittel zu vergrößern und „verbessern", könnten ihr Denken den Sternen zuwenden oder sich in das Geheimnis des Lebens selbst vertiefen.

Die USA geben mehr für Aufrüstung aus als irgendeine andere Nation — 46 000 000 000 Dollar im Jahr für Raketen, Menschenmaterial, Tanks, Kanonen, Schiffe, Atomsprengstoff und militärische Hilfe an Alliierte. Das macht 55 Prozent des gesamten amerikanischen Budgets aus. Es ist etwa 9,2 Prozent des Brutto-Nationalprodukts der USA — des Wertes aller Güter und Dienstleistungen — das jetzt um 500 000 000 000 Dollar pro Jahr beträgt.

Die offiziellen Statistiken der Russen sagen, daß sie nur 10 200 000 000 im Jahr für Rüstung ausgeben, bei einem Gesamtbudget von 86 000 000 000. Die Russen verbergen jedoch ihre wirklichen militärischen Ausgaben in ihrem Budget hinter solch harmlosen Überschriften wie „Schwerindustrie", „Erziehung" und „wissenschaftliche Experimente". Fachleute im Außen- und Verteidigungsministerium schätzen, daß eine genaue Statistik für die Sowjetunion etwa 42 000 000 000 Dollar anzeigen würde.

New York Times v. 26. II. 61

Wirtschaftler für Abrüstung

In einer Drei-Punkte-Proklamation bekannten sich am Mittwoch in Kiel nach einer dreitägigen Klausurkonferenz 16 Wirtschaftswissenschaftler von internationalem Ruf aus zehn Ländern zu der These: „Eine weltweite Abrüstung würde die nationalen Wirtschaften in die Lage versetzen, eigene Notstandsgebiete zu beseitigen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und den Entwicklungsländern nachdrücklich zu helfen."

Die Konferenz war durch den Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Professor Baade, und den Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in Moskau, Professor Arzumanjan, einberufen worden.

Die Fachleute befaßten sich mit den Auswirkungen einer stufenweisen Abrüstung bis zur totalen Abschaffung aller Waffen vor dem Hintergrund der dabei auftretenden Strukturänderungen in den Wirtschaften des Ostblocks, des Westens und der Entwicklungsländer. Einstimmig wurden in Kiel drei Thesen proklamiert: 1. Eine wesentliche Herabsetzung von militärischen Ausgaben wird wichtigen Nutzen für alle Länder haben. 2. Bei der Umstellung von einer Rüstungswirtschaft auf eine Verbrauchsgüter- und Investitionswirtschaft wird es zwar Schwierigkeiten geben; sie sollten jedoch nicht als übertrieben angesehen werden, weil durch eine fortschrittliche Planung beträchtliche Erleichterungen möglich sind. 3. Ausgaben für die Kriegsrüstung sind weder notwendig, noch ein wirksames Instrument, um Vollbeschäftigung zu sichern. Hohe militärische Ausgaben sind nicht geeignet, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, eher ist das Gegenteil der Fall.

Sowohl Professor Baade als auch Professor Rubinstein von der Akademie der Wissenschaften in Moskau erklärten vor der Presse: „Wir kamen erstaunlich schnell zu einer Übereinstimmung in den wichtigen Fragen. Der Nutzen der Abrüstung aller Länder wird um so größer sein, je stärker die Abrüstung ist."

In der Klausurtagung haben die Wissenschaftler aus dem Ostblock dargelegt, es gelte für diese Staaten nicht mehr als ideologisches Dogma, daß in einem kapitalistischen Staat eine Aufrüstung zwangsläufig stattfinden müsse. Die Wissenschaftler aus dem Westen haben dargelegt, wie hoch die Gewinne für die Volkswirtschaften wären, wenn abgerüstet würde.

Frankfurter Rundschau v. 10. III. 61

Norwegen gegen „Kolonialisten"

Der norwegische Außenminister Halvard Lange hat am Donnerstag vor dem Parlament in Oslo versichert, seine Regierung sei gegen jede Form des Kolonialismus und werde nicht zögern, sich unter Umständen auch gegen verbündete Nationen innerhalb der NATO zu stellen, die dem Kolonialismus weiterhin anhingen. Unter dem Beifall des Hauses sagte der Außenminister, die Politik Norwegens in dieser Frage werde von der Ansicht geleitet, daß der Kolonialismus abgewirtschaftet habe. Vielleicht werde Norwegen während der gegenwärtigen Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung eine Haltung einnehmen müssen, die das Verhältnis zu befreundeten Ländern belasten könnte. Norwegen sei aber im Interesse der westlichen Welt entschlossen, eine klare Politik zu betreiben.

Stuttgarter Zeitung v. 10. III. 61

Kennedy: Verzicht auf Beschlagnahme kommunistischer Propagandaschriften

Das Weiße Haus gab am Freitag bekannt, Präsident Kennedy habe verfügt, daß ausländische kommunistische Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen künftig in den Vereinigten Staaten nicht mehr beschlagnahmt werden sollen. Die amerikanischen Behörden hatten seit dem Jahre 1948 über alles, was in das Gebiet „politische Propaganda" fallen konnte, eine scharfe Kontrolle ausgeübt. Nach einer Schätzung des Postdepartements sind seither jedes Jahr nahezu 15 Millionen Publikationen beschlagnahmt worden.

In der Mitteilung des Weißen Hauses wird darauf hingewiesen, daß die von den Vereinigten Staaten ausgeübte Kontrolle unter den heutigen Umständen für die Gegenspionage gänzlich überflüssig sei. Sie hindere das Staatsdepartement in seinen Bemühungen für eine Verbesserung der kulturellen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern.

Neue Zürcher Zeitung v. 20. III. 61

Galbraith neuer USA-Botschafter in Indien

Präsident Kennedy ernannte am Mittwoch Prof. Kenneth Galbraith, den Nationalökonomen aus Harvard, zum Botschafter in Indien. Galbraith, ein gebürtiger Kanadier, gehörte zu den Hauptinspiratoren der Wahlkampagne Kennedys, die er in seinem weitverbreiteten Buch über die „Überflußwirtschaft" dargelegt hat. Die Entwicklungsprobleme Indiens, Pakistans und Ceylons interessieren ihn seit langem. Er war in früheren Jahren Berater der Regierung dieser Länder.

Galbraith nahm auch an der Innenpolitik stets regen Anteil und gehörte 1952 und 1956 zu Adlai Stevensons Stab. Seit der Inauguration weilte er in Washington und wirkte im Weißen Haus als Berater. Er ist einer der hervorragendsten Vertreter der „New Frontier".

Neue Zürcher Zeitung v. 17. III. 61

USA-Botschafter für Zwei-China-Politik

Der künftige amerikanische Botschafter in New Delhi, Galbraith, sprach sich vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats für eine Zwei-China-Politik aus. Galbraith erklärte, wenn die kommunistische Volksrepublik China die Existenz Formasas anerkennen sollte — wofür zur Zeit allerdings keine Aussicht bestehe — und außerdem bereit sei, die UNO-Charta anzuerkennen, sollte sie in die UNO aufgenommen werden. Festland-China werde nicht vom Erdball verschwinden, und man müsse auf eine friedliche Lösung des China-Problems hoffen. Gleichzeitig wies der künftige Botschafter auf die amerikanischen Verpflichtungen zur Verteidigung Formosas hin.

Deutsche Zeitung v. 27. 3. 61

Britische Konservative bei Ulbricht

Der SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und der Sowjetzonenhandelsminister Heinrich Rau hatten am Montag eine größere Gruppe britischer konservativer Abgeordneter in Leipzig empfangen und dabei auf den Abschluß eines langfristigen offiziellen Handelsvertrages gedrängt. Einige Abgeordnete dieser Gruppe haben seit längerer Zeit eine De-facto-Anerkennung Pankows und ein offizielles Handelsabkommen befürwortet. Einige von ihnen sind durch ihre Stellung in der Wirtschaft am Handel mit der Sowjetzonenrepublik interessiert. Zu der Britischen Abgeordnetengruppe gehörten G. B. Drayson, John Woollam und das Oberhausmitglied Lord Boothby. Nach dem Bericht des Sonderkorrespondenten der „Times" aus Leipzig seien viele britische Abgeordnete und Wirtschaftsvertreter in Leipzig der Ansicht, es bestehe kein Grund, „daß Großbritannien wegen politischer Skrupel oder aus Furcht, die Bundesregierung zu kränken, auf die goldenen Geschäftsaussichten verzichten sollte, die der Sowjetzonen-Markt bietet". Auch mehrere Labour-Abgeordnete wollen noch in den nächsten Tagen nach Leipzig reisen. Der Korrespondent berichtet, daß der Abgeordnete Drayson in der Diskussion mit Ulbricht erklärt habe, ein zunehmender Teil der öffentlichen Meinung in Großbritannien sei für eine De-facto-Anerkennung der DDR.

Stuttgarter Zeitung v. 10. III. 61

Lord Boothby: Schluß mit dem Unsinn

Ich bin gerade auf der Leipziger Frühjahrsmesse gewesen. Und ich bin in Wut zurückgekommen. Man hatte mir gesagt, sie sei die größte Ausstellung ihrer Art in der Welt. Ein Schaufenster für den ganzen Orient und Afrika.

Und ich glaubte es nicht. Nun weiß ich, daß es wahr ist. Wir haben eine einzigartige Gelegenheit gehabt, unseren Waren auszustellen und unseren Handel auszudehnen, die unsere Industriellen dankbar mit beiden Händen ergriffen haben.

Die Regierung aber hat nichts damit zu tun gehabt. Warum? Weil sie den Tatsachen des Lebens und den Realitäten der deutschen Situation nicht ins Auge sehen will . . .

Die westdeutsche Regierung ist bestrebt, soweit sie kann, die wirtschaftliche Kontrolle über Ostdeutschland aufrechtzuerhalten. Ihre Vertreter treffen jede Woche mit denjenigen der ostdeutschen Regierung in Berlin zusammen.

Zur gleichen Zeit besteht Dr. von Brentano, der Außenminister der westdeutschen Bundesrepublik, darauf, daß Ostdeutschland „nicht existiert". Und das britische Außenministerium stimmt zu!

Es ist höchste Zeit, mit diesem Unsinn Schluß zu machen.

Ich denke, die Zeit ist gekommen, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß es zwei Deutschlands gibt.

Und wenn ich daran denke, was ein vereinigtes Deutschland diesem Lande (Großbritannien) und der europäischen Zivilisation in diesem Jahrhundert angetan hat, kann ich das nicht gut vergessen.

Hitler begann nicht in Leipzig oder in Dresden. Er begann in München und bewegte sich nordwärts auf Berlin zu.

Den Preis für Hitler aber ist von Ostdeutschland gezahlt worden. Sie haben die Reparationen gezahlt. Ihnen wurde ein kommunistisches System auferlegt, das sie niemals wünschten.

Das Ergebnis: ihre Gegend, von der ich in der letzten Woche einen großen Teil gesehen habe, ist eintönig und farblos.

Aber sie kommen auf. Ich sah keine Zeichen gemeiner Armut. Im Gegenteil, die Kinder — überall der Test — waren offensichtlich gut ernährt, gut beschuht und glücklich.

Überdies: die ostdeutsche Regierung hat die Oder-Neisse-Grenze mit Polen anerkannt; und die westdeutsche Regierung hat es nicht getan.

Es ist meine feste Überzeugung, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein wiedervereinigtes Deutschland die schwerste aller Bedrohungen des Weltfriedens sein würde.

Vorzugeben, wie wir tun, daß Ostdeutschland nicht existiert, ist fast so idiotisch wie vorzugeben, die Regierung Chinas sei in Formosa.

Sunday Dispatch v. 12. 3. 61

„Üble Symptome in der Bundesrepublik"

Daß es gleich an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Bonner Bundestag zu harten, zeitweise sogar stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition gekommen ist, wird man wohl zu einem guten Teil auf das Konto des nahenden Wahlkampfes zu schreiben haben.

Die Anlässe, aus denen sich diese Zusammenstöße entwickelten, werfen allerdings ein denkbar ungünstiges Licht auf den Geist der deutschen Politik.

Am Mittwoch war es die (von der CDU bis hinauf in ihre maßgebenden Führungskreise betriebene) „Emigranten-Hetze" gegen den sozialdemokratischen Kanzler-Kandidaten Willy Brandt, die die Gemüter in Wallung brachte. Am Donnerstag ging es um das Karlsruher Fernsehurteil gegen die Bundesregierung — und beide Male erschien die Art, wie diese delikaten Fragen von beiden Seiten angepackt wurden, gleichermaßen beklemmend — und gleichermaßend typisch dafür, wie wenig Sinn für politischen „Stil" es in der Bundesrepublik heutzutage gibt . . .

Daß man einen Politiker heute schon wieder zu erledigen (oder, wie der Bonner Fachausdruck lautet, „abzuschießen") sucht, weil er sich seinerzeit den Nachstellungen der Gestapo durch die Flucht ins Ausland entzogen hat, daß man ihn als Verräter an der „Schicksalsgemeinschaft" des deutschen Volkes darzustellen beliebt und daß man sein sehr mutiges Eintreten für das „andere Deutschland" nach dem Kriege in eine Art Kollektiv-Schuld-These umfälscht, muß als ein erschreckendes Symptom dafür angesehen werden, wie wenig der Ruf nach einer „Bewältigung" der nationalsozialistischen Vergangenheit bisher im Grunde gefruchtet hat und wie weit alle Prinzipien, auf die sich die Parteien so gerne gemeinsam berufen, von einem grundsatzlosen „taktischen" Denken bereits ausgehöhlt sind.

Fast noch beunruhigender mußte aber die gestrige Debatte über das Fernseh-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wirken, die allerdings bereits durch Adenauers Erklärung am Mittwoch, er halte dieses Urteil für „falsch", vorbelastet war.

Es ist in der Tat mehr als nur ungewöhnlich, daß eine Entscheidung des Obersten Gerichtes, das über die Auslegung des Grundgesetzes zu bestimmen hat, überhaupt zum Gegenstand einer sechsstündigen parlamentarischen Kontroverse gemacht wird.

Wenn ausgerechnet der Innenminister, der ja zugleich „Verfassungsminister" ist, ein Vorgehen rechtfertigt, dessen Verfassungswidrigkeit die Karlsruher Richter in der unzweideutigsten Weise charakterisiert haben, dann deutet das auf eine erschreckende Verwirrung des Rechtsbewußtseins bei den höchsten Stellen hin . . .

Niemand hätte ernsthaft daran Anstoß nehmen können, wenn Adenauer und Schröder Zweifel an der politischen Weisheit des Karlsruher Urteils geäußert und die Frage aufgeworfen hätten, wie unter solchen Umständen das „nationalpolitische Minimum", von dem der Innenminister sprach, doch gesichert werden könne. Aber das wäre etwas ganz anderes gewesen als das eifrige Bemühen, die unbequemen Richter zu diskreditieren, weil sie die Verfassung ernster genommen haben als jene Bonner Politiker, die sich so gerne rühmen, im Umgang mit der Macht nicht „pingelig" (d. h. nicht pedantisch) zu sein. Wenn die Verfassung den Kreis der Bundeszuständigkeiten da und dort etwas enger zieht, als es unter heutigen Umständen sinnvoll scheint, dann mag das bedauerlich sein und einer Korrektur bedürfen, aber es entbindet die Regierung ganz gewiß nicht von der Pflicht, das Grundgesetz zu achten und sich nicht zum Richter über die Richter aufzuwerfen, denen der Schutz dieses Grundgesetzes gegen politische Willkür obliegt.

Die Tat v. 11. III. 61

Ein unerhörter Vorwurf

Niemand wird sich darüber wundern, daß sich die Bundesregierung und mit ihr die CDU/CSU darüber ärgert, daß sie im Fernsehstreit unterlegen ist. Daß sie die Verärgerung so lautstark zur Schau trägt, ist schon weniger verständlich. Nun aber hat der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte zum Fernsehurteil ein Wort gesprochen, dem widersprochen werden muß, weil darin ein unerhörter Vorwurf gegenüber dem höchsten deutschen Gericht liegt. Wenn Adenauer sagt, „das Kabinett war sich darin einig, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts falsch ist", dann ist das nämlich nicht mehr und nicht weniger als die Unterstellung, die Karlsruher Richter hätten sich bei ihrer Urteilsfindung nicht an das Recht gehalten, oder sie verstünden ihr Handwerk nicht.

Der Verfassungsminister Schröder hat nicht etwa die vielleicht übereilte Feststellung seines Chefs korrigiert, sondern sie sogar noch verschärft. Er unterstellt den Verfassungsrichtern, sie hätten der Bundesregierung einen Denkzettel geben wollen, und wirft ihnen vor, sie hätten das Wesen des Bundesstaates nicht begriffen, ja, sie zerstörten sogar das, was in der Weimarer Republik an Bundesstaatlichkeit erreicht worden sei.

Damit wird an die Wurzeln unserer demokratischen Ordnung gerührt. Nicht nur, daß die Regierung mit ihren Fernsehtaten die Verfassung umgehen wollte, sie unternimmt nun auch noch den Versuch, das Bundesverfassungsgericht, den Hüter unseres Grundgesetzes, in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Wollen Adenauer und Schröder nicht begreifen, daß das Verfassungsgericht keine politischen Entscheidungen trifft, sondern allein die verfassungsrechtliche Lage klärt? Wenn die Bundesregierung aus politischen Gesichtspunkten ein Bundesfernsehen für notwendig hält und dieses Ziel weiterverfolgen will, kann sie das nicht durch eine Diffamierung des Verfassungsgerichts erreichen.

Süddeutsche Zeitung v. 10. III. 61

„Antikommunismus" als Vorwand für Unterdrückung der Meinungsfreiheit

Die südafrikanische Polizei hat es dem 42jährigen Führer der liberalen Partei und Herausgeber der apartheidgegnerischen Zeitschrift „Contact", Patrick Duncan, am Mittwoch verboten, sich für die Dauer von fünf Jahren an irgendeiner Versammlung oder Kundgebung zu beteiligen. Duncan ist der Sohn des ehemaligen Generalgouverneurs der Südafrikanischen Union, Sir Patrick Duncan. Seine Tätigkeit als Journalist wurde jedoch nicht eingeschränkt. Die Maßnahme erfolgte unter Berufung auf ein Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus.

Die Tat v. 24. III. 61

Borgward beantragt 1400 Entlassungen

Die Bremer Borgwardwerke haben gestern beim Landesarbeitsamt die Entlassung von insgesamt 1450 Arbeitern beantragt. Im einzelnen sind es 800 Arbeitskräfte der Borgwardwerke, 500 der Lloyd-Motoren-Werke und 150 des Goliath-Werks. Die Kündigungsfristen betragen zwischen 14 Tagen und vier Wochen. Das Landesarbeitsamt will in den drei Betrieben Vermittlungsstellen einrichten, um die Arbeiter zu beraten. Der Aufsichtsrat der vom Bremer Senat gegründeten Borgwardwerke A.G. hatte am 16. März die Geschäftsleitung ermächtigt, Entlassungen von bis zu 2500 Arbeitskräften einzuleiten.

Der Mittag v. 21. II. 61

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Johannes Weidenheim
Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36, Postscheckkonto 65 14, Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt.
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden.
Printed in Germany

25

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident
Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus
Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D.
Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm
Foerster, PH, D., D. D.
Manfred Forster
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel
(Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v.
Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D.
Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner
Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h.,
Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr.
Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László
Mârton von Pâkozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Lord Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr.
Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk
Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka